



Armin Hary:

Olympiasieger unterstützt junge Talente

An der bundesweit einmaligen AHA-Förderung zu Gunsten von Nachwuchssportlern sind Kommunen und Unternehmen aus der Region beteiligt. **Seite 19**



Leo Schrell:

Sparkasse sponsert Glanzlichter

Hoch erfreut über die internationale Beteiligung und das hohe Niveau zeigte sich der Landrat bei den Dillinger Kreiskulturtagen. **Seite 17**



Dagmar Wöhrl:

Neue Emter-Anlage in Altenstadt

Die Staatssekretärin wird gemeinsam mit Landrat Luitpold Braun am 4. Dezember bei der offiziellen Inbetriebnahme zu Gast sein. **Seite 12**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 22. November 2007

58. Jahrgang / Nummer 22

Becksteins Regierungserklärung:

Gemeinsam für Bayerns Zukunft

Starke Kommunen Basis stabilen Gemeinwesens - Schwerpunkte bleiben Bildung, soziale Sicherheit und Umwelt - Schulden werden abgebaut

Unter dem Leitsatz „Gemeinsam für Bayerns Zukunft - Es kommt auf jeden an“, will Bayerns neuer Ministerpräsident das Erbe seines Vorgängers Dr. Edmund Stoiber wahren und vermehren. Seiner Regierungserklärung im Landtag zufolge wird Dr. Günther Beckstein die Bürger und nicht zuletzt die Kommunen in die Schwerpunkte seiner Politik aktiv einbeziehen. Als Schwerpunkte nannte er Bildung, soziale Sicherheit, Umwelt- und Klimaschutz, wirtschaftliche Leistungskraft. Dies im Rahmen eines ausgeglichenen Haushalts mit Schuldenabbau. Besonders betonte er die Zusammenarbeit mit den Kommunen als Voraussetzung eines stabilen Gemeinwesens.

Seine gut einstündigen Ausführungen hatte Beckstein unter strengem Stillschweigen nach außen mit Kabinett und CSU-Fraktion abgestimmt. Wie Fraktionschef Georg Schmid und Kabinettsmitglieder bestätigten, kam der neue Regierungsstil in intensiveren Diskussionen als bei Edmund Stoiber zum Tragen. In der Sache setzt der neue Ministerpräsident die große Linie seines Amtsvorgängers fort.

Seine Regierung will alles weiter fördern und festigen, was die Stärke und Besonderheit Bayerns ausmacht. Herausragendes Engagement gilt der Bildung und Ausbildung.

Ausbau der Kinderbetreuung

Das von der Opposition kritisierte Betreuungsgeld für Familien bleibt Teil der Politik. Der



Bayern gemeinsam voranbringen und die eigene Partei fit machen für die kommenden Kommunal- und Landtagswahlen, so der gemeinsame Tenor des CSU-Parteivorsitzenden, Finanzminister Erwin Huber und von Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein (v. l.) beim „Kleinen CSU-Parteitag“ in Würzburg. □

Ausbau der Kinderbetreuung sei nicht nur Aufgabe des Staates, sondern auch der Kommunen. Das habe höhere Priorität als manche Mehrzweckhalle. In die Kindertagesstätten werde man Sprachtrainer schicken, nicht zuletzt im Interesse der Integration von Migrantenkindern. Bayern werde bis 2011 dafür jährlich 25 Mio. Euro ausgeben.

Beckstein unterstrich die Bedeutung der Hauptschule. Flächendeckend soll generell für jeden Schüler ein Ganztagsange-

bot gemacht werden. Im Endausbau werden demnach in 2012/13 725 gebundene Ganztageszüge eingerichtet sein. Andererseits stünden die Eltern in der Pflicht, Vorbild zu sein und zu erziehen.

Soziale Sicherheit

Ebenso werde seine Regierung der sozialen Sicherheit einen hohen Stellenwert geben. Als wichtige Weichenstellung für wirtschaftliche Stärkung und (Fortsetzung auf Seite 4)

Nach der Regierungsbildung:

Ruf nach zukunftsfähigem Finanzausgleich

Von Dr. Georg Simmacher, Altlandrat und Altbezirkstagspräsident

Der Regierungswechsel in Bayern ist vollzogen. Der neue bayerische Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein mit seinem Finanzminister, dem CSU-Vorsitzenden Erwin Huber, haben sich in ihren früheren Ämtern kommunalfreundlich erwiesen. In seiner Regierungserklärung vom 15. November 2007 gibt der jetzige bayerische Ministerpräsident sein Bekenntnis zum Wert der kommunalen Selbstverwaltung ab, deren Basis eine angemessene Finanzausstattung ist. Für den kommenden Finanzausgleich wird darauf hingewiesen, dass die zu erwartenden Steuermehreinnahmen im Rahmen des Steuerverbundes eine spürbare Anhebung der FAG-Mittel von gut 400 Millionen Euro erwarten lassen, und dass noch heuer den Kommunen im Durchschnitt über sieben Prozent mehr Steuereinnahmen zufließen werden.

Im kommenden Jahr haben alle drei kommunalen Ebenen - Gemeinden, Landkreise und Bezirke - Neuwahlen. Ein Idealfahr für einen gemeinsamen auch finanziellen Neubeginn. Der kommunale Finanzausgleich verlangt nach all den Jahren der sozialen kommunalen Überforderung nach einer grundsätzlichen Neuorientierung durch den Gesetzgeber. Jedem vorausschauenden Politiker muss zu denken geben, wenn mehr als 200 Kommunen - zwei Bezirke, viele Landkreise und noch viel mehr Gemeinden der Bayerischen Verfassungsgerichtshof wegen Ungerechtigkeiten und fehlender ausreichender Normierungen im

Finanzausgleichsgesetz angerufen haben.

Natürlich kann man in bayerischer Ruhe das Urteil des Verfassungsgerichtshofes abwarten, das vermutlich gerade zu den Kommunalwahlen ergehen wird. Verantwortungsvolle Politik versucht dem durch ausgewogene Regelungen zuvor zu kommen. Der Hinweis der Staatsregierung auf die im Endergebnis letztendlich „in Gottes Namen“ einvernehmlichen jährlichen Finanzausgleichsgespräche zwischen der Staatsregierung und den kommunalen Spitzenverbänden ist keine Rechtfertigung, weil die Gespräche auf der Grundlage der jetzigen Rechtslage erfolgen, um die kein Gesprächsteilnehmer herum kommt.

Es gibt eklatante Herausforderungen für einen neuen zukunfts-

Kleiner CSU-Parteitag in Würzburg:

Starke Kommunen, starker Freistaat

Verabschiedung kommunalpolitischer Leitlinien

Ein „kräftiges Startsignal“ gab der CSU-Parteiausschuss in Würzburg für die Kommunalwahlen im Frühjahr 2008. Wie CSU-Chef Erwin Huber vor den rund 260 Delegierten hervorhob, sei die CSU mit ihrer starken Verankerung in allen Regionen die Kommunalpartei in Bayern. Nur sie könne die Interessen der Kommunen weiter in die Landespolitik, nach Berlin oder Brüssel tragen.

„Diese Politik aus einem Guss ist ein absolutes Markenzeichen der CSU.“ Mit der einstimmigen Verabschiedung ihrer kommunalpolitischen Leitlinien stärke die Christlich-Soziale Union ihren Kommunalpolitikern deutlich den Rücken (siehe Kasten).

„Wir gehen mit Schwung und Energie in das Wahljahr 2008“, hatte Generalsekretärin Christine Haderthauer mit Blick auf die Kommunalwahl im kommenden Frühjahr zu Beginn angekündigt.

Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein bekräftigte seinerseits zunächst die Forderung nach einem strikten Neuverschuldungsverbot für Bund, Länder und Kommunen. Darauf werde Bayern bei den Verhandlungen über die Föderalismusreform II dringen.

Als wichtige Themen des Wahlkampfes benannte Beckstein den weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit, die Sicherung wohnortnaher Grundschulen sowie die Stärkung der Hauptschulen, die bessere Integration von Aus-

(Fortsetzung auf Seite 4)

KPV-Landesvorstand und -Hauptausschuss:

Hauptschule ist keine Restschule

Diskussion mit Generalsekretärin Haderthauer und Kultusminister Schneider

Mit Glückwünschen an die Adresse der neuen CSU-Generalsekretärin Christine Haderthauer leitete KPV-Landesvorsitzender Landrat Luitpold Braun die jüngste Landesvorstands- und Hauptausschuss-Sitzung in München ein. Mit von der Partie war auch Kultusminister Siegfried Schneider, der sich mit der Zukunft der Grund- und Hauptschulen auseinandersetzte.

„Wir alle wünschen uns, dass Sie, Frau Generalsekretärin, bei den Kommunal- und Landtagswahlen 2008 Erfolge für die CSU einfahren können“, betonte Braun. Die CSU sei Teil einer Großen Koalition in Berlin und die Vergangenheit habe gezeigt, dass die Partei, die in Berlin bzw. Bonn regierte, bei Kommunalwahlen in der Regel immer etwas schlechter abgeschnitten habe. In Bayern freilich habe noch nie eine Kommunalwahl mit dem Hintergrund einer Großen Koalition im Bund stattgefunden.

Starkes Gefühl

Tatsache sei auch, dass man mit einem guten Angebot an bestens geschulten Kandidaten ins Rennen gehe. Braun gab in diesem Zusammenhang zu bedenken, „dass unsere Motivation bei den Landtagswahlen davon abhängen kann, wie wir bei den Kommunalwahlen abschnitten“. Die bisherigen Umfragen gäben allen Anlass, mit dem starken Gefühl, ein gutes Ergebnis erzielen zu können, in das Jahr 2008 zu starten.

Qualität vor Aktionismus

„Qualität vor Aktionismus“ ist für die neue CSU-Generalsekretärin Christine Haderthauer das Gebot der Stunde. Ständiges Schielen nach Umfragewerten bringe nichts, es sei wichtig, die Dinge gelassen durchzudenken und sich einen Touch Seriosität zu bewahren, um ein optimales Ergebnis zu erzielen. Haderthauer, die als Ingolstädter Stadträtin selbst Kandidatin im Kommunalwahlkampf 2008 ist, versprach in ihrer Funktion als Generalsekretärin „gerne überall anwesend sein zu wollen – auch in Bierzelten“. Dem Umstand, „dass die KPV in ihrer Bedeutung gerne etwas unterschätzt wird“, wolle sie entgegenwirken. „Schließlich sind wir als CSU stärkste Kraft in den Kommunen.“

Allen Unkenrufen zum Trotz (Fortsetzung auf Seite 2)

Neues von Sabina



„Mut braucht man vor allem in Lebenslagen, in denen das Schicksal einen zur Demut zwingt“, meint die Vorzimmerperle und bewundert den Mut zu unpopulären politischen Entscheidungen beim soeben zurückgetretenen Bundesarbeitsminister ebenso wie bei den Befürwortern des Transrapid-Projekts. **Seite 19**

Sie lesen in dieser Ausgabe

| | |
|---|---------|
| Landtag für strenges Rauchverbot | Seite 2 |
| Brüssel wacht über Zuschüsse bei DSL-Anschlüssen | 2 |
| GZ-Kolumne Luitpold Braun: Vernünftige Tarifverhandlungen angemahnt | 3 |
| Zauberformel good governance | 3 |
| Landesversammlung der Freien Wähler | 3 |
| GZ-Fachthema: Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen | 5 - 15 |
| Aktuelle Rechtsfragen | 16 |
| Aus den Bayerischen Kommunen | 16 - 20 |



Das Präsidium bei der KPV-Landesvorstands- und Hauptausschuss-Sitzung (v. l.): Kultusminister Siegfried Schneider, Landrat Luitpold Braun, CSU-Generalsekretärin Christine Haderthauer und KPV-Geschäftsführer Florian Hahn. □

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Landtag einmütig für strenges Rauchverbot

CSU und Opposition finden gemeinsamen Weg
Erfahrungsbericht vom Sozialministerium in zwei Jahren

Trotz Bedenken und Widerständen aus der Gastronomie und auch von kommunaler Seite wird in Bayern am 1. Januar nächsten Jahres ein radikales Rauchverbot in öffentlichen Räumen, einschließlich Festzelten, in Kraft treten. Der noch vom alten Umweltminister Dr. Werner Schnappauf im Juli auf den Weg gebrachte Regierungsentwurf wurde in den Ausschussberatungen des Landtags einstimmig auf die Fassung verschärft, die die CSU-Fraktion nach zunächst kontroverser Aussprache mit großer Mehrheit beschlossen hatte. Die Zustimmung des Plenums soll im Dezember erfolgen.

Im federführenden Sozialausschuss machte die Opposition der CSU zwar den Vorwurf, durch monatelanges Lavieren die öffentliche Diskussion angeheizt zu haben, letztlich billigen jedoch SPD und Grüne den geänderten Gesetzestext, zudem sie selbst noch kleine Änderungsvorschläge eingebracht hatten. Ein eigener Gesetzentwurf der Grünen wurde von CSU und SPD abgelehnt.

Notwendigkeit politischen Handelns

Die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD Kathrin Sonnenholzner verwies in ihrer Berichterstattung auf die Notwendigkeit des politischen Handelns, nachdem die Belastung von jungen wie älteren Menschen durch Passivrauchen nachweislich beängstigend gestiegen sei. Sie machte der CSU das ironische Kompliment, spät, aber immerhin für Einsicht gekommen zu sein. Für die Grünen betonte Renate Ackermann, von vorneherein für einen Nichtraucherschutz ohne Ausnahme eingetreten zu sein.

Optimales Ergebnis

Dr. Thomas Zimmermann als Wortführer der CSU, der sich in der Fraktion besonders für die „stringente“ Lösung stark gemacht hatte, wies die Vorwürfe der Zeitverzögerung zurück und

betonte, das Thema eigne sich nicht für parteipolitische Scharmützel. Jetzt liege ein optimales Ergebnis vor. Die Landtagsdiskussion sei in einer hervorragenden Endphase. Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Joachim Unterländer (CSU) sprach von einer Signalwirkung auf die Gesellschaft. Vorsitzender Joachim Wahnschaffe (SPD) nannte dieses Rauchverbot einen Durchbruch im Gesundheitsschutz, wie er auf anderen Teilgebieten nicht erreicht wurde. Er erinnerte an die steigenden Schäden durch Alkoholmissbrauch.

Starke Kommunen, starker Freistaat ...

(Fortsetzung von Seite 1) habe es die CSU ihren Kritikern gezeigt und eine zweifellos schwierige Zeit wohlbehalten überstanden, fuhr Haderthauer fort. Die Partei sei insgesamt gut aufgestellt.

Offener Umgang und geschlossenes Auftreten

Nun gelte es, „über einen offenen Umgang miteinander zu einer Akzeptanz des geschlossenen Auftretens“ zu gelangen. Diese Geschlossenheit sei ein enormer Erfolgsfaktor, weshalb eigene Eitelkeiten gegebenenfalls zurückgestellt werden müssten. Da die KPV ein „Seismograph für Strömungen und Meinungsbildungsprozesse vor Ort“ sei, äußerte die Generalse-

Bei der Beratung der verschiedenen Änderungsvorschläge stieß die SPD mit der Verbotsbeschränkung bei Jugendveranstaltungen auf den Widerspruch der beiden anderen Fraktionen.

Schutz des Gaststättenpersonals

Zu der von der Opposition vorgeschlagenen Ausdehnung des Rauchverbots auch auf private Veranstaltungen in Gaststätten verwies Ministerialdirigent Prof. Günther Kerschler vom Sozialministerium auf den Schutz des Gaststättenpersonals. Hier sei der Bund mit der Arbeitsstättenverordnung zuständig. Dass „Geschlossene Gesellschaften“ vom Rauchverbot ausgenommen werden, begründete Ministerialrat Frank Plesse mit der schwierigen Definierbarkeit dieses Begriffes.

Der Ausschuss akzeptierte,

dass in Hotelfoyers nur dann Rauchverbot besteht, wenn dort - etwa an einer Bar - Getränke verabreicht werden. Sinngemäß gilt dies auch für Bordelle. In Haftanstalten entscheidet der Anstaltsleiter über Rauchverbote. Erlaubt bleibt der blaue Dunst auf der Bühne für die Schauspieler in ihren Rollen; die Theaterbesucher dürfen nur zuschauen.

Geldbußen zwischen fünf und 1.000 Euro

Zuständig für den Vollzug des Gesetzes sind die Staats- und Kreisverwaltungsbehörden. Bei Verstößen gegen das Rauchverbot greift das Ordnungswidrigkeitenrecht. Es sind Geldbußen zwischen fünf und 1.000 Euro möglich. Für Gastwirte reichen die Sanktionen von der Abmahnung bis zum Lizenzentzug.

Auf Anregung Wahnschaffes wird die Staatsregierung dem Landtag zwei Jahre nach Inkrafttreten des Rauchverbots einen Erfahrungsbericht erstatten. Das Ministerium will dazu auch noch die kommunalen Spitzenverbände hören. CSU-Fraktionsvorsitzender Georg Schmid will mit den Wirten über ihre Erfahrungen reden. **rm**

ekretärin den Wunsch, „miteinander im Gespräch zu bleiben“.

Themawechsel. Für Kinder im Alter zwischen 6 und 10 Jahren ist es Kultusminister Schneider zufolge besonders wichtig, eine wohnortnahe Grundschule besuchen zu können. „Kurze Wege – kurze Wege“, dieser Slogan gelte auch weiterhin. Eine Chance zum Erhalt der wohnortnahen Grundschule böten jahrgangskombinierte Klassen, die alles andere als ein Sparmodell darstellten und sich aus pädagogischer Sicht bestens bewährt hätten.

Reform der Hauptschulen

Mit einer umfangreichen Reform der Hauptschulen will Minister Schneider für mehr Attraktivität und Akzeptanz dieser Schulform sorgen. Aktuell gibt es in Bayern 1.000 Hauptschulen, von denen 700 mehrzünftig sind. Wie Schneider erläuterte, haben Hauptschüler nur dann eine gute Perspektive, wenn sie gut ausgebildet sind. Im Gegensatz zur rheinland-pfälzischen SPD-Bildungsministerin Doris Ahnen lehnt Schneider die Abschaffung der Hauptschule bis 2013 strikt ab, würde doch hiermit auch die Realschule aufgelöst. Viele Realschüler würden versuchen, an die Gymnasien zu wechseln, die dadurch aus allen Nähten platzen.

Tragende Säule

In Bayern ist die Hauptschule laut Schneider eine tragende Säule der weiterführenden Schule. Sie wird gegenwärtig von rund einem Drittel der Schüler eines Jahrgangs besucht. Knapp 50 Prozent der Schüler schließen an bayerischen Hauptschulen mit dem Qualifizierenden Hauptschulabschluss ab, 20 % verlassen die Hauptschule mit dem Mittleren Schulabschluss.

Spitzenleistungen

Den Bayerischen Schülern insgesamt wurden in der PISA-Studie Spitzenleistungen in ihrer Schularbeit bestätigt. Auch die bayerischen Hauptschüler haben bundesweit am besten abgeschnitten. Die „Gesamtschüler“ – bestehend aus Gymnasiasten, Realschülern und Hauptschülern – erreichten in Ländern wie Berlin, Brandenburg und Bremen gerade die Leistungen der bayerischen Hauptschüler. Die bayerischen Hauptschüler haben bei PISA auch deutlich besser

abgeschnitten als die Schüler z. B. von Haupt- und Regionalschulen in Rheinland-Pfalz. „In Bayern ist die Hauptschule eben keine Restschule“, erklärte deshalb der Minister. „Auch mit einem Hauptschulabschluss steht jeder Weg bis hin zum Studium offen.“

Bayern baut gegenwärtig die Hauptschule zu einer berufsorientierten Schule aus. Es ist das Ziel von Kultusminister Schneider, „dass künftig möglichst alle Schüler die Hauptschule mit Ausbildungsreife verlassen“.

Entscheidend sei, dass die Schüler die bestmögliche Förderung erhalten. Groß geschrieben werde deshalb die individuelle Förderung mit der sog. Modularisierung des Unterrichts in den Fächern Deutsch, Mathematik und Arbeitslehre. Grundqualifikationen wie Rechnen, Schreiben und Lesen rückten damit wieder mehr in den Vordergrund. Die Grundidee der Modularisierung ist, dass aus dem Lehrplan Bausteine entwickelt werden, mit denen dann für jede Schülerin und jeden Schüler ein individuelles Unterrichtsprogramm zusammengestellt wird.

Vorbereitung auf das Berufsleben

Darüber hinaus sollen die Schüler mittels Praktika, Betriebserkundungen und Vertiefung ab der achten Klasse - derzeit getestet in 20 Pilotschulen mit speziellen Unterrichtsschwerpunkten - auf das Berufsleben vorbereitet werden. Dazu müssen sie sich künftig für einen von drei möglichen berufsvorbereitenden Lernschwerpunkten entscheiden: Technik, Dienstleistungen und Soziales bilden die drei „Profilbereiche“, deren praktische Gestaltung mit Handwerk, Handel und Wirtschaft abgestimmt werden sollen.

Schneider plädierte ferner dafür, dass Schulen und Gemeinden möglichst viel Freiraum für Zusammenschlüsse oder regionale Schulsprengel erhalten. Außerdem hat sich der Minister den Ausbau der Hauptschulen mit verpflichtendem Ganztagsunterricht zum Ziel gesetzt. Bis 2012 sollen es 600 bis 700 sein. Überdies kann sich Schneider vorstellen, mit verbesserten Aufstiegschancen Grund- und Hauptschullehrer noch mehr zu motivieren. Auch könnten Namenspatrone und Fördervereine nach gymnasialem Vorbild eine örtliche Identifikation mit den Hauptschulen schaffen. **DK**

Weiter Streit ums Büchergeld

Staatsregierung beharrt heuer auf Interimslösung
Opposition fordert Entschädigung für die Kommunen

Die Staatsregierung bleibt dabei, die Entscheidung über eine sofortige Abschaffung des Büchergeldes von 20 bzw. 40 Euro pro Kind den Kommunen zu überlassen. Sie müssen gegebenenfalls die Einnahmeausfälle aus eigener Kasse auffangen. Die gesetzliche Rückkehr zur Büchergeldfreiheit gilt erst ab dem Schuljahr 2008/09. Wie dann die Kostenverteilung zwischen Staat und Gemeinden aussieht, bleibt weiteren Verhandlungen überlassen.

In Erster Lesung des Regierungsentwurfs zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes im Landtagsplenum verteidigte der neue Kultusstaatssekretär Bernd Sibler die Vorlage als Interimslösung. Für die CSU verwies Georg Eisenreich auf die Revisionsklausel: Erst werde der Bedarf festgestellt, dann über die Kostenaufteilung verhandelt.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) sprach von einem Trauerspiel seit zwei Jahren. Er warf der Staatsregierung vor, die Abschaffung der Lernmittelfreiheit versucht zu haben. Nun merke sie, dass das nicht gehe und wolle den Eltern ein Wahlgeldchen auf Kosten der Kommunen machen. Die Grünen fordern in einem von Simone Tolle begründeten Änderungsantrag, den Städten, Kreisen und Gemeinden, die das Büchergeld sofort abschaffen, einen Kostenersatz in der Höhe zu geben, in der sie ihn vor Einführung des Büchergeldes vom Staat erhalten hätten.

Die Grünen-Bildungsexpertin nannte bereits bekannt gewordene Einnahmeausfälle von Kommunen, die demnach quer durch das Land von 1,2 Millionen Euro in Nürnberg und 444.600 Euro im Landkreis Rosenheim bis zu 40.000 Euro in Deggendorf reichen. Eisenreich bestätigte, es gebe unterschiedliche Verhältnisse. „Dem kommen wir nach.“ Das Änderungsgesetz geht nun zur Beratung in die Ausschüsse, (s. GZ 20 vom 25. 10. 07). **rm**

Brüssel wacht über Zuschüsse bei DSL-Anschlüssen:

Beihilferechtliche Probleme

Gemeinden können von der Telekom Geld zurückverlangen

Derzeit macht die Deutsche Telekom gute Geschäfte in Sachen DSL. Und das nicht mit Privatpersonen, sondern mit Kommunen im ländlichen Raum. Einen Strich durch die Rechnung könnten dem Staatsunternehmen jedoch die Wettbewerbsbehörden in Brüssel machen.

Viele Gemeinden, die bei der Breitbandversorgung noch weiße Flecken auf der Landkarte sind, versuchen diese Lücke durch einen Investitionszuschuss an die Deutsche Telekom zu schließen. Im Klartext heißt dies: Die Gemeinde zahlt für den Breitbandanschluss, die Telekom macht das Geschäft mit den Kunden. Für die Kommunen kann das teuer werden. So verlangt der „Rosa Riese“ von der Stadt Hohenberg an der Eger (Landkreis Wunsiedel) 311.780 Euro für einen DSL-Anschluss. Im Fall von Hohenberg bedeutet dies einen Betrag von 211 Euro für jeden Gemeindebürger. Angesichts leerer kommunaler Kassen ein Ding der Unmöglichkeit.

Funk-DSL häufig politisch nicht durchsetzbar

Andere Gemeinden hingegen sind bereit zu zahlen, meist weil sie keine andere Wahl haben. So war der Bürgermeister der Gemeinde Stockheim, Albert Rubel, bereits handelseinig mit einem Spezialisten für Funk-DSL-Lösungen. Eine Bürgerinitiative lief gegen die Aufstellung eines Funkmastes jedoch Sturm. Und dies obwohl die Strahlenbelastung einer Funklösung gerade einmal bei einem Millionstel der zulässigen Strahlengrenzwerte liegt, wie ein Gutachten von Prof. Matthias Wuschek für die Breitbandinitiative Bayern zeigt. Rubel und seinen Gemeinderäten blieb aber keine andere Wahl: Stockheim zahlt nun für den Ausbau.

Eine faustdicke Überraschung dürfte sich für viele Kommunen, die mit der Telekom einen Vertrag geschlossen haben, jedoch aus einer aktuellen Broschüre des Bundeswirtschaftsministeriums ergeben. Diese kommt zwar ganz harmlos als „Entscheidungshilfe für Kommunen“ daher, der Inhalt ist jedoch brisant. Laut Vorwort will der Leitfadene der Kommunen zeigen „wie sie den Aufbau der notwendigen Infrastruktur unter Beachtung der europäischen Wettbewerbsregeln fördern können“. Im Text wird dann erklärt, dass jeder staatliche also auch kommunale Zuschuss an ein Unternehmen

für Brüssel beihilferechtlich von Bedeutung ist. Die Konsequenz: Brüssel prüft die jeweiligen Projekte. Kleine Vorhaben sind jedoch in der Regel als sog. „De-Minimis-Beihilfen“ für die Wettbewerbsbehörden nicht von Interesse. Für alle Beihilfen unter 200.000 Euro wird nämlich angenommen, dass sie den Wettbewerb in Europa nicht beeinträchtigen.

Ausnahme Telekom

Für die Zuschüsse an die Telekom gilt dabei laut Bundeswirtschaftsministerium eine Ausnahme von der Ausnahme: Jede Kommune muss laut den Berliner Ministerialen prüfen, ob nicht bereits eine andere Gemeinde Beihilfen für den gleichen Zweck, also die Erschließung mit schnellem Breitband, an das jeweilige Unternehmen gezahlt hat. Da dies bei der Telekom der Fall ist, müssen alle entsprechenden Zuschüsse zusammengelassen werden. Die 200.000 Euro Grenze ist bei der Telekom sicherlich überschritten. Deshalb muss jeder entsprechende Zuschuss der Kommission zur Genehmigung vorgelegt werden. Diese ist an Voraussetzungen gebunden. Unter anderem wird ein transparentes Vergabeverfahren und Technologie-neutralität der Beihilfe gefordert.

Wie streng die Kommission bei der Prüfung sein wird, ist derzeit nicht absehbar. Klar wird hingegen, warum die Telekom interessierten Bürgermeistern bisher eine Auskunft zu Gemeinden, mit denen sie bereits handelseinig wurde, verweigert: Die Bonner scheuen das Verfahren vor der Kommission wie der Teufel das Weihwasser. Denn Sanktionen treffen nur das jeweilige Unternehmen. Die Telekom müsste also im Fall eines negativen Prüfungsergebnisses die Beihilfe an die Gemeinde zurückzahlen. **jk**

Die Broschüre des Bundeswirtschaftsministeriums mit ausführlichen Informationen kann unter <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Service/publikationen.did=212070.html> abgerufen werden. **□**

Wir gratulieren

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Goldstein
86559 Adelshausen
am 5. 12.

Bürgermeister Karl Beck
91637 Wörnitz
am 4. 12.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Erich Ellmerer
83088 Kiefersfelden
am 2. 12.

Bürgermeister Hubert Kellner
95679 Waldershof
am 5. 12.

Bürgermeister Georg Rauh
91238 Offenhausen
am 6. 12.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Heidi Reitmeier
97320 Albertshofen
am 1. 12.

Bürgermeister Walter Neudecker
91462 Dachsbach
am 6. 12.

Bürgermeister Erhard Radlmeier
94526 Metten
am 7. 12.

Bürgermeister
Matthäus Faltermeier
84094 Elsendorf
am 3. 12.

Bürgermeister Anton Schwele
86871 Rammingen
am 29. 11.

Bürgermeister Lorenz Aigner
83627 Wargau
am 3. 12.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Karin Barwisch
96142 Hollfeld
am 5. 12.

Bürgermeister Klaus Bergbauer
93462 Lam
am 6. 12.

Bürgermeister Franz Hauck
86860 Jengen
am 9. 12.

Bürgermeister Alois Straubinger
84533 Haiming
am 8. 12.

Bürgermeister Helmut Haider
84137 Vilsbiburg
am 9. 12.

Bürgermeister Günther Geiling
96151 Breitbrunn
am 27. 11.

Bürgermeister Albert Köstler
95698 Neualbenreuth
am 29. 11.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Kloo
83059 Kolbermoor
am 7. 12.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Josef Kammermeier
93458 Eschlkam
am 2. 12.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Johannes Müller
93437 Furth i. Wald
am 4. 12.

Bürgermeister Franz Straub
63856 Bessenbach
am 3. 12.

ZUM 30. GEBURTSTAG

Bürgermeister Andreas Meier
92670 Windscheschenbach
am 2. 12.

Bürgermeister Gerhard Hainzinger
85254 Sulzemoos
am 4. 12.

Tagung der Schule der Dorf- und Flurentwicklung in Klosterlangheim:

Zauberformel „Good governance“

Jahrestreffen des „Europäischen Bildungsforums für Ländliche Entwicklung“

In jüngster Zeit findet der „Good governance“-Ansatz verstärkt auch Eingang in das politische Leben in Bayern. Dieser bietet insbesondere auf der kommunalen Ebene viele Gestaltungsmöglichkeiten. Mit der Tagung „Gemeinsam besser regieren – Good governance“ - Bürger, Verwaltung und Kommunalpolitik als Verantwortungsgemeinschaft für den ländlichen Raum“ erläuterte die Schule der Dorf- und Flurentwicklung in Klosterlangheim (SDF) die wissenschaftliche Grundlage von „Good governance“ und beleuchtete kritisch die Anwendungsmöglichkeiten und deren Grenzen. Zudem wurde darüber informiert, wie die Zusammenarbeit aus Sicht der Kommunen und der Bürger ausgestaltet werden kann. Die Tagung bildete gleichzeitig den Auftakt zum Jahrestreffen des „Europäischen Bildungsforums für Ländliche Entwicklung“, einem Zusammenschluss der europäischen Dorferneuerungsschulen.

Nach einleitenden Worten von Dr. Günther Denzler, Bezirkstagspräsident, Landrat des Landkreises Bamberg sowie Vorsitzender des Vorstands der SDF Klosterlangheim und Dr. Bianca Fischer, Erste Bürgermeisterin der Stadt Lichtenfels, forderte Prof. Dr. Franz-Ludwig Knemeyer, em. Ordinarius für Staats- und Verwaltungsrecht der Julius-Maximilians-Universität Würzburg, ein neues Leitbild für die Kommunen. Laut Knemeyer gilt es mit dem allenthalben reklamierten Subsidiaritätsprinzip auch innerhalb der Kommune ernst zu machen. Die Neuanforderung an die Kommunalpolitik heiße: weniger Administration, weniger Verwaltung als Aufgabe der Gewählten, mehr Moderation, mehr Anstoß, mehr Impulse für die Initiativen der Bürger.

Das Kennwort laute Öffnung: Einer Neuordnung der Aufgabenfelder Rat/Bürgermeister müsse eine Öffnung zu breiten komplementären Feldern für Einzelne oder Gruppen folgen. Es bedürfe eines Aufbruchs in die Eigenverantwortung. Es gelte effektive Kommunalverwaltung im Dienste des Bürgers zu entwickeln, dabei aber gleichzeitig ein new public management mit dem Bürger zu organisieren. „Bürgerbeteiligung muss mehr sein als Mitentscheidung“, fuhr Knemeyer fort. Notwendig sei ein unmittelbares Bürgerengagement auch neben der Beteiligung an Verwaltungsentscheidungen. Der geläufige kommunale Auf-

gabendualismus – eigene und übertragene Aufgaben – müsse um eine eigene dritte Kategorie ergänzt werden: die kommunalen Bürgerangelegenheiten oder Selbsthilfeaufgaben – „Aufgaben, die die Bürger in öffentlicher Verantwortung subsidiaritätsentsprechend selbst wahrnehmen“.

Eigenverantwortung

Knemeyer zufolge muss es gelingen, Good governance in einem wirkungsvollen Kodex einzufangen. Nur mit einer neuen Offenheit könnten verlorene Glaubwürdigkeit zurück gewonnen und wachsende Politikverdrossenheit eingedämmt werden. Der „Anspruchsbürger“ müsse freilich erkennen, dass er auch Pflichten zu erfüllen hat. Der Staat sei nicht nur Anspruchsgegner und Bedroher der Bürgerrechte, sondern Einrichtung des Bürgers, die nur so gut sein kann, wie es der Bürger selbst zulässt. Der hier verfolgte Ansatz nehme den Bürger umfassend in die Pflicht und erwarte von ihm einen Aufbruch in die Eigenverantwortung. Er konturiere auf diese Weise die Bürgergesellschaft als kommunale Gesellschaftsform der Zugehörigen. Die Auferlegung von über bestehende Rechtspflichten hinausgehenden Pflichten sei freilich ohne die Abgabe von Garantien nicht möglich, betonte Knemeyer. Nur bei Garantien in Form einer Selbstverpflichtung

der kommunalen Mandatsträger werde der Bürger als Souverän bereit sein, auch die ihm zukommende Verantwortung zu tragen.

Bürgerkommune

Dr. Thomas Röbbke vom Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern verwies auf die strategische Verknüpfung von Good Governance und Bürgerschaftlichem Engagement. Good Governance ziele zu Recht auf die umfassende Leitbildentwicklung und Steuerungsphilosophie eines politischen Gemeinwesens und nicht nur auf eine bestimmte Fachpolitik. Benötigt werde die umfassende Idee einer Bürgerkommune, in der die politischen Zielvorgaben nicht „par ordre de Mufti“ weitergeleitet werden, um dann schließlich bei der ehrenamtlichen Initiative anzukommen. Röbbke: „Es spricht nichts dagegen, Engagierte dort einzusetzen, wo es sozialpolitisch Sinn macht. Aber sie brauchen Such- und Gestaltungsräume, sie funktionieren nicht auf Knopfdruck. Weit mehr noch: Engagierte Bürger haben ihr eigenes Expertentum und sollten deshalb auch an den kommunalpolitischen Entscheidungen beteiligt werden. Es gibt Agenda-21-Prozesse, wie in Weyarn, wo dies vorbildlich gelingt. Das kann so weit gehen, dass Bürger direkt in hoheitliche Akte wie die Aufstellung eines kommunalen Haushalts einbezogen werden.“

Transparenz und Gerechtigkeit

Hier, so Röbbke, schließe sich der Kreis von Good Governance und Bürgerengagement. Mitarbeiten müsse auch immer heißen: mitgestalten, mitverantworten, mitentscheiden. Dies seien die fundamentalen Werte einer vitalen Bürgergesellschaft. Politik erneuere sich immer wieder aus der Bürgergesellschaft, nur so könne sich ein Gemein-

wesen demokratisch weiter entwickeln.

Die Selbstorganisation der Bürgergesellschaft benötige neben Förderung auch Begrenzung. So wie es Marktversagen gibt, das politisch korrigiert werden muss, so habe auch die Bürgergesellschaft ihre Krankheiten, die in Schach zu halten sind, fuhr Röbbke fort. Ein gravierender Nachteil von Netzwerkorganisationen, die als Organisationsmuster im Zentrum der Bürgergesellschaft stehen, sei, „dass sie zu undurchschaubaren Klüngeln und Seilschaften degenerieren können“. Netzwerke übten Macht aus und sie seien nicht unbedingt gerecht, sondern an Eigeninteressen orientiert. Hier müsse Politik intervenieren und für demokratische Transparenz und Gerechtigkeit sorgen.

Bewusstsein stärken

Wolfgang Fünfstück, Erster Bürgermeister des Marktes Weidenberg und Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberfranken des Bayerischen Gemeindetags, stellte bilanzierend fest, dass Good governance für den kommunalen Bereich nichts grundsätzlich Neues ist. Eine gut geführte Gemeinde habe auch bislang schon versucht, die Bürgerschaft und das bürgerschaftliche Engagement einzubeziehen. Dies sei bislang mit einer Sache des Führungsstils gewesen und werde wohl auch in Zukunft davon abhängen, „wie man bereit ist, miteinander umzugehen“. Die Diskussion um Good governance sei für ihn, Fünfstück, aber auch durchaus sinnvoll, „um das Bewusstsein für ein gemeinsames Handeln zu stärken und klarzustellen, dass man in vielen Fällen nur gemeinsam Gutes erreichen kann“.

GZ Kolumne Luitpold Braun

liebe Leser



zugegeben, die Lokomotivführer in Deutschland gehören nicht zu den Spitzenverdienern, aber rechtfertigt dies einen inzwischen schon fast halbjährigen Arbeitskampf?

Seit dem Sommer hat die GDL eine ganze Reihe von Vorschlägen abgelehnt. Dazu gehörten auch die Vermittlungsversuche von Biedenkopf und Geißler. Eigentlich hätte es doch möglich sein müssen, sich auf einen vernünftigen Kompromiß zu einigen.

Vernünftige Tarifverhandlungen angemahnt

Statt dessen wird der Arbeitskampf auf die Spitze

getrieben. Dies geschieht offenbar seitens der Gewerkschafter in aller Ruhe. Der Vorsitzende konnte es sich sogar leisten, während dieser Tarifaufeinanderstimmung eine Kur anzutreten!

Aus den ganzen Vorgängen wird deutlich, wie schwierig es ist, mit kleinen Einzelgewerkschaften zu vernünftigen Tarifverträgen zu kommen. Dies war auch in anderen Fällen schon zu beobachten.

So haben in der Vergangenheit die Pilotenvereinigung „Cockpit“ und der Verband der Fluglotsen ihre Arbeitgeber in Schwierigkeiten gebracht.

Unvergessen ist uns Kom-

munalpolitikern auch der Streik des Marburger Bundes, unser Krankenhausstreik, im Sommer des vergangenen Jahres.

Das „Erpressungspotential“ kleiner Gewerkschaften ist ungetrieben. Dies geschieht offenbar seitens der Gewerkschaftszweige lahmlegen. Diese Kosten stehen natürlich in keinem Verhältnis zur Lohnerhöhung von wenigen Mitarbeitern. Damit werden die Arbeitgeber zu irgendeinem Zeitpunkt wohl immer nachgeben.

Eine gute, an der Wohlfahrt unseres Gemeinwesens orientierte Entwicklung ist das nicht.

Heinrich Gallen

Landesversammlung der Freien Wähler in Nürnberg:

Bayernweite Aufbruchstimmung

Für den Landesvorsitzenden der Freien Wähler Bayern, Hubert Aiwanger, war die FW-Jahrestagung in Nürnberg ein eindrucksvoller Beweis der Geschlossenheit der „größten Bürgerbewegung Bayerns“. Vor 400 Mandatsträgern, Landrats- und Bürgermeisterkandidaten sprach Aiwanger von einer „bayernweiten Aufbruchstimmung“, die die Freien Wähler mittlerweile erfasst habe.

„Wir haben gute Leute und gute Ideen und werden in Zukunft noch deutlich stärker werden. Auch in den Großstädten München und Nürnberg haben wir es mittlerweile geschafft, uns zu positionieren. Auffallend viele junge Leute und viele Frauen kommen jetzt zu uns, weil sie erkennen, dass unsere politischen Grundsätze „bürgernah – unabhängig – sachbezogen“ das Erfolgsrezept für die Zukunft sind“, zeigte sich der Vorsitzende zuversichtlich.

Deutlich mehr Lehrer

Beim Schwerpunktthema Bildungspolitik forderten die Freien Wähler deutlich mehr Lehrer für Bayerns Schulen, um die Schülerinnen und Schüler besser fördern zu können. Sie appellierten an den Gesetzgeber, Klassenobergrenzen von 25 Schülern festzuschreiben und die wohnortnahen Schulstandorte, besonders auch im ländlichen Raum, abzusichern. Klar sprachen sich die Freien Wähler gegen den Transrapid aus. Die bayerische Staatskasse und der Steuerzahler dürften „für dieses fragwürdige

Projekt nicht ausgeplündert“ werden. Vordringlicher seien Erhalt und Ausbau der Infrastruktur in der Fläche.

Die neu vorgestellten und mit der Basis diskutierten Leitlinien der Freien Wähler mit dem Titel „Zukunft sichern“ stellen laut FW eine Weiterentwicklung der traditionellen Schwerpunktthemen Kommune, ländlicher Raum, Arbeit, Bildung und Familie dar. Darin verlangt die Partei mehr Handlungsspielraum für die Kommunen, „weil hier am zielsichersten auf politische Probleme reagiert werden kann und der örtliche Sachverstand einfließen kann“.

Bei den sieben bayerischen Bezirken würde eine Zusammenlegung von Regierung und Bezirksverwaltung teure Doppelstrukturen vermeiden und wäre fachlich sinnvoll, so die Freien Wähler. Ein nach dem Vorbild der Landräte direkt gewählter Bezirkspräsident an der Spitze sollte die jetzigen Positionen von Regierungspräsident und Bezirkstagspräsident vereinen. Diese Aufwertung der Bezirke stärke das Regionalitätsprinzip und die Mitwir-

kungsmöglichkeiten der Bürger.

Zudem fordern die Freien Wähler eine stärkere Vertretung der kommunalen Interessen gegenüber Berlin oder Brüssel durch die Landespolitik. Neben einem höheren Einfluss auf das politische Tagesgeschäft benötigten die bayerischen Kommunen aber auch die entsprechende Finanzausstattung und Planungssicherheit. Jahrelanges Warten auf Zuschüsse und die Vorfinanzierung von Aufgaben seien eine schlechte Ausgangslage für die kommunale Entwicklung. Darüber hinaus bräuchten die Kommunen dringend mehr Gestaltungsmöglichkeiten in Bezug auf ihre Haushaltsmittel, damit Steuergelder gespart werden können.

Versorgungssicherheit

In der zunehmenden Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge sehen die Freien Wähler schließlich eine Gefahr für die Versorgungssicherheit der Bevölkerung. Die Kommunen seien wegen ihrer klammen Finanzen häufig zu schwach, sich hier zu behaupten und müssten privatisieren. Aufgabe der Kommunal- und Landespolitik sei es, sich gegen die Bevormundung in diesen Bereichen zur Wehr zu setzen. Die Bevölkerung sei über die Gefahren einer rücksichtslosen Privatisierungspolitik aufzuklären. DK



„Wir vermitteln in unseren Seminaren Handlungs- und Entscheidungshilfen sowie Wertvorstellungen zu wichtigen gesellschaftspolitischen Themenfeldern.“

Dr. h.c. mult.
Hans Zehetmair
Staatsminister a.D.
Vorsitzender der
Hanns-Seidel-Stiftung



Jahresprogramm neu erschienen

Jahresprogramm bestellen
Fax 089 / 12 58 - 338
organisation-bw@hss.de

Jahresprogramm online ansehen

www.hss.de/1319.shtml

Seminardatenbank nutzen und online Interesse bekunden

www.hss.de/seminare.shtml

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Bildungswerk
Lazarettstraße 33
80636 München

Weiterbildung – ein Thema für alle!

Wir schulen in Rhetorik, Ethik, politischen Grundlagen, Vereinspraxis, Landes- und Zeitgeschichte, Kommunalpolitik und in fast allen Politikbereichen

72 Seiten,
ca. 1.000 Seminare,
jährlich fast 60.000 Teilnehmer

POLITISCHE BILDUNG · JAHRESPROGRAMM 2008

**POLITISCHE BILDUNG
JAHRESPROGRAMM
2008**



**BILDUNG
WISSEN
DIALOG**

Hanns Seidel Stiftung | Bildungswerk | www.hss.de



Erfolgreiche Kommunalpolitiker wie Eberhard Nuß, Landratskandidat Landkreis Würzburg, Thomas Eberth, Bürgermeisterkandidat Kürnach, Dr. Klemens Gsell, Oberbürgermeisterkandidat Nürnberg, Würzburgs Oberbürgermeisterin Dr. Pia Beckmann, Dr. Ulrich Reuter, Landrat Landkreis Aschaffenburg und Bruno Strobel, Erster Bürgermeister Waigolshausen (v. l.) diskutierten in Würzburg unter der Leitung von KPV-Landesvorsitzendem Landrat Luitpold Braun (Mitte) die Schwerpunkte der CSU-Kommunalpolitik für das Wahljahr 2008. Als eine enorme Chance für die Entwicklung ihrer Stadt bezeichnete Pia Beckmann hierbei die nach dem Abzug der U.S. Streitkräfte freigewordenen Flächen des ehemaligen Militärstandorts, die nahezu die Ausmaße der Würzburger Altstadt haben. Das rund 130 Hektar große Gelände soll nach den Vorstellungen Beckmanns unter anderem für eine Erweiterung der Universität genutzt werden. □

Starke Kommunen, starker ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Landräte und 25 Oberbürgermeistern kommen ebenso von uns wie über 1.000 ehrenamtliche und hauptamtliche Bürgermeister.“ Nirgendwo sei die CSU näher an den Menschen als in den Kommunen. Ihr großer Erfolg liege an der festen Verwurzelung bei den Menschen. „Unsere Kommunalpolitiker sind das Rückgrat der CSU“, so Huber.

Landräte und 25 Oberbürgermeister kommen ebenso von uns wie über 1.000 ehrenamtliche und hauptamtliche Bürgermeister.“ Nirgendwo sei die CSU näher an den Menschen als in den Kommunen. Ihr großer Erfolg liege an der festen Verwurzelung bei den Menschen. „Unsere Kommunalpolitiker sind das Rückgrat der CSU“, so Huber.

Anwalt der Kommunen

Darüber hinaus appellierte er an die innerparteiliche Geschlossenheit seiner Partei. Mehr als alle anderen Parteien sei die CSU auf Erfolge angewiesen. Denn nur so könne die Gleichung aufgehen: „Die CSU ist Bayern und Bayern ist die CSU.“ Entscheidend dafür sei die kommunalpolitische Verankerung.

In einer kämpferischen Rede betonte Parteivorsitzender Erwin Huber: „Wir in der CSU sind stolz auf über 14.000 erfolgreich amtierende Kommunalpolitiker. Zwei Drittel aller bayerischen

Als „Anwalt der Kommunen“ habe die CSU mit der Föderalismusreform erreicht, dass der Bund künftig keine Aufgaben mehr auf die Kommunen abwälzen kann. Zudem sei verhindert worden, dass die Unternehmenssteuerreform zu Lasten der Kommunen geht. Die Steuererhöhungen würden zur Schuldentilgung und zur Entlastung der Kommunen verwendet. Nach dem 100-Millionen-Investitionspaket vom Mai dieses Jahres seien weitere 70 Millionen Euro für Investitionen u. a. in Straßenbau, Dorferneuerung, Sportstätten, Schulen oder Kindertagesstätten freigegeben worden. Huber: „Das kommt den Kommunen und unseren Familien direkt zugute. Das ist Politik für die Menschen!“

Darüber hinaus Sorge die CSU

für eine „stabile und berechenbare Finanzausstattung unserer Kommunen“. Die Leistungen Bayerns an seine Städte und Gemeinden lägen bundesweit an der Spitze. Erstmals habe der Kommunale Finanzausgleich 2007 die 6-Mrd.-Euro-Grenze überschritten. Seit 1998 seien die Leistungen des Freistaats an seine Kommunen um 19,9 Prozent und damit deutlich stärker als der Landeshaushalt mit 13,5 Prozent gewachsen. „Und wir werden auch bei den jetzt anstehenden Finanzausgleichsverhandlungen wieder ein überzeugendes Ergebnis erreichen“, zeigte sich Huber überzeugt.

Die Finanzlage der bayerischen Kommunen habe sich Jahren deutlich verbessert, fuhr der Parteivorsitzende fort. 2006 seien in Bayern die Steuereinnahmen der Kommunen um 11,8 Prozent gestiegen, wobei die Nettoeinnahmen aus der Gewerbesteuer sogar um 18,6 Prozent zugenommen hätten. Dies liege neben der verbesserten Ertragsentwicklung der Unternehmen an der von der CSU durchgesetzten Senkung der Gewerbesteuerumlage. Während die Investitionsquote der bayerischen Kommunen 2006 17,3 Prozent betragen habe, lag sie in den übrigen westlichen Flächenländern bei 10,4 Prozent. **DK**

Gemeinsam für Bayerns Zukunft ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Dynamik nannte Beckstein das von seinem Amtsvorgänger im Sommer auf den Weg gebrachte Zukunftsprogramm „Bayern 2020 - Kinder, Bildung, Arbeit“. Dafür würden in den nächsten vier Jahren 1,5 Mrd. Euro investiert. Zusätzlich sind für den ländlichen Raum 100 Mio. Euro für Staatsstraßen, je 15 Mio. Euro für Dorferneuerung und Städtebauförderung vorgesehen.

Selbstinitiative

Für die Stärkung des ländlichen Raums förderte der Ministerpräsident Landkreise und Städte zur Selbstinitiative und zum Ausbau des Regionalmanagements auf. Aus einer intensiven regionalen Vernetzung und Kooperation zwischen Kommunen, Kammern, Unternehmen und Forschungseinrichtungen erwachsen wichtige Impulse. Die Erschließung des ländlichen Raums mit Datenautobahnen werde mit einem Zehn-Millionen-Programm ermöglicht.

Gemeinsam für Bayerns Zukunft heiße gleichwertige Lebensqualität in Stadt und Land. Außerhalb der städtischen Regionen lebten über 60 Prozent der Bevölkerung. Zum ländlichen Raum gehörten auch die Regionen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit. Hier würden die Anstrengungen verstärkt, um die Schwachen auszugleichen. Mit

einem 10-Millionen-Programm soll der Ausbau der Datenautobahnen gefördert werden.

Den kommunalen Forderungen nach rascherer Zahlung bewilligter Staatszuschüsse kommt die Regierung Beckstein mit einem Sonderprogramm von 150 Mio. Euro entgegen. Nach der Sperrfreigabe vom Mai wurden laut Beckstein nochmals 70 Mio. Euro zusätzlich freigegeben. Vor allem für Schulbauprojekte gedacht ist die Aufstockung der Mittel für den kommunalen Hochbau. Damit soll ein zusätzliches Investitionsvolumen von 185 Mio. Euro angeschoben werden. Die Kommunen mahnte der Ministerpräsident, selber noch stärker initiativ zu werden und gezielt an ihrer Attraktivität für Unternehmen und junge Familien zu arbeiten. Dazu gehöre ein aktives Regionalmanagement.

An der Seite der Kommunen

Beckstein versicherte, seine Regierung stehe auch künftig an der Seite der Kommunen - die ihrerseits allerdings die gute Situation bei den Steuern (über sieben Prozent mehr als veranschlagt) zur Haushaltskonsolidierung nutzen müssten. Die staatlichen Behörden würden dort mit Sanierungsplänen helfen, wo die Gemeinden aus eigener Kraft nicht zur Konsolidie-

rung in der Lage sind.

Für die Opposition war die Regierungserklärung enttäuschend. Franz Maget (SPD) sprach von der schlechtesten, die er je erlebt habe. Kein Aufbruch, sondern Altbekanntes, kein Elan, sondern Zaudern, Zögern und Ängstlichkeit, kein Mut, sondern Kleinmut, keine Demut sondern Hochmut. Margarete Bause (Grüne) sprach von Muff statt Mut. Vor allem im Kinder- und Schulbereich sowie beim Klimaschutz fehlten zählbare Initiativen. Aufs Korn nahmen beide Oppositionssprecher die Weigerung der Staatsregierung, den Kommunen den Ausfall beim Büchergeld heuer zu ersetzen. Maget nannte u. a. den Münchner Transrapid als landesweites Thema. Zur Magnetschwebbahn hatte der Ministerpräsident das Ja als Pilotprojekt für Wirtschaft und Arbeitsplätze betont, aber gleichzeitig das Nein der Staatsregierung erneuert, wenn Bayern mehr als 490 Mio. Euro zuschießen müsste.

Zur CSU-Fraktionsvorsitzende Georg Schmid meinte, die Opposition sei weit weg von der Realität dieses Landes. Beckstein führe den erfolgreichen Kurs der CSU fort und habe klare Signale gesetzt. Die Fraktion werde weiterhin das Sprachrohr der Menschen in Bayern sein und an der Seite des Ministerpräsidenten stehen. **rm**

Leitlinien zur Kommunalwahl 2008

Die Politik der Christlich-Sozialen Union ist in den Kommunen geprägt durch das christliche Menschenbild, das Motto „Näher am Menschen“ und das Bekenntnis zur kommunalen Selbstverwaltung.

Politik für starke Kommunen bedeutet zunächst Vorrang für Kinder und Familie. Dabei ist der CSU die Wahlfreiheit der Eltern ein wichtiges Anliegen. Neben dem Ausbau von bedarfsgerechten Betreuungsmöglichkeiten sowohl in Einrichtungen als auch durch Tagesmutterangebote setzt sich die Partei vehement für ein Betreuungsgeld für Eltern ein, die ihre Kinder zu Hause erziehen.

„Wir wollen für unsere Kinder beste Startchancen und damit ein breites, begabungsgerechtes und differenziertes Schulsystem, um alle Talente gleichberechtigt zu entdecken und zu fördern“, heißt es weiter. Die CSU fördere die Volks- und Laienkultur ebenso wie die bedeutsamen kommunalen Theater, Galerien und Museen. Die CSU bemüht sich zudem um die Unternehmen vor Ort, fördert den lokalen Mittelstand sowie das Handwerk und sorgt für attraktive Standorte. Dabei will sie in den Kommunen die richtigen Rahmenbedingungen setzen: z. B. durch unbürokratische Verfahren, geeignetes Standortmarketing und eine effiziente Förder- und Ansiedlungspolitik. Im ganzen Land müsse schnelles Internet zur Verfügung stehen, um attraktive Standortbedingungen zu schaffen.

Aus der Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung sei der Umwelt- und Klimaschutz ein besonderes Anliegen. Daher stünden sparsamer Flächenverbrauch, Gebäudesanierung, Erhalt der biologischen Vielfalt, Pflege der Kulturlandschaft, Grund- und Trinkwassersicherheit, Abfallvermeidung, Energieeinsparung und die Nutzung neuer Technologien auf der kommunalen Agenda.

Neben sozialem Miteinander in Kommunen, Sicherheit an allen Orten und Förderung des Ehrenamts stehen zuverlässiger Verbraucherschutz und verlässliche Gesundheitsversorgung im Programm. Die CSU setzt sich für eine flächen-

deckende, dezentrale und wohnortnahe medizinische Versorgung ein.

Wichtige Aufgaben der Kommunalpolitik seien zudem die Integration ausländischer Bürger sowie eine politische Neuausrichtung im Hinblick auf die demographische Herausforderung. Im Miteinander von Stadt und Land soll außerdem die Heimat bewahrt werden. In allen Teilen Bayerns will die CSU die Möglichkeit für attraktive Lebens- und Arbeitsräume schaffen und erhalten. Dies erfordere eine entsprechende Struktur- und Ortsentwicklungspolitik.

Ziel einer kommunalen Verkehrs- und Infrastrukturpolitik der CSU ist es wiederum, den Bedürfnissen der Bürger und der Wirtschaft sowie den Erfordernissen eines notwendigen Umwelt- und Klimaschutzes gerecht zu werden. Mit intelligenten Systemen will die CSU die Kommunen wirkungsvoll von Verkehr und Emissionen entlasten, ohne den Individualverkehr zu behindern. Gefördert wird der vernünftige Ausbau und Unterhalt des kommunalen Straßennetzes und der ÖPNV-Angebote. Die CSU setzt auf den Transrapid zwischen Flughafen und Hauptbahnhof der Landeshauptstadt, ohne dabei Investitionen für den Regionalverkehr zu gefährden.

Neben der Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge als Kernbestand des Selbstverwaltungsrechts der Kommunen setzt sich die Christlich-Soziale Union für eine „solide, nachhaltige und vorausschauende Haushaltspolitik“ ein. Die finanzielle Handlungsfähigkeit der bayerischen Kommunen soll weiter erhalten und gestärkt werden. Zudem steht die Partei für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Dabei sollen rechtliche Spielräume für die Kommunen sinnvoll erweitert, das Vergaberecht flexibilisiert und Standards überprüft werden. Verstärkte interkommunale Zusammenarbeit, bürgernahe Verwaltung, Bürokratieabbau, Weiterentwicklung des kommunalen Finanzwesens, Virtuelles Rathaus und eGovernment seien hierbei wichtige Themen. **DK**

Ruf nach zukunftsfähigem ...

(Fortsetzung auf Seite 4)

(Fortsetzung von Seite 1) fähigen Finanzausgleich, z. B. der gerechte Ausgleich zwischen Stadt und Land mit dem Ziel einer ausgewogenen Landesentwicklung zwischen den städtischen Ballungsräumen und dem ländlichen Raum. Das beeindruckende Bekenntnis zur Gleichwertigkeit der Lebensqualität in Stadt und Land in der jüngsten Regierungserklärung des Ministerpräsidenten reicht allein nicht, es ruft nach Taten.

Soziologisch bedingte Mehrbeanspruchung

Es müsste jedem Neutralen zu denken geben, dass die Bezirke mit der höchsten Steuerkraft, denen zugleich die größten Großstädte angehören - Oberbayern, Schwaben, Mittelfranken - derzeit die höchsten Bezirksumlagen erheben müssen, weil die soziologisch bedingte Mehrbeanspruchung für die Aufgaben der überörtlichen Sozialhilfe in den Großstädten nach dem jetzigen Berechnungsprinzip bei der Zuteilung des staatlichen Sozialhilfeausgleichs nach Art. 15 FAG nicht gewichtet ist. Nach dieser Gesetzesbestimmung gewährt der Staat den Bezirken eine Zuweisung zu den Belastungen, die ihnen insbesondere als Träger der überörtlichen Sozialhilfe erwachsen.

Die jetzigen gesetzlichen Bestimmungen des Art. 15 Abs. 2 FAG berücksichtigen bei der Berechnung von Ausgangs- und Umlagemesszahl viel zu wenig die Sozialhilfebelastungen, die entweder großstädtisch oder sozialhistorisch durch große Behinderteneinrichtungen bedingt sind. Da von der jetzigen Regelung die Mehrheit der Bezirke profitiert - man vergleiche die Bezirksumlagen - kann kaum ein solidarischer Einvernehmen aller Bezirke erwartet werden. Hier ist wirklich der Gesetzgeber gefragt, denn es gibt das Gerechtigkeitsprinzip für den Staat außerhalb der Verhandlungen.

Zum zeitgerechten Ausgleich der enormen Leistungssteige-

rungen im kommunalen sozialen Pflichtbereich ist es darüber hinaus höchste Zeit, den Kommunalanteil am allgemeinen Steuererwerb von gegenwärtig 11,6 Prozent entscheidend zu erhöhen. Der erwartete Steuerzuwachs des Staates darf an den Kommunen nicht vorbei gehen.

Die Sparphase des bayerischen Staates mit seinen enormen Einschnitten hat der Freistaat nicht allein getragen; die Kommunen waren entscheidend mitbetroffen. Umso mehr ist es an der Zeit, dass sich die drei kommunalen Ebenen ebenfalls finanziell erholen dürfen, zumal sich die Sparmaßnahmen leider stark zu Lasten der Laienkultur und des ehrenamtlichen Engagements ausgewirkt haben. Hier besteht dringender Reparaturbedarf, damit der Bürgerstaat, zu dem die Regierungserklärung steht, wieder Vertrauen zur Politik aller Handelnden schöpfen kann. Es ist erfreulich, dass die staatlich zugesagten, aber von den Kommunen zwischenfinanzierten Hochbaufördermittel nun endgültig frei gegeben werden und auch eine Aufstockung der Mittel für den kommunalen Hochbau im Jahre 2008 beschlossen ist. Damit wird ein zusätzliches Investitionsvolumen von 185 Millionen Euro angeschoben. Doch kommt es auch darauf an, den Kommunen mehr Freiräume für ihre Selbstverwaltung einzuräumen.

Jährliches Streitthema

Schließlich darf auch noch auf das jährliche Ärgernis und Streitthema zwischen den drei Kommunalen über die Höhe der Kreis- und Bezirksumlagen hingewiesen werden. Das Umlagevolumen ist durch die heutigen Sozialhilfe- und sonstigen Sozialhilfeaufgaben zu hoch geworden. Jährlich rühmt der Freistaat seine hohen Schlüsselzuweisungen. Es wird aber verschwiegen, dass davon ein Viertel im darauf folgenden Jahr an Kreis- und Bezirksumlagen weiter gereicht wird. Diese hohen Summen haben für die Gemein-

den nur eine einjährige Zwischenfinanzierungsfunktion. Welch arglistige Täuschung!

Heutige Rechensysteme erlauben andere, transparentere Lösungen. Die hohen Anteile der staatlichen Schlüsselzuweisungen, an den Umlagen an die höheren Kommunalverbände könnten vorweg den Landkreisen und Bezirken durch Direktzuführung aus der Finanzausgleichsmasse oder, noch besser, durch Beteiligung an der Mehrwertsteuer zugeführt werden. Ein enormes Konfliktpotential zwischen den jeweiligen Kommunalebene wäre damit vermieden. Es ist an der Zeit, Lösungen zu finden. Das Umlagepotential für die Kreis- und Bezirksumlagen ist durch die Aufgabenentwicklung zu hoch geworden. Man wird zwar auch künftig für die Landkreise und Bezirke das Umlagerecht brauchen. Aber nur ein Einpendeln auf das Normalmaß regionaler Unterschiedlichkeiten und nicht die finanzielle generelle Aufgabenbewältigung kann das Ziel von Umlagen sein.

Sisyphosarbeit

Die bayerischen Kommunen setzen ihre Hoffnung auf die neue Staatsregierung. Es wird eine Sisyphosarbeit sein, einen zukunftsgerichten verfassungsgerechten kommunalen Finanzausgleich zu schaffen: gerecht, solidarisch und zukunftsweisend im Sinne einer ausgesprochenen bayerischen Landesentwicklung. Noch nie hatte ein bayerischer Finanzminister so viele Machtbefugnisse wie der jetzige. Das löst Erwartungen auf seine visionäre Gestaltungskraft aus. Es gab bayerische Finanzminister, die auch noch nach langer Zeit im kommunalen Gedächtnis blieben!

Die heutige finanzielle „Aufschnauzphase“ gibt Hoffnung, dass sich der Staat und alle Kommunen in neuen, freien Phasen der bürgereingemessenen Aufgabenstellung für einen bürgernahen Rechts-, Sozial- und Kulturstaat mit Engagement widmen können. □

Ankündigung von E.ON Bayern:

Strom und Gaspreise steigen zum Jahresanfang 2008

Elektrische Energie um 9,9 Prozent teurer, Erdgaspreis erhöhen sich um etwa 8 Prozent für Haushalte und Kleinkunden / Kommunale Rahmenverträge gelten bis Ende 2009

Mit Beginn des Jahres 2008 werden in Bayern Strom und Gas teurer. Nach Mitteilung des Regionalversorgers E.ON Bayern steigt der Preis für die elektrische Energie im Durchschnitt um 9,9 Prozent. In der Grundversorgung erhöht sich dadurch für einen durchschnittlichen Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 3.500 Kilowattstunden (kWh) die monatliche Rechnung um 5,60 auf 62 Euro. Nicht davon betroffen sind rund 200.000 Kunden, die sich frühzeitig für ein Produkt mit dreijähriger Preisstabilität bis Ende 2008 entschieden haben. Gute Nachricht auch für die Kommunen: Für sie ändert sich aufgrund des vereinbarten vierjährigen Rahmenvertrags bis Ende 2009 nichts.

Auch für Erdgas müssen die etwa 70.000 Haushalts- und Kleingewerbekunden mehr zahlen, und zwar insgesamt rund 8 Prozent. Die Arbeitspreise steigen zum 1. Januar 2008 um 0,51 Cent pro kWh brutto. Für einen Haushalt mit einem jährlichen Verbrauch von 20.000 kWh bedeutet das eine Erhöhung von rund 8,50 Euro brutto im Monat.

Stabile Preise bis zum Jahresende

E.ON Bayern hatte die Strompreise für Haushalts- und Kleingewerbekunden zwei Jahre stabil gehalten. Zur Begründung der jetzigen Maßnahme heißt es: „Während viele Versorger bereits zum 1. Juli dieses Jahres ihre Strompreise teils drastisch um bis zu 20 Prozent erhöht haben, hat E.ON Bayern seinen etwa 2,1 Millionen Haushaltskunden stabile Preise bis zum Jahresende versprochen. Dazu stehen wir auch“, erklärte Stefan Vogg, Vertriebsvorstand der E.ON Bayern

AG. Zum 1. Januar 2008 komme man aber nicht mehr an einer Preisanpassung vorbei. Der Vorstandsvorsitzende der E.ON Bayern AG, Peter Deml, begründet diese Maßnahme mit dem hohen Kostendruck, auf den das Unternehmen reagieren müsse. Die Strombeschaffungskosten für Haushaltskunden seien seit Januar 2006 um 140 Millionen Euro gestiegen. Ausschlaggebend dafür sei eine weltweit steigende Nachfrage nach Energierohstoffen. Die hohe Nachfrage verteuere die zur Stromerzeugung notwendigen Primärenergien und führe letztlich zu höheren Preisen für das Produkt Strom.

Staatliche Belastungen

„National schlägt zudem die Subventionierung erneuerbarer Energien immer stärker zu Buche“, so Deml. „Im Rahmen unserer Strombeschaffung zahlen wir im nächsten Jahr über 120 Millionen Euro für EEG-Strom, rund 40 Millionen Euro mehr als

im Jahr 2006.“ Das Erneuerbare Energien-Gesetz sehe vor, dass diese Kosten auf alle Verbraucher umgelegt werden. Insgesamt habe sich der Staatsanteil am Strompreis für Haushaltskunden in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt und liege heute bei knapp 40 Prozent, zeigt Vogg die Entwicklung des Staatsanteils auf. Von jedem Euro, der für Strom bezahlt wird, gingen rund 40 Cent an den Staat. Ohne staatliche Belastungen läge der Strompreis heute immer noch unter dem Niveau von 1998. „Das gilt auch dann, wenn wir zum 1.1.2008 die Strompreise für unsere Haushaltskunden anpassen“, so Vogg.

Neue Produktangebote

Bei einem Verbrauch von 3500 kWh steigt der Bruttopreis in der Grundversorgung um 2,14 Cent je kWh auf 18,40 Cent je kWh. Zeitgleich sinkt der Grundpreis von 8,98 Euro auf 8,33 Euro pro Monat, also jährlich um 7,80 Euro. Dadurch erhöht sich der Anteil der Verbrauchskomponente am Strompreis, die der Kunde durch energiesparendes Verhalten beeinflussen kann. „Die Preismaßnahmen begleiten wir mit zwei neuen Produktangeboten. Zum einen bieten wir für einen Euro Aufpreis pro Monat eine zweijährige Preisgarantie bis Ende 2009 an. Zum anderen erhalten Kunden, die sich für ein Jahr ver-

traglich binden, einen günstigen Treuepreis, mit dem ein Durchschnittshaushalt über 30 Euro jährlich sparen kann“, erläuterte Vogg die neuen Angebote des Energiedienstleisters. Alle Kunden werden in den nächsten Wochen mit persönlichen Schreiben über die Preismaßnahmen und die neuen Produktangebote informiert. Zugleich helfe E.ON Bayern seinen Kunden beim Energiesparen. Damit könne ein Vierpersonenhaushalt die Stromkosten um bis zu 150 Euro im Jahr senken, so Vogg weiter.

Dieses Verhalten sei Teil des E.ON Bayern-Kundenservice, der in einem Vergleich des unabhängigen Energieportals verivox ausgezeichnet wurde. Im Focus Money Test (Nr. 30/2007) heißt es dazu: E.ON Bayern ist unter den 40 größten Stromversorgern der einzige, der in den Kategorien „Kundenfreundlicher Service“ und „Geschäftsbedingungen des Spartarifs“ jeweils die beste Bewertung erzielt hat.

Ölpreisbindung ist keine Einbahnstraße

Auch für Erdgas kommt man nach den Worten des Vertriebsvorstands nicht an einer Erhöhung der Preise für die rund 70.000 Haushalts- und Kleingewerbekunden vorbei. Da der Gaspreis mit zeitlicher Verzögerung an den Ölpreis gekoppelt sei, bestimme das Ölpreinsniveau weitgehend die Beschaffungskosten des Unternehmens. Dass die Ölpreisbindung keine Einbahnstraße ist, habe die zweimalige Senkung des Erdgaspreises zum 1. Januar und zum 1. Mai dieses Jahres gezeigt. Seit der zweiten Jahreshälfte stiegen aber die Ölpreise wieder deutlich an. E.ON Bayern wollte aber an seiner Politik stabiler Preise auch beim Gas



Maximilian Binder, Generalbevollmächtigter der E.ON Bayern AG (rechts) mit Fotograf Günter Moser.

Fotoausstellung in Regensburg:

„Grenzlandschaften der Oberpfalz und Niederbayerns“

Die von der Morgensonne rötlich gefärbten Gipffelsen des Lusen begrüßen die Besucher der Fotoausstellung über die Grenzlandschaften des Steinwaldes, des Stifterlandes, des Oberpfälzer- und Bayerischen Waldes. Die Idee dazu wurde geboren im Oberpfälzer Freilandmuseum Neusath-Perschen, das diese Bilder als Begleitprogramm zur „Landesausstellung Bayern - Böhmen, 1.500 Jahre Nachbarschaft“ in Zwiesel im Frühsommer zeigte.

Bis zum 5. Dezember 2007 stellt E.ON Bayern in der Prüfeningstraße 20 Bilder der Fotografen Alfred Schiener, Konrad Jäger, Josef Kasseckert und Günter Moser aus. Die Fotos können bei freiem Eintritt jeweils freitags von 15 bis 20 Uhr sowie samstags und sonntags von 10 bis 18 Uhr besichtigt werden.

„Es sind wunderschöne Bilder, die dem Betrachter gut tun, die ein tiefes Gefühl für die Natur und insbesondere für diese herrliche Landschaft vermitteln“, erklärte hierzu Maximilian Binder, Generalbevollmächtigter der E.ON Bayern AG, anlässlich der Ausstellungseröffnung.

bis zum Jahresende festhalten und habe die gestiegenen Beschaffungskosten selbst getragen. Zum 1. Januar 2008 müsse man aber die Erdgaspreise anheben, so Vogg. Trotz gestiegener Mehrwertsteuer seien die Erdgaspreise dann aber immer noch günstiger als vor einem Jahr.

Auch bei Erdgas bietet E.ON Bayern neue Produkte an. Mit dem Treueprodukt E.ON Ergas aktiv können Kunden, die sich ein Jahr an E.ON Bayern binden, rund 25 Euro sparen. Darüber hinaus bietet E.ON Bayern ein Produkt mit Preisgarantie bis Ende 2008 an. Dhg.

Was wäre ein Wald ohne Bäume?
Was wäre ein Baum ohne Blätter?

Vernetzt werden kleine Dinge groß.



Weil im Thüga-Netzwerk 120 Partner in ständigem Kontakt stehen, lernen sie voneinander. Sie unterstützen sich z. B. in IT-Entwicklungen und tauschen gegenseitig Know-how und Erfahrungen aus. Das Thüga-Netzwerk macht seine Mitglieder somit stark für den Wettbewerb. Und garantiert gleichzeitig ihre Unabhängigkeit und regionale Nähe. Interessiert? Mehr Informationen erhalten Sie unter www.thuega.de

thuga
DIE ENERGIEGRUPPE

Netzleitstelle in Neunburg vorm Wald:

Neue Maßstäbe in der Netzführung

Bundesweit modernste Mittelspannungs-Leitstelle in Betrieb

Ab sofort steuert E.ON Bayern sein rund 44.000 Kilometer langes Mittelspannungs-Stromnetz und das rund 6.500 Kilometer lange Erdgasnetz mittels einer zentralen Leitstelle. „Damit setzen wir bundesweit einen neuen Maßstab bei der Netzführung“, betonte Hermann Wagenhäuser, Technischer Vorstand der E.ON Bayern AG, bei der offiziellen Inbetriebnahme der neuen Netzleitstelle im oberpfälzischen Neunburg vorm Wald (Landkreis Schwandorf). Bislang wurde der Netzbetrieb für das 20-kV-Mittelspannungsnetz von fünf verschiedenen Leitstellen aus gesteuert.

Schichtbetrieb rund um die Uhr

Möglich wurde die Zusammenlegung der bisherigen Netzleitstellen durch erhebliche Entwicklungsschritte in der Prozessdatenverarbeitung. „Mit rund 14.000 Messwerten und 30.000 Schalterstellungsmeldungen wird laufend der aktuelle Netzzustand erfasst“, so Wagenhäuser. Im Störfall können somit von einer Warte aus umgehend Schaltmaßnahmen zur Störungsortung und Wiederversorgung eingeleitet werden. „Die dazu notwendigen Datenmengen sind gigantisch und nur mittels modernster Übertragungs- und Prozessleittechnik beherrschbar“, erklärte Wagenhäuser den hohen technischen Standard der neuen Netzleitstelle. 42 Mitarbeiter werden sich im Schichtbetrieb rund um die Uhr und die Steuerung des Netzbetriebs kümmern.

E.ON Bayern verspricht sich laut Wagenhäuser mit der neuen Netzleitstelle eine weitere Verbesserung der Versorgungssicherheit im Gebiet des Netzbetreibers, das rund zwei Drittel der Fläche Bayerns umfasst. „Hierfür haben wir rund 11,5 Millionen Euro investiert“, äußerte sich der Technische Vorstand der E.ON Bayern zu den Baukosten der Netzleitstelle. „Ständige Investitionen ins Netz sind unabdingbar, um Netzinfrastruktur und Netzbetrieb kontinuierlich zu verbessern“, so Wagenhäuser. So investiere E.ON Bayern jährlich über 200 Millionen Euro in das Strom- und Erdgasnetz. Die Gelder fließen nach den Worten Wagenhäusers in die Netzinstandhaltung, die Verkabelung störanfälliger Mittelspannungsfreileitungen, in den Bau und die Modernisierung von Umspannwerken und Schaltanlagen, in die Erweiterung des Strom- und Gasnetzes oder die Erschließung neuer Bau- und Gewerbegebiete. □



V. l.: Unternehmensleiterin Gisela Wendling-Lenz, MdL Philipp Graf Lerchenfeld, MdL Henning Kaul und Unternehmensleiter Ulrich Lenz. Foto: OSTWIND/Herbert Grabe

Regensburger OSTWIND-Gruppe:

Hauch von Landespolitik in der „Schnupfe“

Die Landtagsabgeordneten Henning Kaul, Philipp Graf Lerchenfeld und Franz Kustner informierten sich bei der Regensburger OSTWIND-Gruppe über aktuelle Entwicklungen in der Windbranche. Konkreter Anlass für die Einladung der Landespolitiker war die Absicht des Planungsbüros, in nächster Zeit auch in Bayern neue Windparks zu realisieren.

„Wir wollten unseren Gästen ein international agierendes Unternehmen der erneuerbaren Energien vorstellen, das sich mit dem Umzug in die ehemalige Schnupftabakfabrik, die ‘Schnupfe’, ganz bewusst für den Standort Regensburg entschieden hat“, betonte OSTWIND-Unternehmensleiterin Gisela Wendling-Lenz.

Henning Kaul, Vorsitzender des Landtagsausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz, sprach sich erneut dafür aus, den Anteil regenerativer Energien in Bayern zu erhöhen. Die Windkraft könne dabei „noch mehr zu einem ausgewogenen Energiemix beitragen.“ Aufgrund der vorhandenen klaren Vorgaben zur

Nutzung der Windenergie, so Kaul, wäre es schade, den Wind energetisch ungenutzt an Bayern vorbeistreichen zu lassen.

OSTWIND-Unternehmensleiter Ulrich Lenz hob einen weiteren Effekt hervor: „Das Beispiel Regensburg zeigt, welches Potenzial in Sonne, Wind und Co. für den regionalen Wirtschaftsraum steckt. Immerhin hat sich unsere Stadt zu einem wirklichen Zentrum von mittelständischen Unternehmen dieser Zukunftsbranche entwickelt.“ □

Europäische Kommission:

Energieerzeugung und Netzbetrieb strikt trennen!

Die Europäische Kommission hat ihr drittes Legislativpaket zum Energie-Binnenmarkt vorgelegt. Die Maßnahmen sollen einen Beitrag zur Weiterentwicklung des Binnenmarktes für Strom und Gas liefern. Im Mittelpunkt der Vorschläge steht das so genannte Unbundling, d. h. die Trennung des Betriebs der Strom- und Gasnetze von der Versorgungs- und Erzeugungstätigkeit.

Nach Ansicht der Europäischen Kommission reichen die derzeitigen Regelungen nicht aus, um große Netzbetreiber davon abzuhalten, neue Unternehmen am Marktzugang zu hindern. Unternehmen, die Zugang zum Markt suchen, hätten häufig mit diskriminierenden Zugangskonditionen und unzureichenden Netzwerkkapazitäten zu kämpfen, könnten aber aus Kostengründen keine eigenen Netze errichten.

Vorgeschlagen wird eine eigentumsrechtliche Entflechtung, wobei ein Unternehmen nicht zugleich als Eigentümer der Übertra-

Kernkraftwerk Gundremmingen :

Block C erzeugt wieder Strom

Umfangreichste Revision seit Betriebsbeginn erfolgreich beendet - Revisionskosten von rund 25 Millionen Euro

Seit 11. November speist Block C des Kernkraftwerks Gundremmingen wieder Strom ins europäische Verbundnetz ein. Am Wochenende war parallel zum Hochfahren der Anlage noch ein umfangreiches Test- und Prüfungsprogramm absolviert worden. Die 1.344-Megawatt-Anlage befindet sich damit nach einer fünfwöchigen Revision mit Brennelementwechsel wieder im Leistungsbetrieb.

Aufwändigste Einzelmaßnahme der diesjährigen Revision war die integrale Druckprobe des Reaktordruckbehälters. Sie ist eine der umfassendsten Prüfungen in einem Kernkraftwerk und muss entsprechend dem Regelwerk alle acht Jahre durchgeführt werden. Dabei müssen alle Komponenten mindestens 30 Minuten lang einem Prüfdruck von 112,2 bar standhalten. „Wir freuen uns, dass der Reaktordruckbehälter erwartungsgemäß diese Prüfkriterien einwandfrei erfüllt hat“, sagte Dr. Helmut Bläsing, technischer Geschäftsführer der Anlage. Insgesamt wurden rund 5.000 Arbeitsaufträge abgearbeitet. Dazu zählten auch mehr als 900 wiederkehrende Prüfungen mit zahlreichen zerstörungsfreien Werkstoffuntersuchungen.

Ein weiteres großes Arbeits- und Maßnahmenpaket betraf die umfangreichen Ent- und Beladearbeiten rund um den Reaktorkern mit seinen 784 Brennelementen. Insgesamt wurden dabei 120 Brennelemente durch neue ersetzt. Zudem wurden acht Steu-

erstände, die die Wärmeleistung im Reaktor steuern, gegen neue ausgetauscht.

Erfreulich war auch die Entwicklung in puncto Arbeitssicherheit, auf die das Kernkraftwerk besonderen Wert legt. Trotz einer enormen Steigerung des Arbeitsvolumens und der Mitarbeiterzahl - in der Spitze waren bis zu 2500 Menschen auf der Anlage - konnte ein Rückgang der Unfall- und Störmeldungen um rund 30 Prozent verzeichnet werden. Kleinere Verletzungen wurden sofort vor Ort in der modern ausgestatteten Sanitätsstation des Kraftwerks behandelt.

Wirtschaftlicher Effekt

Die finanziellen Aufwendungen des Kraftwerks für die Revision belaufen sich auf rund 25 Millionen Euro. Eine positive Bilanz zog Dr. Bläsing dabei auch für die Region. Etwa ein Drittel der rund 2.000 zusätzlichen Fachleute von über 100 auf Kernkraftwerksrevisionen spezialisierte Dienstleistungsunternehmen kamen aus Bayerisch Schwaben. Ebenso haben die anderen an der Revision beteiligten Fachleute durch ihren mehrwöchigen Aufenthalt während der diesjährigen Revision für einen positiven wirtschaftlichen Effekt in der Region gesorgt. □

„Unbundling“ nur für die großen Übertragungsnetze, nicht jedoch für die Verteilernetze gelten. Insofern sind die Stadtwerke nur mittelbar von der Entflechtung betroffen. Weitere wichtige Vorschläge des Legislativpakts sind:

- Errichtung einer europäischen Agentur für die Zusammenarbeit der Regulierungsbehörden, um den grenzübergreifenden Energiehandel zu erleichtern
- Schutzvorkehrungen gegen die Netzkontrolle oder den Netzerwerb durch Unternehmen aus Drittstaaten
- Verbesserte Unabhängigkeit der nationalen Regulierungsbehörden
- Verbesserung der Markttransparenz in Hinblick auf den Betrieb der Netze und die Versorgung (insbesondere nachvollziehbarere Preisgestaltung). □

LEW
Lechwerke

Eine Idee von LEW: Der Fördermittel-Check

Als Hamster empfehle ich einen Pelz zum Warmbleiben.
Als Experte empfehle ich: Modernisieren Sie Ihre Heizung.
Bauen Sie eine Wärmepumpe ein. LEW hilft Ihnen dabei.



Sparen Sie mit unseren speziellen Produkten und Dienstleistungen Energie: Mit dem Fördermittel-Check von LEW sichern Sie sich optimale Konditionen beim Bau und bei der Finanzierung Ihrer Heizungsanlage. Weitere Infos erhalten Sie im Internet unter www.eine-idee-von-lew.de

RWE Group

| | | |
|---|--|--|
| | | |
| <p>Bayerische Landessiedlung</p> <p>Bayerische Landessiedlung GmbH Franziskanerstraße 14 81669 München</p> <p>Tel. +49 (0) 89 / 23 87-0 Fax +49 (0) 89 / 23 87-99 info@bls-bayern.de</p> | | |
| <p>Besuchen Sie unsere neue Website: www.bls-bayern.de</p> <p>Kompetente Dienstleistungen für Kommunen</p> | | |
| <p>ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN</p> | | |

Weltweit leistungsstärkste Gasturbine in Irsching:

Fertig für den Testbetrieb

In Irsching bei Ingolstadt haben Siemens und E.ON Kraftwerke, eine Tochtergesellschaft von E.ON Energie, gemeinsam ein Kraftwerksprojekt realisiert, das bei Leistungsfähigkeit, Energieeffizienz und Klimaschutz neue Maßstäbe setzt. Hier wurde jetzt als Block 4 die weltweit leistungsfähigste Gasturbine mit einer Leistung von 340 Megawatt fertig gestellt. Ende 2007 startet ein 18-monatiger Testbetrieb. Ab Mitte 2009 wird die Anlage zu einem hocheffizienten Gas- und Dampfturbinen (GuD)-Kraftwerk erweitert, mit einer Leistung von rund 530 Megawatt und einem Wirkungsgrad von über 60 Prozent. Nach erfolgreichem Testbetrieb wird E.ON Kraftwerke die Anlage voraussichtlich ab 2011 übernehmen, um sie für die öffentliche Stromversorgung einzusetzen. E.ON und Siemens investieren dafür insgesamt rund 500 Millionen Euro.

„Wir freuen uns, mit E.ON Kraftwerke einen Partner für dieses Projekt gewonnen zu haben, der zu einem der führenden Energieunternehmen weltweit gehört“, sagte Klaus Voges, Vorsitzender des Bereichsvorstands der Siemens Power Generation.

an in den Innovationsprozess einbezogen werden, so wie hier bei der Prototypanlage in Irsching“, so Voges weiter. Der Klimawandel sei eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Es gelte daher, die stetig wachsende Weltbevölkerung zuverlässig

und wirtschaftlich mit elektrischer Energie zu versorgen und gleichzeitig das Klima möglichst wenig zu belasten. „Innovationen wie unsere neue Gasturbine spielen dabei eine wichtige Rolle“, ergänzte Voges.

Technologische Innovation

Dr. Klaus-Dieter Maubach, Vorstandsvorsitzender von E.ON Energie, wies auf die Bedeutung der technologischen Weiterentwicklung in der Energieerzeugung hin: „E.ON setzt im Interesse von Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit in allen Bereichen auf technologische Innovation. Irsching 4 ist hierfür ein herausragendes Beispiel: mit einem Wirkungsgrad von über 60 Prozent



Von links: Klaus Voges (Vorsitzender des Bereichsvorstand Siemens Power Generation), Dr. Klaus-Dieter Maubach (Vorstandsvorsitzender E.ON Energie AG), Emilia Müller (Bayerische Wirtschaftsministerin), Dr. Erich Schmitz (Geschäftsführer E.ON Kraftwerke GmbH), Rudi Fahn (Bürgermeister von Vohburg).

wird dieses Kraftwerk im Vergleich zu herkömmlichen GuD-Anlagen jährlich etwa 40.000

Tonnen CO₂ weniger emittieren. Daneben forcieren wir auch die Weiterentwicklung noch effizien-

terer Kohlekraftwerke sowie den Ausbau der Erneuerbaren Energien.“

Pro Klimaschutz

„Für Siemens ist es wichtig, dass unsere Kunden von Anfang

Hafenlohr gewinnt bei E.ON Bayern

Bürgermeister Alfred Ritter hat bei der E.ON Bayern AG einen von vier Gutscheinen im Wert von 2.500 Euro für den Kauf von Trainings- und Sportgeräten für Menschen mit Handicap gewonnen. Iona Morgenroth, Kommunalbetreuerin von E.ON Bayern, übergab den Gutschein an das Gemeindegemeinschaftshaus.

Mit von der Partie waren Gert Weisner, Vorstand des Vereins für Bewegungsspiele Hafenlohr, und Franz Riemann, Ehrenvorstand VfB Hafenlohr.

2.500-Euro-Gutschein

Für Menschen mit einer körperlichen oder geistigen Beeinträchtigung kann Sport eine wichtige Funktion haben. Denn neben den positiven Auswirkungen auf Körper und Geist hilft er bei der Entwicklung von sozialen Kontakten. So können Gemeinschaften abseits des Alltags gebildet werden, durch die Menschen mit Handicap in das Vereinsleben integriert werden und sich nicht aufgrund ihrer Behinderung als Außenseiter fühlen. Hinzu kommen die Freude an der körperlichen Betätigung und deren gesundheitsfördernde Wirkung.

Zum Spaß am Sport gehört auch die passende Ausrüstung. Der Gewinn des 2.500 Euro-Gutscheins von E.ON Bayern ermöglicht der Gemeinde Hafenlohr die Anschaffung spezieller Trainings- und Sportgeräte. Morgenroth lud Bürgermeister Ritter bei der Scheckübergabe ein, sich auch für das kommende Gewinnspiel zu bewerben. Diesmal gibt es vier Thermographie-Checks für ein öffentliches Gebäude der Gemeinde zu gewinnen. Hier kann mit einer Wärmebildkamera festgestellt werden, ob und wo Wärme entweicht.

Seit über zwei Jahren gibt die E.ON Bayern AG einen Informationsbrief für die über 1.200 von ihr versorgten Kommunen heraus, der Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte sowie die Verwaltung über neue Entwicklungen und aktuelle Themen auf dem Energiesektor auf dem Laufenden hält. □

„Papa spart jetzt 150 Euro beim Strom – mach' das mal nach!“



Senken Sie Ihre Stromkosten mit dem EnergieSpar-Paket von E.ON Bayern um 150 Euro.*

Das alles ist drin:

- kostenloser individueller EnergieSpar-Check
- EnergieSpar-Tipps, mit denen Sie 150 Euro* sparen
- hilfreiche Checklisten zum Beispiel zum Kauf von neuen Haushaltsgeräten

Auf der EnergieSpar-Tour in Ihrer Nähe oder im Internet:

www.eon-bayern.com/energiesparen

Mit Sicherheit
faire Preise

e-on | Bayern

*Einsparpotenzial bei einem 4-Personenhaushalt.

N-ERGIE AG lud zu Energiegesprächen 2007:

Starke Produkte, wirksame Strategien

Zu ihrem ersten von drei Energiegesprächen im Jahr 2007 lud die N-ERGIE Aktiengesellschaft ins mittelfränkische Neuendettelsau ein. Das traditionelle Diskussionsforum für die rund 270 Bürgermeister der Region stand in diesem Jahr besonders unter dem Einfluss des zunehmenden Wettbewerbs und der staatlichen Rahmenbedingungen für die Energiewirtschaft. Wie die N-ERGIE-Vorstände Herbert Dombrowsky, Dirk Fiehl und Josef Hasler erläuterten, sieht sich das Unternehmen mit wettbewerbsstarken Produkten und einer vorausschauenden Strategie gut aufgestellt.

Das Energiewirtschaftsgesetz schreibt die gesellschaftsrechtliche Trennung des Netzbetriebs für Strom und Erdgas von den übrigen Wertschöpfungsstufen vor. Diese Vorgabe hat die N-ERGIE Aktiengesellschaft mit der Gründung der N-ERGIE Netz GmbH erfüllt. Das Tochterunternehmen der N-ERGIE nahm am 1. Januar 2007 seine Geschäftstätigkeit auf. Ende Juni 2007 stellte die N-ERGIE Netz GmbH bei der Bundesnetzagentur den Antrag zur Genehmigung ihrer Strom-Netzgebühren für 2008. Der Bescheid wird bis zum 1. Januar 2008 erwartet.

Ausbau der Stromerzeugung

Vor dem Hintergrund des zunehmenden Kostendrucks und aufgrund erwarteter Marktchancen plant die N-ERGIE den Ausbau der eigenen Stromerzeugung von derzeit 10 auf mittelfristig rund 40 Prozent. Seit der im Jahre 2005 abgeschlossenen Umrüstung des Heizkraftwerks in Nürnberg-Sandreuth von Kohlebefeuerung auf Gas- und Dampf-Technologie (GuD) ver-

doppelte sie den Eigenanteil auf zehn Prozent. Mitte 2009 soll das Gemeinschaftskraftwerk Irching mit einer Gesamtleistung von 800 Megawatt in Betrieb gehen. Die N-ERGIE ist an dieser GuD-Anlage mit 25,2 Prozent beteiligt. Weitere Gesellschafter sind E.ON Kraftwerke GmbH, Mainova AG und HEAG Südheissische Energie AG (HSE). Derzeit prüft die N-ERGIE den Bau eines Biomasseheizkraftwerks mit Hackschnitzelverbrennung im Betriebsgelände Nürnberg-Sandreuth.

Neue Produkte

Mit STROM SMART und ERDGAS SMART hat N-ERGIE in diesem Jahr zwei neue Produkte für Privatkunden erfolgreich eingeführt (siehe Kasten). Wie das unabhängige Verbraucherportal verivox (www.verivox.de) nachweist, zählt STROM SMART zu den preisgünstigsten Stromangeboten in Deutschland. Bereits in den ersten Monaten haben sich 75.000 Kunden für STROM SMART und 31.000 Kunden für ERDGAS SMART entschieden.

Auch auf dem Ökostrommarkt ist die N-ERGIE aktiv und bietet mit PURNATUR seit Anfang 2007 ein neues, wettbewerbsfähiges Produkt an, das ausschließlich aus der Wasserkraft der Region stammt. Dank innovativer Stromangebote für Großkunden erwirtschaftet die N-ERGIE 36 Prozent des Stromabsatzes außerhalb ihres Netzgebietes.

Netzdienstleistungen aus einer Hand

Synergien schafft die N-ERGIE mit der Gründung der N-ERGIE Service GmbH, die seit 1. Juli 2007 tätig ist. Sie bündelt alle Aufgaben der bisherigen Netzspezialisten, der N-ERGIE Tochterunternehmen NexaTec, TerrconTec und LocaDatis. Für Industrie und Kommunen bedeutet dies: ob Netzbau, Netzinstandhaltung oder Netzbetrieb, Netzdokumentation, Netzführung (Leitstelle) oder Materiallogistik - alle operativen Netzdienstleistungen bietet die N-ERGIE Service GmbH nun aus einer Hand.

Hohe Versorgungssicherheit

Mit 13 Minuten Stromstörungen pro Kunde und Jahr liegt die N-ERGIE noch unter dem europäischen Spitzenwert, den Deutschland mit 19 Minuten für das Jahr 2006 einnimmt, hob der Vorstand zudem hervor. Diese hohe Versorgungssicherheit ge-

währleistet das Unternehmen durch kontinuierlich hohe Investitionen in die Strom- und Erdgasnetze. 2007 sind es rund 85 Mio. Euro. Etwa 31 Mio. Euro fließen in Neu- und Ersatzinvestitionen für das Stromnetz. Hierzu zählen z. B. die Umstellung von Freileitungen auf Kabel, Baulandfreimachung, Erschließung von Neubaugebieten und Stromanschlüsse. Weitere rund 34 Mio. Euro gehen in den technischen Unterhalt von Einrichtungen der Stromseiteversorgung wie die Instandhaltung von Schaltanlagen, Hoch-, Mittel- und Niederspannungsnetzen, Transformatorstationen oder Straßenbeleuchtung. Die restlichen rund 20 Mio. Euro werden in das Erdgasnetz investiert, z. B. in den Neubau oder die Erneuerung und Instandhaltung des Versorgungsnetzes, in Erdgaserschließung oder Hausanschlüsse.

Region Weissenburg

In der Region Weissenburg, die die Landkreise Weissenburg, Roth und Teile von Ansbach, Neumarkt, Donau-Ries und Eichstätt umfasst, investiert die N-ERGIE insgesamt rund 11,2 Mio. in die Stromnetze (Neu- und Unterhaltsinvestitionen). Allein für die Erschließung von Neubau- und Gewerbegebieten werden in diesem Jahr in der Region Weissenburg ca. 800.000 Euro aufgebracht. Auch führt die N-ERGIE die bisherige Politik der sukzessiven Verkabelung von Mittelspannungsfreileitungen mit einer Investition von insgesamt 2,6 Mio. Euro fort. Beispiel hierfür ist in diesem Jahr die 20-kV-Freileitung in Gustenfelden, Gemeinde Rohr.

Weitere ca. 700.000 Euro fließen in die Umstellung von Freileitung auf Kabel im Niederspannungsnetz, beispielsweise in Spalt oder Haundorf. Neu- und Unterhaltsinvestitionen im Bereich der Gasversorgungsnetze machen 2007 in der Region Rothenburg und Weissenburg insgesamt rund 1,2 Mio. Euro aus.

Vielfältiges Engagement

Die N-ERGIE zählt zu den großen Sponsoren der Region und trägt so dazu bei, dass Sport und Kulturveranstaltungen den Lebensraum von 2,4 Millionen Einwohnern bereichern. Von der anspruchsvollen Musikveranstaltungsreihe Fränkischer Sommer, über das Fränkische Freilandmuseum, den Windsbacher Knabenchor bis zum international renommierten Triathlon-Wettbewerb Quelle Challenge in Roth reicht das Spektrum des N-ERGIE Engagements.

Darüber hinaus hat der Energieversorger auch eigene Aktionen für die Region entwickelt: Niveauevolle Filme zum kleinen

Preistransparenz bis Ende 2008

Über den gesamten Winter bietet die N-ERGIE Aktiengesellschaft ihren Kunden günstige Preise und Preissicherheit. Sie verlängert die Preisgarantie für sämtliche Stromtarife sowie für das neue N-ERGIE Produkt ERDGAS SMART bis zum 31.3.2008. Die Erdgaspreise für die Grundversorgung werden jedoch zum 1.1.2008 angepasst. N-ERGIE Kunden haben außerdem Preistransparenz und kennen heute schon die Preise bis zum 31.12.2008.

Die Strompreise der N-ERGIE zählen zu den günstigsten in Deutschland und sind bereits seit zwei Jahren stabil. In der Zwischenzeit sind die Bezugskosten für Strom angestiegen und die Belastungen aus dem Erneuerbare Energiengesetz (EEG) haben sich deutlich erhöht. Dennoch verlängert die N-ERGIE ihre Preisgarantie um ein weiteres Vierteljahr bis zum 31.3.2008. N-ERGIE Kunden haben einen weiteren Vorteil, kennen sie doch heute bereits die Preise, die ab dem 1.4.2008 gelten werden.

Für das Jahr 2008 betrachtet liegen die Jahresausgaben aufgrund der Preiserhöhung zum 1.4.2008 je nach Verbrauch zwischen rund acht und zehn Prozent über den Ausgaben, die für das Jahr 2008 ohne Preiserhöhung anfallen würden. Die N-ERGIE empfiehlt ihren grundversorgten Stromkunden zu STROM SMART zu wechseln, da hiermit unabhängig vom Verbrauch bares Geld gespart werden kann. Für dieses Produkt verlängert die N-ERGIE die bis zum 31.12.2007 gegebene Preisgarantie um weitere drei Monate bis zum 31.3.2008. Gleiches gilt für das Anfang 2007 eingeführte Ökostromprodukt PURNATUR. **DK**

Preis für einen guten Zweck - dies ist das Konzept der Open-Air KINOTOUR der N-ERGIE. 2007 machte sie in 12 Gemeinden Station und erzielte einen Gesamterlös von rund 10.000 Euro. Seit ihrem Start vor drei Jahren spielte die Kinotour insgesamt 32.000 Euro für die Region ein.

Kommunen, die auf moderne, energieeffiziente Straßenbeleuchtung setzen, leisten nicht nur einen Beitrag zum Umweltschutz, sie reduzieren auch ihre Betriebskosten. Dies war beim Energiegespräch Kernergebnis des Vortrags „Die Straßenbeleuchtung der Zukunft: Effizienz gewinnen - Energie einsparen“.

Die Straßenbeleuchtung der Zukunft

252 Kommunen haben mit der N-ERGIE Straßenbeleuchtungsverträge abgeschlossen. Der Großteil dieser 82.000 Leuchten mit einem Jahresverbrauch von rund 34 Gigawattstunden stammt - wie im gesamten Bundesgebiet - aus den 70er und 80er Jahren. Seitdem wurden moderne Natriumdampf-Hochdrucklampen (HSE) entwickelt, die mit einer im Vergleich zu Quecksilberdampf-Hochdrucklampen ca. 40 Prozent höheren Lichtausbeute überzeugen.

Da dieser neue Typus die Installation von Lampen mit einer geringeren Leistung erlaubt, rechnet sich der Umbau der Straßenbeleuchtung auch finanziell. Die N-ERGIE hat allein in den vergangenen drei Jahren

12.000 Leuchten in ca. 30 Kommunen der Region auf diese moderne Technik umgebaut.

Durch die Energieeinsparung von bis zu 38 Prozent je nach Lampentyp amortisiert sich der Umbau für die Gemeinden bei Ganznachtbetrieb in vier bis sieben Jahren. Im gleichen Umfang verringert sich der Kohlendioxidausstoß. In der mittelfränkischen Marktgemeinde Arberg beispielsweise baute die N-ERGIE im August 2005 297 der insgesamt 365 Straßenleuchten um. Rückblickend wurde die berechnete jährliche Einsparung von 28.420 Kilowattstunden in vollem Umfang erzielt. Der Markt Arberg spart allein durch die Erneuerung der Straßenbeleuchtung 14,5 Tonnen CO₂ ein und seine Ausgaben werden sich in sechseinhalb Jahren amortisiert haben.

Gastredner Uwe Wesp

Gastredner der diesjährigen Energiegespräche war Uwe Wesp. Der mit 32 Jahren Erfahrung dienstälteste deutsche Fernseh-Meteorologe moderierte bis zum 1. Oktober dieses Jahres die ZDF-Wettervorhersage. Bei den Energiegesprächen referierte er über das Thema „Klimawandel oder Klimakatastrophe? Wie sich die Welt verändern wird. Einschätzungen - Bewertungen - Zukunftsszenarien“. In seinem Vortrag ging der Wetterexperte der Frage nach, wie sich das Klima wandelt und welche Folgen die Erderwärmung haben wird. **DK**

Sparen ohne Wechseln. Das ist SMART.



Umsteigen statt Wechseln: Sparen Sie an der richtigen Stelle und nutzen Sie **STROM SMART**. Damit bezahlen Sie weniger als beim bekanntesten Wettbewerber.

SMART-Vertrag online abschließen unter www.n-ergie.de. Noch mehr smarte Infos unter Telefon 0180 2 111444 (6 Cent pro Anruf aus dem Festnetz der Deutschen Telekom. Bei Anrufen aus anderen Mobilfunknetzen können möglicherweise andere Gebühren anfallen.)

N-ERGIE
Spürbar näher.

Der Preis ist heiß

Das kann uns die Zukunft kosten



Und das kostet nicht die Welt

Heimische Ressourcen machen uns unabhängig von Energieimporten – sicher, günstig, klimafreundlich.

OSTWIND

OSTWIND-Gruppe
93047 Regensburg · Gesandtenstr. 3
Tel. 0941 55516 · Fax 0941 55526
info@ostwind.de · www.ostwind.de

ESB-Erdgaspreis bleibt unter Vorjahresniveau

Preis Anpassung wegen gestiegener Rohstoffkosten nötig

München. Nach zwei Preissenkungen im Februar und Mai 2007 wird das Erdgas der Erdgas Südbayern (ESB) zum 1. Dezember 2007 wieder um durchschnittlich 4,5 Prozent mehr kosten. Grund: Mit den aktuellen Preisen kann die ESB die gestiegenen Bezugskosten beim Erdgaseinkauf nicht mehr kompensieren. Der wachsende Energiehunger in Asien lässt die internationalen Rohstoffpreise für Erdgas und Erdöl und damit auch die Importkosten weiter steigen.

Der Bedarf an Erdgas wächst weltweit. Vor allem in China und anderen boomenden Staaten Asiens steigt die Nachfrage kontinuierlich an. Und das hat Auswirkungen auf die Preise: Von Januar 2004 bis Mai 2007 mussten die Energieversorger in Deutschland etwa 66 Prozent mehr für importiertes Erdgas bezahlen.

Die Erdgas Südbayern kann mit ihrem gegenwärtigen Preis-

niveau die gestiegenen Bezugskosten nicht länger ausgleichen. Die Erdgaspreise für

www.der-flexible-Raum.de
Container · Raummodule · Hallensysteme

die ESB-Kunden müssen zum 1. Dezember 2007 leicht angehoben werden.

Niedrigeres Preisniveau

„Wir haben die Kosten im ESB-Preissystem dieses Jahr bereits zweimal um insgesamt 15 Prozent gesenkt. Deshalb ist das künftige Preisniveau immer noch niedriger als das des Vorjahres“, erläutert Martin Heun, Marketing- und Vertriebsleiter bei der Erdgas Südbayern. Heiz-

öl sei dagegen deutlich teurer als im letzten Jahr, so Heun mit Bezug auf die Heizöl-Onlineplattform www.fastenergy.de. Mit den neuen Erdgaspreisen ergebe sich für einen statistischen 3-Personen-Haushalt mit einem durchschnittlichen Jahresver-

brauch von 18.000 Kilowattstunden Erdgas eine moderate Mehrbelastung von rund 4,00 Euro im Monat.

Konstante Preise für die restliche Heizperiode

Wie bei zurückliegenden Preiserhöhungen gibt die ESB auch dieses Mal die gestiegenen Beschaffungskosten nicht in vollem Umfang an ihre Kunden weiter. Martin Heun: „Wir haben hierzu ein Testat bei den unabhängigen Wirtschaftsprüfern von PricewaterhouseCoopers in Auftrag gegeben. Damit können wir dies dann auch schwarz auf weiß belegen.“

Noch keine Mehrkosten

Die ESB hat den Termin für die Preis Anpassung so lange wie möglich verzögert. So kommen auf die Verbraucher in den ersten beiden Monaten der aktuellen Heizperiode noch keine Mehrkosten zu. „Und bis zum Ende der Heizperiode 2007/2008 wird der Erdgaspreis definitiv nicht weiter steigen“, verspricht Marketing- und Vertriebsleiter Heun. □

Erdgas Südbayern in Fürstentfeldbruck:

Oberbürgermeister Kellerer bewies viel Energie

Eine rundum geglückte Premiere. So das Fazit der Erdgas Südbayern (ESB) zu den ersten Energietagen in Fürstentfeldbruck. Schon bei der Eröffnung am Stand des Energieversorgers wurde deutlich, dass keine Kraftanstrengungen gescheut wurden, um die Veranstaltung zum Erfolg zu führen.

Mit einem symbolischen Schlag auf den „Hau-den-Lukas“ am Stand der Erdgas Südbayern eröffnete Oberbürgermeister Sepp Kellerer die ersten Energietage im Kloster Fürstentfeld. Damit bewies das Stadtoberhaupt nicht nur seine eigene Energie, sondern spornte auch die Mitwirkenden an, ihren Teil zu einer energiegeladenen Veranstaltung beizutragen.

Detaillierte Beratung

Mit Erfolg: Viele fundierte Beratungsgespräche sorgten für Zufriedenheit bei den rund 1.000 Besuchern und den Ausstellern. „Wer an unseren Stand kam, suchte meist keine oberflächlichen Informationen, sondern detaillierte Beratung. Besonders gefragt waren neue

Techniken wie die Gaswärmepumpe oder erdgasbetriebene Mini-Blockheizkraftwerke“, freute sich Michael Pittrich, Leiter des ESB-ServiceCenter in Fürstentfeldbruck.

Mini-BHKW erzeugen neben Wärme auch Strom und sind mittlerweile auch für Privatpersonen rentabel. Außerdem standen Konzepte für Heizungsmodernisierungen und Trends bei Erdgasfahrzeugen im Fokus der Messebesucher. „Angesichts der Preisentwicklung bei den herkömmlichen Kraftstoffen denken immer mehr Autofahrer über einen Umstieg auf ein Erdgasfahrzeug nach“, erläutert Pittrich.

Die Erdgas Südbayern war Premiumpartner der ersten Energietage in Fürstentfeldbruck und begrüßt eine Fortführung der Veranstaltung in 2008. □

Beispiel: Der direkte Vollkostenvergleich einer Erdgasbrennwertheizung mit herkömmlichen Flüssiggasheizungen, Öl- und Holzpelletsheizungen zeigt: Die Erdgas-Brennwertheizung schneidet mit jährlichen Kosten von 2.219 Euro am besten ab. Eine Holzpelletsheizung verursacht rund 1.500 Euro Mehrkosten und ist damit die teuerste Alternative (3.671 Euro). Öl- und Flüssiggas-Heizungen liegen mit 2.527 Euro beziehungsweise 2.612 Euro im Mittelfeld.

Platz-Check: Ist genügend Lagerfläche für den Brennstoff vorhanden? Beispielsweise ist bei Ölheizungen ein Tank unumgänglich, der nach bestimmten Sicherheitsanforderungen eingebaut werden muss. Für die Lagerung von Pellets braucht es einen staubdichten, brandsicheren Lagerraum. Er sollte mit Schrägboden, einem Fördersystem zur Heizung und zwei Zuleitungen zum Einfüllen der

Pellets und Absaugen des Staubs ausgestattet sein. Erdgas kommt per Pipeline „just-in-time“ ins Haus und braucht kein Zwischenlager.

Hinweis der ESB: Wer eine Erdgasheizung unter dem Dach installiert, braucht weder Heizungskeller noch einen langen Schornstein vom Keller bis zum Dach. So sparen Bauherren die entsprechenden Bau- und Wartungskosten und schaffen mehr Platz für den Hobbykeller.

Umwelt-Check: Aufgrund der chemischen Zusammensetzung liegt Erdgas bei den fossilen Energieträgern in Sachen CO₂-Emissionen vorn. Bei der Verbrennung werden hier 200 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde (g/kWh) frei, bei leichtem Heizöl sind es 260 g/kWh. Der Wert von Braunkohle liegt bei etwa 400 g/kWh. Zudem entstehen bei der Erdgasverbrennung kaum Feinstaub- und Schwefelemissionen sowie wenig Stickoxide. □



Von links: Gerd Fritzsche, Vertriebsleiter Martin Weiß (erdgas schwaben), Rechtsdirektor Bernd Nicklaser (Stadtverwaltung Dillingen), Rohrnetzmeister Aribert Blanz und Kaufmännischer Geschäftsführer Klaus-Peter Dietmayer (erdgas schwaben), Landrat Leo Schrell, Oberbürgermeister Hans-Jürgen Weigl, Georg Radlinger (erdgas schwaben). Bild: -jdt-

Hebauf für größtes Biomasse-Kraftwerk in Schwaben:

Eindrucksvoller Beitrag zum Klimaschutz

Dillingen (jdt). Als schwabenweit herausragendstes und ebenso größtes und modernstes Biomasse-Heizkraftwerk gefeiert wurde in Dillingen der Hebauf für das 9-Millionen-Großprojekt von „erdgas schwaben“. Das Engagement des großen Energiedienstleisters würdigte mit besonderer Anerkennung für die wirksame Nutzung heimischer Energie-Quellen und einen eindrucksvollen Beitrag zum Klimaschutz der Dillinger Oberbürgermeister Hans-Jürgen Weigl und Landrat Leo Schrell.

„Die Wertschöpfungskette bleibt in der Region. Mit der Bio-Wärmeversorgung wird ein Beitrag zur Steigerung der Selbstversorgung aus der Region geleistet“, so die Politiker. Betont wurde, wie wichtig es in der Zukunft sei, die Abhängigkeit von unsicheren internationalen Energiemärkten zu mildern. Brennholz für das Biomasse-Heizkraftwerk stehe in der Region als nachwachsender Rohstoff dauerhaft und zuverlässig zur Verfügung.

Ein Pilotprojekt

Von einem Pilotprojekt sprach Oberbürgermeister Weigl. Er verband darin den Appell an alle Privatkunden, sich baldmöglichst Hausanschlüsse zu sichern. Ansonsten müsse man mit mehrjährigen Wartezeiten rechnen.

Als hervorragend stufte Landrat Schrell das Dillinger Biomasse-Kraftwerk ein, gerade im Hinblick auf die dringende Notwendigkeit, heimische Energie-Quellen optimal zu nutzen und Versorgungsunsicherheiten abzubauen. Der Firma „erdgas schwaben“ dankte Schrell dafür, dass bei der Vergabe der Aufträge vornehmlich Firmen aus der Region berücksichtigt worden seien.

Alle Großkunden dabei

Die beiden „erdgas schwaben“-Geschäftsführer Klaus-Peter Dietmayer und Markus Kittl zeigten sich beeindruckt von der

Aufgeschlossenheit von Stadt und Landkreis Dillingen für zukunftsreiche Projekte der „Grünen Energie“. In Dillingen sei mit dem Biomasse-Kraftwerk und dem vor dem Start stehenden neuen Fernwärmenetz Pionierarbeit geleistet worden. Beeindruckend sei das positive Echo in der Bevölkerung. Die Kundenzahl habe sich auf 51 gesteigert und damit von der Planung her gesehen mehr als verdreifacht.

Geschichte geschrieben

Gewonnen wurden auch entlang der Leitungsnetz-Trasse von sechs Kilometern alle Großkunden, Kreiskrankenhaus, alle Schulen, die Seniorenheime, die Regens-Wagner-Stiftung, alle städtischen und Landkreis-Einrichtungen sowie viele Gewerbe- und Privatgebäude. Hinzu kam der Bedarf von 8000 Tonnen Holz pro Jahr, zum Brennstoffeinsatz aus nachwachsenden heimischen Hackenschnitzeln.

Technischer Geschäftsführer Kittl betonte in seiner Rede, mit Oberbürgermeister Weigl, dem Stadtrat könnten alle Bürger stolz sein auf das Biomasse-Kraftwerk: „Dillingen kann zu Recht begeistert sein. Hier wird Klimaschutzgeschichte geschrieben, gewinnbringend für die heimische Wirtschaft, Landwirtschaft und Forstwirtschaft, den Klimaschutz und die Kommunen.“ □

Neue Heizung?

Nicht nur Brennstoffpreis beachten!

Wer in eine neue Heizungsanlage investiert, sollte nicht nur auf die Brennstoffkosten achten: die Effizienz der Technik, die Investitionskosten, der Platzbedarf und zunehmend strengere Anforderungen an den Klimaschutz sind weitere wichtige Aspekte. Bei der finanziellen Betrachtung ist ein Vollkostenvergleich empfehlenswert, raten die Experten der Erdgas Südbayern (ESB).

Effizienz-Check: Moderne Energie- und Kostensparer sind Brennwertkessel der neuen Generation. Sie nutzen auch die Wärme des Wasserdampfes aus, der bei der Verbrennung entsteht. Im Vergleich zu herkömmlichen Heizkesseln können Hausbesitzer bis zu zehn Prozent Energie sparen. Eine effiziente Niedertemperaturtechnik, bei der der Heizkessel an den Wärmebedarf angepasst ist, senkt den Energieverbrauch nochmals.

Kosten-Check: Für niedrige Heizungskosten sind kleine

Brennstoffpreise nicht alleine ausschlaggebend. Sind die Startinvestitionen zu hoch, kann das Gesamtergebnis ungünstig sein. Die Fachleute der ESB raten deshalb zu einem Vollkostenvergleich. Dieser berücksichtigt alle Kosten, die eine Heizung verursacht: Ausgaben für Energie und Hilfsenergie, Investitions- und Installationskosten sowie Betriebsausgaben für Wartung, Instandhaltung und Versicherung. Ebenso werden Nutzungsdauer der Anlage und Größe der beheizten Fläche einbezogen.

Partnerschaft mit Zukunftsperspektive

ESB-Wärme – Service für Kommunen



Ergomar Erlebnisbad in Ergolding – für Wärme und Strom sorgt ein Blockheizkraftwerk

Das Contracting-Modell für öffentliche Gebäude und Einrichtungen

Wir verstehen uns als regionaler Partner für konventionelle als auch innovative Wärme-Konzepte. Im Vordergrund stehen dabei Wirtschaftlichkeit, regionale Energien und natürlich die Umwelt. Sie haben einen Partner mit viel Erfahrung an Ihrer Seite.

Mit dem ESB-WärmeService haben Sie folgende Vorteile:

- Modernisieren ohne selbst zu investieren
- ESB-Wärme plant, organisiert und betreibt Ihre Wärmeversorgung
- Moderne, umweltschonende Anlagen mit niedrigem Energieverbrauch
- Alle Leistungen sind im monatlichen Wärmepreis enthalten



Wir schicken Ihnen gerne unsere Referenzbrochüre oder vereinbaren Sie gleich einen Termin mit dem ESB-Wärme Berater.

ESB Wärme

Besonderer städtebaulicher Akzent:

Bekanntnis zum Standort

Moderne Betriebsstelle von „erdgas schwaben“
in Nördlingen eröffnet

Als einen „wichtigen Meilenstein in der Geschichte der Gaswirtschaft und damit der Energieversorgung in Nördlingen“ bezeichnete der Nördlinger Oberbürgermeister Hermann Faul die Eröffnung der neuen Betriebsstelle von „erdgas schwaben“.

An die bis in das Jahr 1863 zurückreichende Geschichte des Gaswerkes Nördlingen erinnernd - als am Bleichgraben die Erzeugung von Stadtgas aus Kohle begann - würdigte Faul die rund zwei Millionen Euro für den Neubau als eine herausragende Investition. Diese verknüpfte „in perfekter Weise Altes und Neues“.

Historisches

Auf die Geschichte der Gasversorgung in der Rieshauptstadt eingehend, registrierte Oberbürgermeister Faul die Einstellung der Stadtgasversorgung im Jahr 1963, den Wechsel zu Flüssiggas und dessen Ablösung im Jahr 1977 durch Erdgas. Die Gasversorgung sei ab diesem Zeitpunkt nicht mehr nur auf Nördlingen begrenzt worden, mit der folgenden Erschließung der Städte und Gemeinden im Umkreis. Erdgas habe man dann auch als Energieträger zum Heizen benutzt.

Fauls Dank

Dankbarkeit äußerte Hermann Faul dafür, dass „erdgas schwaben“ etwa zwei Drittel des Grundstücks zum Bau des

benachbarten Jugend- und Familiengästehauses der Stadt zum Erwerb zur Verfügung gestellt habe, mit der Möglichkeit zur völligen Neugestaltung dieses Bereiches in der Nähe der historischen Stadtmauer.

Harmonisches Ganzes

Das repräsentative Bürogebäude von „erdgas Schwaben“ wertete der Oberbürgermeister mit Blick auf die ungewöhnliche Architektur, mit der Dachform ähnlich dem nahen Löpsinger Tor, als einen gegliederten städtebaulichen Akzent. Zu dem sehr bemerkenswerten „harmonischen Ganzes, auch geprägt von Funktionalität und betrieblicher Notwendigkeit“, galt dem Architekten Karl-Anton Buchschuster (Aysetten) ein besonderer Glückwunsch. In die Gratulation schloss H. Faul die beteiligten Firmen ein, die Berücksichtigung der Unternehmen aus der Region hervorhebend, einschließlich der vorrangig beteiligten Steinheimer Firma Martin Mayerle.

Weichenstellung

Ganz besonders herausgestellt wurde der Tatbestand,



Bei der Schlüsselübergabe (von links): Oberbürgermeister Hermann Faul, erdgas schwaben-Geschäftsführer Klaus-Peter Dietmayer, Architekt Karl-Anton Buchschuster, Betriebsstellenleiter Reiner Hager, stellvertretender Landrat Franz Oettel, Martin Weiß, Vertriebsleiter Region Nord von erdgas schwaben.

dass Nördlingen zu den drei Städten in Deutschland gehört, in denen mit Rücksicht auf das historische Stadtbild noch 31 Gaslaternen in Betrieb sind („...so wie vor 144 Jahren“).

Stellvertretender Landrat Franz Oettel gratulierte im Namen des Landkreises Donau-Ries der Stadt Nördlingen und „erdgas schwaben“ zu der gelungenen Weichenstellung für eine wichtige Zukunftsinvestition. Diese sei auch einzustufen als ein Bekenntnis zum Standort Nördlingen.

„Grüne Energie“

Der Kaufmännische Geschäftsführer von „erdgas schwaben“, Klaus-Peter Dietmayer, wertete in seiner Ansprache das neue Betriebsgebäude als sichtbare Dokumentation der Gestaltung von Zukunft in einem bedeutsamen Wirtschaftsbereich und der Verbundenheit mit einer starken zukunftsorientierten Region.

Hingewiesen wurde von Dietmayer auf die von dem Unternehmen vorrangig vorangebrachten Planungen und Projekte für die Nutzung heimatnaher Energiequellen („Grüne Energie“). Für die gute Zusammenarbeit gedankt wurde der Stadt, den Firmen und den Nachbarn.

Dem Leiter der Betriebsstelle Nördlingen Reiner Hager, wurde von Architekt Buchschuster ein „Riesenschlüssel“ zu dem Bauwerk überreicht.

„Hauch von Eleganz“

Bei der Besichtigung fanden besondere Aufmerksamkeit eine vielseitige Bilderschaue über das Projekt und die Entwicklung der Erdgasversorgung in Nordschwaben sowie ein eindrucksvoller „Blick auf das Ries“, eine Luftaufnahme als Blickfang im Eingangsbereich. Von der ebenso zweckmäßigen wie modernen Ausstattung der Betriebsstelle profitieren die Besucher

Swissgas und Bayerngas kooperieren „upstream“

Schweizer Unternehmen erwirbt 10 %
an Bayerngas Norge

Die Bayerngas GmbH, München, und die Swissgas AG, Zürich, kooperieren im Upstream-Geschäft (Gasproduktionsgeschäft). Swissgas, die den überwiegenden Teil des Gasimports der Schweiz bündelt, beteiligt sich mit zehn Prozent an der Bayerngas Norge, Oslo. Nach der Verbreiterung der Gesellschafterbasis im Oktober 2007 durch die Stadtwerke München und die TI-GAS-Erdgas Tirol gewinnt die Bayerngas Norge mit der Swissgas einen weiteren internationalen Gesellschafter.

Die Aufnahme des Schweizer Unternehmens in den Gesellschafterkreis erfolgt im Rahmen einer Kapitalerhöhung bei der Bayerngas Norge.

Echter Wunschpartner

Für Dr. Ulrich Mössner, Geschäftsführer der Bayerngas, ist die Swissgas ein echter Wunschpartner: „Mit der Beteiligung der Swissgas verbreitern wir unsere internationale Säule und stärken unserem norwegischen Unternehmen den Rücken. Damit lassen sich über die Bayerngas Norge zusätzliche Upstream-Investitionen angehen, von denen alle Partner profitieren.“

Ausbau der strategischen Position

und die rund 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Über der stabilen und wassersicheren Unterkellerung und dem Erdgeschoss (mit großem Empfangsraum und Nebenräumen) erheben sich unter einer Glaskuppel zwei Obergeschosse mit Büro- und Besprechungsräumen sowie Geschäftsleitung.

Ruedi Rohrbach, Geschäftsführer der Swissgas, sieht mit dem Anteilserwerb vor allem die Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Erdgasbeschaffung verbessert: „Als Swissgas leisten wir einen erheblichen Beitrag zur langfristigen Import-beziehungsweise Versorgungssicherheit der Schweiz. Mit unserer Beteiligung an der Bayerngas Norge erhalten wir Zugang zu eigenen Fördermengen und können unsere strategische Position für unsere Gesellschafter und Kunden zukunftsorientiert ausbauen.“

Die Gesellschafterstruktur der Bayerngas Norge stellt sich künftig wie folgt dar: Bayerngas (53,7 %), Swissgas (10 %), Stadtwerke München (31,3 %) und die TI-GAS-Erdgas Tirol (5 %).

Das Bauwerk vereint in ansprechender Gestaltung Beton- und Ziegelmauerwerk, Aluminiumkonstruktionen und Glas, mit einem ansprechenden „Hauch von Eleganz“. Heizung und Kühlung mit gasbetriebener Wärmepumpe runden die positiven Gesamteindrücke von „erdgas schwaben“ in Nördlingen ab.

Gewinnen Sie den Bayerischen ÖPNV-Preis 2008!

Bayerns Öffentlicher Personennahverkehr stellt sich bereits seit Jahren mit großem Erfolg den Herausforderungen der sich wandelnden Verkehrsbedürfnisse. Attraktive Angebote wie **BAYERN-TAKT**, **BAYERN-TICKET** und **BAYERN-FAHRPLAN** sowie eine Vielzahl von Maßnahmen, die den Reisekomfort spürbar verbessert haben, sind dafür ein überzeugender Beweis.

Doch angesichts der weiter zunehmenden nationalen und internationalen Verflechtungen wird auch im ÖPNV das Überwinden von Grenzen immer wichtiger. Seien es nun Ländergrenzen oder Grenzen verkehrlicher, tariflicher, planerischer oder auch infrastruktureller Art. Vielleicht haben Sie ein Projekt auf den Weg gebracht, mit dem vorher bestehende Grenzen im ÖPNV überwunden wurden. Wenn ja, dann bewerben Sie sich um den **BAYERISCHEN ÖPNV-PREIS 2008!** Die Bewerbungs- und Empfehlungsfrist endet am 29. Februar 2008. Teilnahmeunterlagen finden Sie im Internet unter www.bayern-takt.de/Nahverkehrspreis.

Der **5. BAYERISCHE NAHVERKEHRSKONGRESS** mit der Verleihung des **ÖPNV-PREISES** durch Bayerns Verkehrsministerin Emilia Müller findet am 10. April 2008 in München statt. Namhafte

Experten werden sich in Vorträgen, Diskussionen und Workshops unter dem Motto „Wettbewerb im Nahverkehr – Die Folgen für Verkehrsunternehmen, Kunden und Aufgabenträger“ mit aktuellen Themen aus allen Bereichen des ÖPNV befassen. Zu dem Kongress wird gesondert eingeladen.

5. Bayerischer Nahverkehrskongress 2008

10. April 2008 in München



Die BayernLB setzt auf Tiefengeothermie

Von Tanja Mönkhoff, Leiterin des Teams Zielkunden- und Vertriebspartnerbetreuung Kommunalgeschäft der BayernLB

Die fossilen Brennstoffe (Öl, Gas, Kohle) werden auf der Erde immer knapper. Zudem steigt der jährliche Verbrauch, nicht zuletzt durch die hohe Nachfrage aus boomenden Ländern, wie z. B. China. Die Folge sind steigende Preise mit entsprechenden negativen Auswirkungen auf Haushalte und Wirtschaft. Experten gehen von einem Versiegen der Ölquellen in 30 bis 70 Jahren aus.

Hinzu kommt die Abhängigkeit Europas von den Rohstoffreserven anderer Länder. Bereits in 20 Jahren wird Europa über keine eigenen fossilen Brennstoffe mehr verfügen. Ohne Alternativen führt dies zu erheblichen Abhängigkeiten und damit zu einer Einschränkung der Souveränität.

Ein weiteres und sehr aktuelles Thema ist dabei auch der Klimawandel, der laut des Anfang 2007 veröffentlichten UN-Berichtes nur durch eine schnelle und extreme Reduzierung des CO₂-Ausstoßes noch aufgehalten werden kann. Sollte dies nicht gelingen, werden allein auf Deutschland bis zum Jahr 2050 geschätzte Kosten i.H.v. 800 Mrd. Euro durch Schäden (Überflutungen, Stürme, etc.) zukommen. Ziel muss es daher sein, den Energieverbrauch zu reduzieren und Alternativen zu den fossilen Brennstoffen zu finden. Aber wo?

Atomkraft: Umstrittener Ausstieg aus dem Ausstieg

Mittelfristig möglich, aber politisch höchst umstritten, ist der Ausstieg aus dem Ausstieg in Sachen Atomkraft. Kostengünstig und ohne CO₂-Emissionen, aber mit der Problematik der Endlagerung ausgebrannter Brennstäbe. Hinzu kommt, dass auch der Vorrat an Uran endlich ist und eine Abhängigkeit zu anderen Staaten besteht, da wir selbst kaum über Uranvorkommen verfügen.

Als Alternative wird in einigen Jahrzehnten vielleicht die Kernfusion verfügbar sein. Es ist allerdings noch sehr ungewiss, ob diese technologisch und wirtschaftlich machbar sein wird. Selbst wenn man es schaffen sollte, einen funktionierenden Reaktor zu bauen, der mehr Energie liefert als verbraucht, ist bis zum heutigen Tag kein Weg bekannt, wie die bei der Fusion entstehenden Neutronen abgeschirmt werden können. Die daraus resultierende extrem schnelle Materialermüdung des Reaktors würde keinen wirtschaftlichen Betrieb ermöglichen.

Der Abbau von Methanhydrat in den Ozeanen, der seit einiger Zeit als Lösung unserer zukünftigen Energieprobleme diskutiert wird, erscheint ebenfalls sehr fraglich. Ein Abbau ist technisch außerordentlich schwierig und heute noch gar nicht möglich. Zudem ist Methan für das Klima um ein Vielfaches schädlicher als CO₂.

Potenzial und Nutzungsformen

Einen Ausweg aus dem Dilemma bietet der sukzessive und konsequente Ausbau der regenerativen Energiequellen, da diese auf Dauer zur Verfügung stehen, technisch realisierbar und CO₂-neutral sind. Neben Wind, Wasser, Photovoltaik und Biomasse liegt gerade in der Nutzung der Geothermie ein enormes Potenzial.

Das Innere unseres Planeten bietet einen schier unerschöpflichen Vorrat an Energie. Experten gehen davon aus, dass der Wärmehalt im Inneren der Erde unseren Energiebedarf für 30 Mio. Jahre decken könnte. Die Temperatur in den obersten Erd-

schichten nimmt dabei durchschnittlich um 3 Grad Celsius pro 100 m Tiefe zu.

In der Nutzung dieser Energie unterscheidet man zwischen der oberflächennahen Geothermie insbesondere für einzelne private Haushalte (dabei werden Wärmesonden bis maximal 100 m Tiefe in den Boden eingelassen) und der Tiefengeothermie, bei der unterhalb von 400 m Tiefe operiert wird. Der Betrieb eines Kraftwerkes oder eines Fernwärmenetzes ist in Deutschland nur im Rahmen der Tiefengeothermie möglich.

Günstige geologische Voraussetzungen

Geothermie ist weltweit bereits nach Wasserkraft die zweitgrößte natürlich genutzte Energiequelle zur Stromerzeugung. Bislang wurde diese jedoch hauptsächlich nur in vulkanischen Regionen der Erde, wo die Erdkruste sehr dünn ist, z.B. in Island oder in Teilen Italiens, in größerem Umfang genutzt. Weltweit verfügbare geothermale Kraftwerke über eine installierte elektrische Leistung von rund 9.000 MW (ca. 500 Kraftwerke zwischen 2 und 100 MW) und geothermale Heizanlagen über eine thermische Leistung von mehr als 20.000 MW.

Die Tiefengeothermie steckt allerdings weltweit in den Kinderschuhen. Doch gerade im südlichen Bayern geht die Entwicklung aufgrund der äußerst günstigen geologischen Voraussetzungen mit großen Schritten voran.

Das Bayerische Molassebecken

Das Molassebecken erstreckt sich von Schwaben, über Oberbayern und Teile des südlichen Niederbayerns bis nach Oberösterreich. Das Besondere ist dabei der Wasser führende Malmkarst, eine noch als schwäbische und fränkische Alb an der Oberfläche zu sehende Kalksteinschicht, die Richtung Alpenorand bis auf eine Tiefe von rund 4.000 m unter NN absinkt und dadurch immer wärmer wird. Aufgrund der zerklüfteten Struktur des Malmkarstes ist diese Schicht sehr gut Wasser führend und bietet mit einem Volumen von rund 300 Mrd. m³ Wasser das bedeutendste Reservoir geothermischer Energie in Mitteleuropa.

Hohes Erkundungs-Know-how

Experten rechnen mit einem geothermischen Potenzial von mindestens 500 MW elektrisch und 2.000 MW thermisch. Derzeit sind rund 50 Projekte mit Stromerzeugung und weitere 30 Projekte nur mit Wärmeversorgung in Planung. Das dazugehörige geschätzte Investitionspotenzial liegt bei 1,5-2 Mrd. Euro in den nächsten Jahren. Durch das hohe Erkundungs-Know-how (es gibt ca. 500 Erdöl- und Erdgasbohrungen zwischen 1.000 und 6.000 m in diesem Gebiet) liegt die Fündigkeitswahrscheinlichkeit bei einer Bohrung bei über 90%. Die letzten erfolgreichen Bohrungen wurden in Pullach und Unterhaching durchgeführt. Die dazu

notwendigen Bohrtechniken sind langjährig erprobt und stammen aus der Erdöl- und Erdgasindustrie.

Durch den Wasser führenden Malmkarst eignet sich das bayerische Molassebecken optimal für hydrothermale Systeme. Dabei zirkulieren die vorhandenen Thermalwässer zwischen zwei zu bohrenden Brunnen (Förder- und Injektionsbohrung) über den vorhandenen natürlichen Grundwasserleiter (Aquifer). Dabei ist lediglich zu beachten, dass die Brunnen einen ausreichend großen Abstand zueinander haben, damit es zu keinem „Kurzschluss“ kommt und sich das Wasser im Aquifer nicht abkühlt. In der Regel reicht dafür ein Abstand von 2 Kilometern aus.

Temperatur und Schüttung

Wichtig für die Art der energetischen Nutzung (Wärme, Strom) und den wirtschaftlichen Erfolg sind zwei Komponenten: Temperatur des Wassers und Schüttung (Liter pro Sekunde). Eine Wärmeverseigerung rechnet sich ab einer Temperatur von 70 Grad Celsius und einer Schüttung von 40-70 l/sec. Die Anforderungen an die Stromerzeugung sind deutlich höher. Diese setzt eine Temperatur von mindestens 100 Grad Celsius sowie eine Schüttung von 100 l/sec voraus. Aus diesem Grund kommen für die Stromerzeugung i.d.R. nur Gebiete südlich einer Linie von München in Frage, da aufgrund der tieferen Lage des Malmkarstes in dieser Region mit höheren Temperaturen zu rechnen ist.

Notwendige Untersuchungen

Gründliche geologische Untersuchungen vor Beginn der ersten Bohrung sind daher nicht nur vor dem Hintergrund notwendig, ob und wo man überhaupt fündig wird, sondern auch, um die Frage nach Strom- und/oder Wärmeenergie zu klären. Für eine Stromerzeugung ist u.a. ein größerer Durchmesser des Bohrloches notwendig. Rechnet man nur mit Wärmeenergie, sollte man gleich einen kleineren Durchmesser wählen, da die Kosten dafür deutlich geringer sind.

Bei einer rein thermalen Nutzung wird die Wärme des Thermalwassers über einen Wärmetauscher an ein Fernwärmenetz übergeben. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass ausreichend Backup-Kapazitäten mittels Öl-/Gasbrenner vorhanden sein müssen, um mögliche Ausfallzeiten beim Thermalwasser und Spitzenlasten in der Heizperiode auszugleichen.

ORC- oder Kalina-Verfahren

Für die Stromerzeugung kommen das konventionelle ORC-Verfahren (Organic-Ranking-Cycle), das u. a. auch bei Biomassekraftwerken eingesetzt wird oder das Kalina-Verfahren zum Einsatz. Der wesentliche Unterschied zwischen den beiden Verfahren besteht darin, dass beim Kalina-Verfahren durch die Verwendung eines Ammoniak-Wassergemisches bis zu 140 Grad Celsius ein höherer Wirkungsgrad bei der energetischen Nutzung erreicht wird. Das erste Kalina-Kraftwerk in Deutschland wird aktuell in Unterhaching gebaut. Ein weiteres Kalina-Kraftwerk steht bereits in Island.

Wirtschaftlich sinnvoll und

von politischer Seite gewollt ist die Kraft-Wärme-Kopplung, bei der die Restwärme des Thermalwassers nach der Stromerzeugung noch für eine Fernwärmeversorgung genutzt wird (so auch in Unterhaching). Dabei kann in gewissen Grenzen auch flexibel agiert werden. So ist es möglich, im Winter mehr Energie in das Fernwärmenetz zu leiten und die Stromproduktion zu drosseln, während im Sommer mehr Strom produziert wird. Damit dies ohne Interessenskonflikte funktioniert, erscheint es allerdings sinnvoll, dass das gesamte Projekt im Eigentum der Kommune ist.

Rahmenfaktoren

Als grundsätzliche wirtschaftliche Rahmenfaktoren sind zu nennen:

- ▶ Sicherung der Aufsuchungserlaubnis in einem Erfolg versprechenden Claim.
- ▶ Erfolgreiche und fundierte geologische und seismische Untersuchungen.
- ▶ Erstellung einer Projektstudie (Machbarkeitsstudie)
- ▶ Rechtzeitige Sicherung von Bohrgelände und erfahrener Personal. Bohrgelände sind derzeit sehr knapp und oft nur zu hohen Preisen erhältlich. Dies kann die Wirtschaftlichkeit des Projektes erheblich beeinflussen.
- ▶ Förderung durch das Erneuerbare Energie Einspeisegesetz (EEG) bei Netzeinspeisung von Strom.
- ▶ Gegebenenfalls ist eine Versicherung des Bohriskos sinnvoll. Jedoch sind die Kosten für derartige Versicherungen sehr hoch und gehen zu Lasten der Wirtschaftlichkeit.
- ▶ Sicherung der Ressourcen eines erfahrenen Kraftwerksbauers mit schlüsselfertiger Übergabe



„Tiefengeothermie in Bayern“ war eines der Themen des Forums „CO₂-Initiative - Dezentrale Energieversorgung als Chance für die ländlichen Räume“ auf der diesjährigen Kommunale. BayernLB-Abteilungsleiterin Tanja Mönkhoff (am Rednerpult) zeigte hierbei grundsätzliche Überlegungen hinsichtlich der Finanzierung geothermischer Projekte auf. Weiter von links: Dr. Andreas Gronauer, Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft, Institut für Landtechnik und Tierhaltung, Freising, Thomas Herrmann, Geschäftsführer, HTI Wilhelm Gienger KG, Markt Schwaben, Prof. Dr.-Ing. Albert Göttle, Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt, Augsburg, Dipl. Ing. Manfred Tylla, Leiter der Stadtwerke Neumarkt i.d. Opf. □

zum Festpreis und Vollwartungsvertrag.

▶ Frühzeitige erfolgreiche Vermarktung der Fernwärme an Haushalte und/oder Unternehmen bzw. kommunale Eigennutzung.

Nachfolgend ungefähre wirtschaftliche Eckdaten:

- ▶ Kosten für 2 Bohrungen: ca. 8-10 Mio. Euro
- ▶ Gesamtkosten für ein Projekt mit Kraft-Wärme-Kopplung: ca. 50 Mio. Euro
- ▶ Gesamtkosten für ein reines Fernwärmeprojekt: ca. 25 Mio. Euro
- ▶ Vorlaufzeit ab Aufsuchungserlaubnis: 1-2 Jahre
- ▶ Bauzeit: mindestens 2 Jahre inkl. Bohrungen

- Betriebsdauer: mind. 20 Jahre. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die tatsächlichen Kosten rund 30% höher, als die ursprünglich geplanten Kosten sind.

Projektphasen und deren Finanzierung

Die Bohrphase mit Erschließung (Produktionsstätte, Thermaltrasse, etc.): Der Abschnitt bis zur erhofften Fündigkeit beinhaltet die größten Risiken. Neben der Frage, ob und mit welcher Qualität man fündig wird, beinhaltet auch die Bohrung selbst viele Kosten treibende Risiken. Das zeigen die bisherigen Projekte. (Fortsetzung nächste Seite)

Frischer Wind für Südosteuropa.

Neue Märkte. Neue Chancen. Eine vertraute Bank.

Unser Angebot: Flächendeckende Präsenz, lokale Kontakte und Know-how. Dazu ein weites Leistungsspektrum, wie Sie es von uns gewohnt sind. Willkommen in Südosteuropa. Willkommen zu Hause. Die BayernLB Gruppe. Ihre Bank in Südosteuropa.

Mehr erfahren Sie unter: www.bayernlb.de/suedosteuropa

Finanzgruppe Bayern **BayernLB**

Die BayernLB setzt ...

(Fortsetzung von Seite 11)

Das Spektrum reicht von abgebrochenen Bohrköpfen bis hin zu verschiedenen Stimulierungsmaßnahmen, um die Fündigkeit zu verbessern. Es gibt dabei keinen Festpreis. Jeder zusätzliche Tag kostet viel Geld. Eine Versicherung des Bohrrisikos ist nur bei wenigen Versicherungen möglich, kostet viel und beinhaltet nicht die Absicherung des Fündigkeitsrisikos, welches extra zu versichern wäre. Bislang waren jedoch alle Bohrungen erfolgreich, einige sogar mit besserer Fündigkeit, als erwartet.

Eine Finanzierung mittels Fremdkapital kann aufgrund des hohen Risikos nicht zum Tragen kommen. Notwendig ist in dieser Phase eine Finanzierung über Eigenmittel, ggf. kommunalverbürgte Kredite (sofern Haushalts- und EU-rechtlich möglich) oder über einen Risikofonds.

II. Bau und Betrieb des Kraftwerkes bzw. des Fernwärmenetzes: Ab dieser Phase ist eine strukturierte Finanzierung unter Einbindung von Fremdkapital (unverbürgte Bankdarlehen) grundsätzlich möglich.

Strukturierte Finanzierung

Die folgenden Überlegungen und Informationen sollen Ihnen einen Überblick verschaffen, mit welchen Überlegungen eine Bank an eine strukturierte Finanzierung eines Geothermieprojektes herangeht. Diese Ausführungen nehmen für sich jedoch weder Vollständigkeit noch Ausschließlichkeit in Anspruch. Jedes Geothermieprojekt ist, wie jede andere Projektfinanzierung auch, einzigartig. Daher wird es immer nur individuelle Lösungen geben, die sich im Grundsatz aber an diesen Überlegungen orientieren.

Voraussetzung für die Finanzierung einer Geothermiegesellschaft ist die Erstellung einer Projektstudie durch einen unabhängigen Gutachter oder Wirtschaftsprüfer. Darin soll folgendes enthalten sein:

- ▶ die wirtschaftliche Machbarkeit (u. a. Kostenrahmen, Finanzierung, Cash-Flow)
- ▶ die technische Machbarkeit
- ▶ die Verfügbarkeit von Ressourcen (Mensch, Maschinen, Flächen, Material und Zeit)
- ▶ die organisatorische Umsetzung.

Der zentrale Punkt der wirtschaftlichen Machbarkeitsprüfung ist die Finanzplanung („Financial Model“), mit der die Entwicklung des Cash-Flow über die gesamte Finanzierungsphase prognostiziert wird. Dabei ist der Cash-Flow wie folgt definiert: Cash-Flow = zahlungsbedingte Einnahmen - zahlungsbedingte Ausgaben. Der Cash-Flow ist die primäre Rückzahlungsquelle einer Finanzierung. Er soll Forderungen grundsätzlich in folgender Reihenfolge bedienen:

- ▶ Steuern
- ▶ Zinsen für Fremdkapital
- ▶ Aufwendungen für Personal, geplante Investitionen und Betriebsmittel
- ▶ Tilgung des Fremdkapitals (innerhalb von max. 20 Jahren ab Beginn der Produktion)
- ▶ Zuletzt: Ausschüttungen (Dividenden) auf das Eigenkapital.

Auf Basis realistischer Szenarien werden von der Bank Sensitivitätsanalysen durchgeführt. Neben der Ermittlung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit resultiert daraus auch die Ermittlung des für die Finanzierung notwendigen Eigenkapitals, ggf. Nachrangkapitals und Fremdkapitals und deren Verhältnis zueinander. Beispiel: Die Gesamtinvestition in ein Geothermieprojekt mit Fernwärmenetz beträgt 25 Mio. Euro. Aus den prognostizierten Cash-Flows ergeben sich exemplarisch folgende Anforderungen für das Verhältnis aus Fremd- und Eigenkapital:

- ▶ 10 Mio. Euro notwendiges Eigenkapital zuzüglich einem Risikopuffer im Fall einer Kostenüberschreitung
- ▶ 15 Mio. Euro maximal mögliches Fremdkapital.

Für das Eigenkapital sind in diesem Beispiel folgende Varianten denkbar:

- I) Einzahlung von 10 Mio. Euro echtem Eigenkapital in die Geothermiegesellschaft.
- II) Einzahlung von 5 Mio. Euro echtem Eigenkapital und Substituion der restlichen 5 Mio. Euro über ein kommunalverbürgtes Darlehen, welches jedoch erst nach vollständiger Tilgung des nicht verbürgten Fremdkapital getilgt wird.
- III) Alternativ zur unter II) genannten Kommunalbürgschaft wäre analog auch eine EK-Nachschusspflicht oder ein Ver-

Emter-GmbH nimmt neue Anlage in Betrieb

Wirtschaftsstaatssekretärin Dagmar Wöhrl (MdB) am 4. Dezember in Altenstadt

Dagmar Wöhrl, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, wird am 4. Dezember gemeinsam mit Landrat Luitpold Braun die neue Anlage der Emter-GmbH in Altenstadt zur Verbrennung von Klärschlamm offiziell ihrer Bestimmung übergeben. Damit wird die jahrelange Arbeit von Unternehmer Johann Emter im Dienst des Umweltschutzes gewürdigt.

Begonnen hatte alles mit ersten Überlegungen zur Erweiterung der Firma im Jahre 2005. Baubeginn der Halle war 2006, die Montage der technischen Komponenten begann Anfang 2007. Nach nur rund neun Monaten Bauzeit steht die Emter GmbH jetzt am Anfang einer erfolversprechenden Zukunft. „Unser Ziel ist es, den Kommunen eine sichere Entsorgung ihres Klärschlammes anzubieten“, so Johann Emter. Sein Unternehmen habe mit fachkundigen Partnern ein zukunftsweisendes Konzept für die regionale und umweltfreundliche Entsorgung von Klärschlämmen entwickelt und hochmoderne thermische Verwertungskapazitäten geschaffen. □



lustübernahmevertrag denkbar.

Bei den Varianten II) und III) sind handels- und EU-rechtliche Gesichtspunkte zu beachten.

Für den unverbürgten Finanzierungsanteil (in diesem Beispiel max. 15 Mio. Euro) sind zudem projektübliche Sicherheiten, wie z. B. Grundschulden, Sicherungsübereignungen, Forderungsabtretungen etc. notwendig.

Bei einer strukturierten Finanzierung ohne umfassende kommunale Haftung gibt es eine Reihe grundsätzlicher Auflagen:

- ▶ die Vorlage der Gemeinde- bzw. Stadtratsbeschlüsse zum Projekt
- ▶ die Vorlage der oben erläuterten Projektstudie
- ▶ eine nachweislich breite Abnehmerstruktur für die Fernwärme
- ▶ der Nachweis des projekttypischen Versicherungsschutzes
- ▶ die Einhaltung von Informationspflichten (Quartalszahlen; Jahresabschlüsse)
- ▶ die Einhaltung bestimmter, im Einzelfall gemeinsam zu definierender, projekttypischer Finanzkennzahlen; z. B.
- ▶ Eigenkapitalquote
- ▶ Verschuldungsgrad

Zudem sollen alle Zahlungen der Gesellschaft ausschließlich

über ein Konto bei der finanzierenden Bank laufen.

Nach der Zusage der Finanzierung kommen grundsätzlich noch folgende Voraussetzungen vor einer Auszahlung zum Tragen:

- ▶ die schriftliche Bestätigung des Erfolgs der Bohrungen durch Sachverständige
- ▶ die rechtswirksame Bestellung der Sicherheiten
- ▶ die unterzeichnete Vertragsdokumentation (Kreditvertrag, Sicherheitenverträge)
- ▶ die Erfüllung der Offenlegungspflichten gem. § 18 KWVG
- ▶ die Vorlage aller für das Projekt wesentlichen rechtsverbindlich unterschriebenen Unterlagen (z.B. Wärmelieferverträge, rechtsaufsichtliche Genehmigungen, behördliche Genehmigungen, Einzahlung des vereinbarten EK auf ein Konto bei der finanzierenden Bank, GU-Vertrag, Gewährleistungsbürgschaften der Projektanten, etc.)

Mögliche Forfaitierung

Sofern das Inkasso der Fernwärmegebühren durch die Kommune selbst oder eine ihr angeschlossene öffentlich-rechtliche Trägerschaft erfolgt, kann die Finanzierung von Betriebsmitteln

Fachmesse für Bohrtechnik, Brunnenbau und Geothermie:

Hofer geofora feierte Riesenerfolg

Als vollen Erfolg bezeichneten alle Beteiligten die erste geofora - Fachmesse und Kongress für Bohrtechnik, Brunnenbau und Geothermie - in Hof. An drei Tagen waren 79 Aussteller und 450 Kongressteilnehmer zu dieser Auftaktveranstaltung gekommen. Fachleute aus Unternehmen, Ingenieurbüros und Behörden sowie von Hochschulen besuchten die Veranstaltungsböcke der Brunnenbautage, zur Geothermie und des wissenschaftlichen Teils zu Grundwassererschließung und Grundwassernutzung des Landesamtes für Umwelt. Die geofora hat sich damit als Fachleitveranstaltung etabliert.

Das Thema Geothermie, regenerative Energie aus dem Schutzgut Grundwasser, stand auch im Mittelpunkt des sehr gut besuchten Verbraucherforums, mit dem die geofora ausklang. Die deutschsprachige geofora war auch das Ziel von mehreren Besuchergruppen aus Brasilien, Mexiko sowie einer multinationalen Teilnehmergruppe der DAAD (Deutscher Akademischer Austausch Dienst)-Sommerschule in Hof. Damit bekam die nationale Veranstaltung eine starke internationale Komponente.

Der Präsident der figawa (Bundesvereinigung der Firmen im Gas- und Wasserfach e. V.), Prof. Bernd H. Schwank, Hofs Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner, und der Präsident des Augsburger Landesamtes für Umwelt, Prof. Albert Göttle, waren sich einig, dass die geofora eine Fortsetzung erfahren wird. Sie werde sich in die Abfolge bereits etablierter Veranstaltungen

über eine Forfaitierung erfolgen. Dabei kauft die Bank die Forderungen aus den Wärmelieferverträgen an und stellt sie barwertig der Geothermiegesellschaft als Betriebsmittelkredit zur Verfügung. Über diesen Weg kann der Betriebsmittelkredit kostengünstiger zur Verfügung gestellt werden.

Bei der Strukturierung der Finanzierung werden auch Förderprogramme der KfW, der EIB und ggf. weiterer Dritter berücksichtigt. Wesentlicher Aspekt im Rahmen der Förderung ist für die Stromerzeugung zudem das Energieeinspeisegesetz (EEG), wodurch der Cash-Flow deutlich verbessert wird.

Erfahrung der BayernLB

Die BayernLB verfügt als eine der größten deutschen Banken

einordnen und die Synergien des Standortes Hof nutzen.

Kooperationsgeist

Noch in diesem Jahr wird die Entscheidung getroffen, wie und wann die geofora erneut zum Branchentreff einlädt. Die figawa, die als technisch-wissenschaftliche Vereinigung Träger dieser Veranstaltung war, dankte allen Beteiligten und den aktiven Partnern für die vielfältige Unterstützung, ohne die dieser Anfangserfolg nicht möglich gewesen wäre. Herausragend waren auch das uneingeschränkte Engagement für die gemeinsame Sache und der Kooperationsgeist der Partner. Die Stimmung zum Veranstaltungsende ließ sich am besten in Anlehnung an zwei bekannte Slogans umschreiben: „Nach der geofora ist vor der geofora“ und „geofora und Hof, in Bayern, in Deutschland und in der Welt ganz oben!“ **DK**

über umfangreiche und langjährige Erfahrungen mit strukturierten Finanzierungen. Dabei steht auch gerade die Finanzierung von Projekten mit regenerativen Energien im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie der BayernLB im Fokus. Aktuell ist dabei nach der Finanzierung mehrerer Photovoltaikgroßanlagen die Finanzierung des derzeit größten Geothermieprojektes in Unterhaching zu nennen, die die BayernLB zusammen mit der Kreissparkasse München Starnberg und der KfW dargestellt hat.

Auch bei zukünftigen Projekten wird die BayernLB weiterhin eng mit der jeweiligen örtlichen Sparkasse zusammenarbeiten, um den Kommunen eine umfassende und optimale Betreuung mit regionalem Bezug zu bieten. □

EMTER TECHNOLOGIE- FORMEL FÜR MODERNE KLÄRSCHLAMM- ENTSORGUNG



Klärschlamm in Bayern: jährlich sind rund 6 Mio. t zu entsorgen.

Neue Emter Verbrennungsanlage jetzt in Betrieb

Zur thermischen Entsorgung von Klärschlamm hat die Emter GmbH in Altenstadt/Schongau eine moderne und hocheffiziente Verbrennungsanlage errichtet. Rund 120.000 t können pro Jahr umweltschonend beseitigt werden.

Emter-Vorteile

Die Technologie-Formel der Emter GmbH: Optimale Energieeffizienz, Neutralisierung der Schadstoffe, keine Belastung der Böden, saubere Abluft, dezentrale Anlage. Die neue Kläranlage sorgt für sauberes Wasser. Sprechen Sie mit uns über kostengünstige Preise!

Entsorgungskonzept aus einer Hand

Die Emter GmbH bietet ein Entsorgungskonzept aus einer Hand: Komplett Transportabwicklung, Entsorgungssicherheit, Kosteneffizienz, Zukunftssicherheit, ökologische Akzeptanz und Nachhaltigkeit durch Kreislaufentsorgung der Rückstände.

Ihr Ansprechpartner für die Entsorgung Ihrer Klärschlämme:

Andreas Kottermair GmbH & Co. KG
Ansprechpartner: Herr Michael Rauh
Gewerbepark 4, 85250 Altomünster
Tel.: (0 82 54) 99466-0
Fax: (0 82 54) 99466-99
Mobil: 0174/3145012
E-Mail: Kottermair@t-online.de

Betreiber der Anlage und Informationen:

Emter GmbH
Alpenstr. 50, D-86972 Altenstadt
Tel.: 08661/2344-0, Fax: 08661/2344-55
Internet: www.emter-gmbh.de
E-Mail: emter-gmbh@t-online.de



Oberflächen- und Tiefengeothermie:

LEW-Dienstleistungen im Fokus

Analysen von BEW-Geschäftsführer Dr. Olaf Heil vor dem Beratenden Kommunalausschuss in Augsburg

Primär mit den „Dienstleistungen für Oberflächen- und Tiefengeothermie der LEW“ befasste sich der Geschäftsführer der Bayerische Elektrizitätswerke GmbH (BEW), Dr. Olaf Heil, in seinem Vortrag vor dem beratenden Kommunalausschuss der Lechwerke AG in Augsburg. Die BEW ist eine 100%-ige Tochter der LEW.

Durch sparsamen und effizienten Energieeinsatz können gerade im Gebäude- und Heizungsbereich in erheblichem Maß fossile Energieträger geschont, CO₂-Emissionen verringert und wichtige Beiträge zum Klimaschutz geleistet werden, so Heil. Neben modernem baulichen Wärmeschutz und Heizungsmodernisierung bietet hier auch der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energien einen möglichen Ansatzpunkt.

Der effiziente Umgang mit Energie gewinnt zunehmend an politischer Dimension, wie Heil darstellte. Die EU-Richtlinie „Energieeffizienz und Energiedienstleistung“ sieht indikative Ziele zur Senkung des Energieverbrauchs in allen Sektoren von insgesamt neun Prozent in neun Jahren vor. Die Mitgliedsstaaten werden verpflichtet, sog. Energie-Effizienz-Aktions-Pläne zu erarbeiten, um die Maßnahmen zu definieren, die notwendig sind, um diese Ziele zu erreichen. Konkret gliedert sich das LEW-Programm in die Handlungsfelder Forschung und Technologie (Neue Wege bei Energievermarktung/-steuerung; Leitgedanke: Innovative Verfahren und Geräte schaffen Kostenkontrolle und Wahlmöglichkeiten für Kunden), Umsetzung und Beratung (Steigerung der Energieeffizienz in den Kommunen, Leitgedanke: Unterstützung für den öffentlichen Sektor hilft, den Sanierungsstau aufzulösen) sowie Aufklärung und Information (Information und Förderprogramme für Privat- und Gewerbetunden; Leitgedanke: Nur Kunden, die ihre Energiesparpotenziale kennen, können ihre Kosten senken).

„Fakt ist, dass Energieeffizienzmaßnahmen Investitionen in Sanierungen und Modernisierungen erfordern, wobei der Nachholbedarf bei den Kommunen enorm ist“, betonte Heil. Das Förderprogramm der RWE Energy-Gruppe für den öffentlichen Sektor helfe, den Sanierungsstau aufzulösen. Dazu zählten Energiesparkonzepte für öffentliche Gebäude wie das „5.000-Rathäuser-Programm“, Energiesparkonzepte für Krankenhäuser in öffentlicher und gemeinnütziger Trägerschaft sowie das Effizienzprogramm Straßenbeleuchtung. Zudem würden Energiesparkonzepte für den Mittelstand wie Energiedaten-Management und technischer Service angeboten. Heil: „Die RWE Energy-Gruppe unterstützt ihre Kunden dabei, Energie sorgsam einzusetzen und dadurch echte Einsparpotenziale zu heben.“

Bei der Erneuerung von Heizungen würden immer häufiger Wärmepumpen eingesetzt, weswegen auch der Anteil der Luft-Wasser-Wärmepumpe steige, bemerkte der Geschäftsführer. Die von den Lechwerken großzügig geförderte Wärmepumpe leihe sich 75% der Heizenergie von der Natur. Nur 25% der erforderlichen Heizenergie müssten dem System zugeführt werden. Die Wärmepumpe sei energieeffizient und vermeide CO₂-Emissionen – je nach Stromerzeugung bis zu 100%. Heil zufolge haben die Kunden begriffen, dass energieeffiziente Heizungen zukunftssicher sind. In diesem Jahr habe die Wärmepumpe einen Anteil von 9% am Markt erreicht. Mit 25.830 Heizungs-wärmepumpen seien im 1. Halbjahr 2007 84% mehr Wärmepumpen verkauft worden als

im Vergleichszeitraum 2006.

Sogenannte erdgekoppelte Wärmepumpen sind wiederum eine zuverlässige und wirtschaftlich interessante Möglichkeit, regenerative Energien zu nutzen. Neben der Erschließung heißer Wasservorkommen in größeren Tiefen, die auch als hydrothermale Tiefengeothermie bezeichnet wird, bietet die oberflächennahe Geothermie die Möglichkeit, Erdwärme der

oberen Erdschichten zu nutzen.

In Bayern werden mit wirtschaftlich vertretbaren Bohrtiefen meist nur Temperaturen bis maximal + 100 Grad Celsius erreicht, die nur als Wärme im sog. Niedertemperaturbereich genutzt werden können. Höhere Temperaturen, die zur Erzeugung von Elektrizität ausreichen würden, sind, von einigen Ausnahmen abgesehen, erst ab Tiefen über 3.000 m zu erwarten. Die Nutzung der Gesteinswärme in großer Tiefe könnte nur mit dem sog. Hot-Dry-Rock-Verfahren erfolgen, bei dem in künstlich erzeugte Risse im Gestein kaltes Wasser eingepresst, dort erhitzt und ansch-

ließend gefördert wird. Das Verfahren wird in einer Europäischen Hot-Dry-Rock Pilotanlage im Elsass erprobt. Sollte dieses Vorhaben ein Erfolg werden, könnten entsprechende Vorhaben zur geothermischen Stromerzeugung auch in Bayern durchgeführt werden.

Günstigere Nutzungsbedingungen für Erdwärme bieten relativ hohe Grundwassertemperaturen und hohe Ergiebigkeiten von Erschließungsbohrungen. In Südbayern, im sogenannten Molassebecken zwischen der Donau und den Alpen, bieten sich Heil zufolge vergleichsweise günstige Voraussetzungen für die Gewinnung von Erdwärme. Hier ist mit dem nahezu flächendeckend verbreiteten verkarsteten Malm des Jura ein ergiebiger Grundwasserleiter vorhanden, der von Norden nach Süden in immer größere Tiefen absinkt und dabei entsprechend höhere Temperaturen annimmt. Die Progression der Bohrkosten

lässt jedoch Bohrtiefen bis allenfalls 3.500 oder 4.000 m als sinnvoll erscheinen. Ein wesentlicher Vorteil der Wässer im Malm des Molassebeckens gegenüber den meisten sonstigen Tiefenwässern in Deutschland ist ihre geringe Mineralisation.

Als Risikofaktoren bei Geothermieprojekten nannte der BEW-Geschäftsführer hauptsächlich die Einschätzung der Geologie (Temperatur, Fließraten, Nachhaltigkeit), die Fündigkeit (Erreichen der Parameter), die Auffindung der Bruchzonen, das Bohrrisiko (z. B. Gefahr eines Gesteinsbruchs), das Preisrisiko (Bohrvertrag, Versicherungen...) sowie den tatsächlichen Wärmeabsatz an industrielle und kommunale Kunden. Vorteile der geothermischen Strom- und Wärmeversorgung seien neben dem Beitrag zum Klimaschutz die regenerative, CO₂-arme Energieerzeugung, Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit (sehr hohe Le-

bensdauer der Lagerstätten von 100 bis 200 Jahren), Verfügbarkeit und Planbarkeit sowie die Preisstabilität gegenüber fossiler Primärenergie (Öl, Gas, Holzpellets, Biomasse).

Dass die LEW AG das Thema (Tiefen-)Geothermie sehr offen verfolgt, zeigt das Bestreben, in Buchloe im Allgäu ein Geothermie-Kraftwerk für die Erzeugung von Wärme und Strom zu bauen. Die BEW hat sich beim bayerischen Wirtschaftsministerium die Erlaubnis für Erdwärmehohrungen im Gebiet um Buchloe gesichert. Geplant ist, rund 100 Grad heißes Wasser aus etwa 3000 Meter Tiefe in die Höhe zu pumpen, die Abwärme mittels Wärmetauscher zu gewinnen, und das abgekühlte Wasser wieder zurück zu pumpen. Bis Ende 2007 will das Unternehmen eine Machbarkeitsstudie erarbeiten und die seismischen Daten, die der Untergrund liefert, interpretieren. **DK**

**| wehe, wenn die zinsen steigen | ZINSVERÄNDERUNGEN
KÖNNEN IHREN FINANZIELLEN HANDLUNGSSPIELRAUM DRAMATISCH EINENGEN.
ABHILFE SCHAFFT PROFESSIONELLES SCHULDENMANAGEMENT MIT KONKRETEN
HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN ZUR REDUZIERUNG VON ZINSRISIKEN.
INNOVATIVE LÖSUNGEN UND LEISTUNGEN FÜR DEN ÖFFENTLICHEN SEKTOR -
BEI UNSEREN KOMMUNALKUNDENBERATERN.
| ideen nach vorn |**

COMMERZBANK 



www.commerzbank.de/oeffentlicher-sektor



Freuten sich über die Unterzeichnung der Vertragsverlängerung: Clemens Hecker (Leiter Controlling LEW, links) und Bürgermeister Stefan Dums.

Bio-Ethanol - Kraftstoff vom Acker

Fachkongress zur „biomasse 2007“ in Straubing

„E85 - Kraftstoff vom Acker“ lautete der Titel eines Fachkongresses, der im Rahmen der Biomasse-Messe in Straubing, der „Stadt der Nachwachsenden Rohstoffe“, durchgeführt wurde. Der deutschlandweit ausgerichtete Kongress war eine Gemeinschaftsveranstaltung von zahlreichen Biomasse- und Biokraftstoffeinrichtungen.

In Deutschland hat Bio-Ethanol als Reinkraftstoff E85 bereits einen zukunftsträchtigen Markt gefunden. Auch vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen um CO₂-Ausstoß und Klimaschutz kommt dem Bio-Ethanol ein hoher Stellenwert zu. Der Fachkongress behandelte die verschiedenen Themenbereiche für E85 - auch unter dem Aspekt der dezentralen Produktion. Zielgruppe sind alle, die sich bereits heute, aber auch in Zukunft, verstärkt mit der Markteinführung von E85 auseinandersetzen.

Bayerns Landwirtschaftsminister Josef Miller, der den Kongress und gleichzeitig auch die Biomasse 2007 eröffnete, wies darauf hin, dass die Verwendung von Biokraftstoff in entsprechend angepassten Fahrzeugen weiter zunehmen wird. Mit effizienten Systemen könne man die fossilen Reserven schonen und mit landwirtschaftlichen Reststoffen einen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Inzwischen wurde die Herstellung von Biokraftstoffen aus Biomasse laut Miller wesentlich optimiert. Eine moderne Ethanolfabrik arbeite heute mit deutlich höherer Effizienz als noch vor zehn Jahren. Bei der alkoholischen Gärung entstehe zudem neben Ethanol auch Schlempe, ein beliebtes Futtermittel für Tiere. Die Kraftstoffproduktion auf der Basis von Pflanzenölen sei ebenfalls mit einer Futtermittelherstellung gekoppelt.

Bioethanol wird durch alkoholische Gärung von Zucker und Stärke enthaltenden Pflanzentei-

len produziert. Die Herstellung von Bioethanol aus lignozellulosehaltigen Pflanzenteilen, mit der auch Reststoffe zur Treibstoffgewinnung genutzt werden können, befindet sich in der Entwicklung. Der Ethanolkraftstoff E 85 besteht aus 85 Prozent Ethanol und 15 Prozent Benzin. Bioethanol E 85 kann bereits jetzt in dafür vom Hersteller zugelassenen oder umgerüsteten Fahrzeugen verwendet werden und so einen Teil des Verkehrs umweltverträglicher gestalten.

Kongressblöcke

„Die Ethanolproduktion“, „Markteinführung“ sowie „Fahrzeuge und Motortechnik“ lauteten die einzelnen Kongressblöcke. Dr. Doris Schieder vom Lehrstuhl für Rohstoff- und Energietechnologie, Straubing, stellte hier Ökobilanzen für Herstellungs- und Rohstoffpfade vor, während Max Stürzer das Brenneerikonzept Gut Hüll, das den Rund-um-die-Uhr-Betrieb in der Praxis erprobt hat, erläuterte. Auch der Vortrag von Prof. Dr. Christof Wetter und seinem Mitarbeiter Elmar Brüggling von der FH Münster behandelte die dezentrale Ethanolproduktion in landwirtschaftliche Brennereien und zwar als Machbarkeitsstudie. Wie die Produktion in großtechnischen Anlagen erfolgt, präsentierte Dr. Marten Keil von der CropEnergies AG.

Im Rahmen des zweiten Themenblocks stellte Dr. Heinz Bach vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Um-

Strompartnerschaft zwischen Gemeinde Rögling und LEW:

Neuer Wegenutzungsvertrag

Der Gemeinderat Rögling hat einem neuen 20-jährigen Wegenutzungsvertrag mit der Lechwerke AG (LEW) zugestimmt. Dieser Vertrag regelt die Rechte und Pflichten zwischen Gemeinde und Energieversorger zur Stromversorgung. Er garantiert für die ca. 290 Netzkunden der Gemeinde Rögling auch für die Zukunft eine sichere Stromversorgung.

Bei der Vertragsunterzeichnung in der Hauptverwaltung der Lechwerke in Augsburg hoben Bürgermeister Stefan Dums und der Leiter des Bereichs Unternehmenscontrolling der Lechwerke AG, Clemens Hecker die jahrzehntelange gute Zusammenarbeit hervor. Diese erstreckt sich auch auf weitere Dienstleistungen in der Energieberatung und der Straßenbeleuchtung.

Mit dem Neuabschluss wird eine bewährte Partnerschaft fortgesetzt. Bereits seit 1920 liefern die Lechwerke Strom für die Gemeinde. Der Strombedarf beträgt heute rund 1,5 Millionen Kilowattstunden pro Jahr. Der Wegenutzungsvertrag erlaubt den Lech-

werken, öffentliche Wege, Straßen und Plätze für die Verlegung von Stromleitungen zu nutzen. Außerdem gibt er dem Energieversorger die Planungssicherheit, um in den weiteren Ausbau des Netzes und die Verbesserung der Stromversorgung zu investieren. Als Gegenleistung erhält die Gemeinde eine Konzessionsabgabe in Höhe von rund 11.500 Euro pro Jahr.

Das Netzgebiet der Lechwerke umfasst Bayerisch-Schwaben sowie Teile Oberbayerns. In ihrem Tätigkeitsgebiet verfügen die Lechwerke über 291 Konzessionsverträge mit Städten und Gemeinden, die regionale Energiegesellschaft für Süddeutschland

Kein Zertifikatehandel für Erneuerbare Energien

MdEP Markus Ferber gegen EU-Kommissionspläne

Auf der Jahreshauptversammlung des Landesverbandes Bayerischer Wasserkraftwerke in München hat sich der Vorsitzende der CSU-Europagruppe, Markus Ferber, gegen das Vorhaben der Europäischen Kommission ausgesprochen, einen europaweiten Zertifikatehandel für erneuerbare Energien einzuführen. „Das würde einer modernen Form des Ablasshandels entsprechen“, so Ferber.

Die Europäische Kommission erarbeitet im Rahmen des Fahrplans für erneuerbare Energien derzeit einen Vorschlag für eine umfassende Rahmenrichtlinie. In diesem Zusammenhang wird auch über ein Handelssystem nachgedacht, das es Mitgliedstaaten mit einem begrenzten Potential an erneuerbaren Energien ermöglichen würde, beurkundete Zertifikate von Ländern zu erwerben, die mehr Strom aus erneuerbaren Energien produzieren als gemäß der EU-Vorgaben notwendig. Dieses System würde aber nicht zum Ausbau der erneuerbaren Energien beitragen. Vielmehr könnte es Mitgliedstaaten dazu veranlassen, ihre Anstrengungen zu verringern. „Die Mitgliedstaaten jedoch müssen ihre Verpflichtungen selbst erfüllen“, so Ferber.

Die Staats- und Regierungschefs hatten sich im März darauf verständigt, bis zum Jahr 2020 den Anteil der erneuerbaren Energieträger auf 20% anzuheben. Ursprünglich wollte die Kommission ihren Vorschlag am 5. Dezember 2007 vorstellen. Doch wegen weiterhin bestehender Uneinigkeiten und Diskussionen im Rat wird sich dies noch bis Ende Januar verzögern.

welt und Wasserwirtschaft aus Österreich, den 5-Punkte Ethanolplan Österreichs vor. „BEST - Europäische Strategie für Biokraftstoffe“ lautete wiederum das Vortragsthema von Dr. Rainer Jansen von WIP aus München. Den Strategien zum Aufbau von Tankstellen widmete sich anschließend Edmund Brück von der Göhler Unternehmensgruppe aus Hörsbach. Mit den Erfahrungen aus Bayern schloss Hubert Maierhofer von C.A.R.M.E.N. den Fachblock ab.

Last but not least wurden fle-

xible Fahrzeuge und die entsprechende Motortechnik behandelt. Ein Vertreter des Autokonzerns Saab zeigte auf, dass der Biokraftstoff Ethanol im Motor eines Saab „BioPower“ seine Eigenschaften besonders effizient entfalten kann. Auch herkömmliche Benzinfahrzeuge können mit Ethanol betrieben werden. Die Möglichkeiten stellte Oliver Lauter von Biofuel24 vor. Abschließend widmete sich Prof. Dr. Hans-Peter Rabl von der FH Regensburg der Abgassituation beim Betrieb von Ottomotoren mit Ethanol. **DK**

Kommunale Rahmenvereinbarung

Im Juni 2005 haben die Lechwerke (LEW), der Bayerische Gemeindetag und der Bezirksverband Schwaben eine Kommunale Rahmenvereinbarung unterzeichnet. Sie regelt den Strombezug schwäbischer Kommunen von den Lechwerken für den Zeitraum 2006 bis 2009.

Die Lechwerke bieten die Rahmenvereinbarung ihren rund 500 kommunalen Kunden an: Dazu gehören Städte, Märkte, Gemeinden, Zweckverbände sowie Landkreise und der Bezirk Schwaben. Der Vorteil der Vereinbarung liegt in der Einräumung einer besonderen Preisstellung, in einer auf die kommunalen Verhältnisse zugeschnittenen Preisstruktur sowie in verschiedenen gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Lechwerke.

Der erste kommunale Rahmenvertrag zwischen den Bayerischen Kommunalen Spitzenverbänden und LEW wurde zum 1. Juli 1999 geschlossen und alle zwei Jahre mit einem „Nachtrag“ verlängert. Der momentan gültige Vertrag hat eine längere Laufzeit (vom 01.01.2006 - 31.12.2009) und jährlich gestaffelte Preisanpassungen. Aktuelle sind also die Kommunen nicht von einer Preissteigerung im Bereich der Elektrizität betroffen.

Verordnung zur Anreizregulierung zum 1.1.2009:

Bundesrat übergeht die Städte

Die Städte sind enttäuscht, dass der Bundesrat sämtliche kommunalen Kernforderungen zur sog. Anreizregulierung in den Wind geschlagen hat. Da diese nicht berücksichtigt wurden, müssen sich die Stadtwerke und die Städte auf die ab 1.1.2009 bevorstehenden Regeln einstellen. Eine Gegenstrategie kann darin liegen, die Kooperation zu verstärken.

Der Bayerische Städtetag hatte gemeinsam mit dem VKU - Bayern mehrfach gefordert, dass sich die notwendige Effizienzsteigerung der Unternehmen nicht am Branchenbesten ausrichten dürfe, weil sonst ein Wettlauf entstände, der viele Werke in den wirtschaftlichen Ruin treibt. Außerdem wurde gefordert, die Kundengrenze für das vereinfachte Regulierungsverfahren weiter anzuheben, um möglichst die mittleren und kleineren Stadtwerke davon profitieren zu lassen. Gefordert wurde weiter, den Faktor für den Produktivitätsfortschritt möglichst niedrig anzusetzen. Die nun auch von der Bundesregierung endgültig angenommene Verordnung berücksichtigt diese Forderungen nicht.

Der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Dr. Joachim Wümmeling, versuchte die Stadtwerke bei der Jahrestagung des VKU im Oktober in Hamburg zu beruhigen: Die Effizienzziele der Regulierung seien zwar sehr ehrgeizig, jedoch erreichbar. Auch der Präsident der Bundesnetzagentur, Matthias Kurth, ließ bei der VKU-Tagung nichts unversucht, um die Stadtwerke zu beruhigen.

Der oberste Regulierer Deutschlands empfiehlt den Stadtwerken, die Angebote auszubauen und die Servicequalität zu steigern, das

Umland mehr als bisher mitzuvorsorgen und strategisch mehr auf die Eigenerzeugung bei den Stadtwerken zu setzen. Die Einbußen bei den Stadtwerken durch die Regulierung sind bereits jetzt dramatisch: So wurde beim Strom von bundesweit beantragten 18,6 Milliarden Euro an Netzentgelten für die „Durchleitung“ von Fremdstrom durch das Gebiet eines Netzbetreibers eine Kürzung der Kosten um 2 Milliarden Euro verfügt. Beim Gas kürzten die Regulierer das beantragte Kostenvolumen von 3,7 Milliarden Euro um 450 Millionen Euro.

Als Gegenstrategie wird die Zusammenarbeit der Stadtwerke in verschiedenen unternehmerischen Aufgabengebieten immer wichtiger. Solche Kooperationen gibt es in Bayern nahezu flächendeckend beim Stromeinkauf. Sie müssen jedoch erweitert werden. Beispiele hierfür sind die Vertragsabrechnung, das Finanzwesen, des Energiedatenmanagement oder die Instandhaltung. Der Bayerische Städtetag plant derzeit gemeinsam mit dem VKU - Bayern eine Informationsveranstaltung, um den Stadtwerken aber auch insbesondere den Oberbürgermeistern und Bürgermeistern als Repräsentanten der Eigener das Kooperations Thema näher zu bringen. **IBdSt**

"Endlich hab ich absolute Redefreiheit in alle Netze.*"

Neu!



Mit der BASE 5 Flatrate telefonieren Sie für 90 € im Monat:*

- unbegrenzt
- kostenlos
- in alle Netze*

BASE
Die neue Redefreiheit

Suchen Sie sich die Flatrate aus, die zu Ihnen passt. www.BASE.de, 01802-776 000** und in allen E-Plus Shops.

*Dieses Angebot gilt nur bei Abschluss eines Mobilfunkvertrages mit der E-Plus Service GmbH & Co. KG im Tarif BASE 5 mit 24-monatiger Mindestvertragslaufzeit, einmaliger Anschlusspreis 25 €, monatlicher Paketpreis 90 € für innerdeutsche Gespräche in alle Netze (ohne Sondernummern und (Mehrwert-)Dienste). SMS in alle deutsche Mobilfunknetze kosten 0,19 € pro SMS (ohne Sondernummern und (Mehrwert-)Dienste). Dual- oder Tribandhandy erforderlich; Handy ggf. freischalten bzw. SIM-Lock-Sperre aufheben lassen; dafür fallen ggf. Kosten an. **0,06 €/Anruf aus dem Festnetz der T-Com.

Bayern macht sich für Ausbau von Biogas stark:

Potenzial noch längst nicht ausgeschöpft

Beckstein: „Wichtiger Beitrag zum Klimaschutz und wettbewerbsfähige Perspektiven für die bäuerliche Landwirtschaft“ / Miller: „Bayern wird Spitzenstellung bei regenerativen Energien weiter ausbauen“

Bayern macht Druck für verbesserte Nutzung von Biogas. Der Ministerrat hat gefordert, dass bei der Novelle zum Erneuerbaren Energiegesetz (EEG) des Bundes ein verstärkter Schwerpunkt auf eine noch effektivere Biogasnutzung gelegt wird. Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein: „Das Potenzial dieses Energieträgers ist noch längst nicht ausgeschöpft. Mit der verstärkten Nutzung von Biogas können wir künftig einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz in unserer Heimat leisten und schaffen wettbewerbsfähige Perspektiven für die bäuerliche Landwirtschaft.“

Vor allem kleinere Biogasanlagen sind laut Landwirtschaftsminister Josef Miller besonders geeignet und sollten daher mit einer erhöhten Strom-Einspeisungsvergütung über das EEG stärker gefördert werden. Damit wird, so Miller, aus dem Abfallprodukt Gülle ein wichtiger „Rohstoff“, der zur Zeit noch zu wenig genutzt wird. Ein weiterer Vorteil dieser Energieerzeugung ist nach den Worten Millers, dass

bei der Verwertung von Gülle in Biogasanlagen keine Pflanzennährstoffe verloren gehen und schädliche Gase energetisch verwertet werden. Die Gülle ist nach ihrer energetischen Verwertung deutlich pflanzenverträglicher und geruchsärmer.

Kaum ein anderes Land in Deutschland setzt mehr Mittel für die Schonung fossiler Energievorräte und für Klimavorsorge ein als der Freistaat

Bayern, hob Miller hervor.

Schonung fossiler Energievorräte

Bayern nimmt auch deshalb beim Einsatz von Bioenergie bundesweit eine Spitzenstellung ein. Von den 3500 Biogasanlagen in Deutschland stehen 1350 im Freistaat. Der Anteil der Biomasse insgesamt am Gesamtenergiebedarf liegt in Bayern mit rund 5 Prozent deutlich über dem bundesweiten Schnitt von 3,5 Prozent. Miller: „Diesen Vorsprung wollen wir und können weiter ausbauen und zwar ohne den Vorrang der Lebensmittelproduktion in der Landwirtschaft zu gefährden.“ Die Staatsregierung schlägt deshalb laut Miller weiter vor, die Einspeisevergü-

tung für Biogasstrom künftig an die Agrarrohstoffkosten zu binden.

Planungssicherheit

Miller: „Gerade für die kleinen Biogasproduzenten brauchen wir hier mehr Planungssicherheit.“ So haben sich innerhalb weniger Monate auf den Weltmärkten die Bedingungen für Agrarrohstoffe grundlegend geändert. Miller: „Dieser globale Kostenanstieg war so nicht vorhersehbar. Für biogaserzeugende Landwirte hat er gravierende Auswirkungen. Dies sollten wir im Interesse der Bauern und der Umwelt besser abfedern.“ Mit ihrer Initiative für Biogas will die Staatsregierung außerdem die Möglichkeit eröffnen, verstärkt Nebenprodukte aus der Ernährungswirtschaft wie Fruchtsafttrester in Biogasanlagen zu verwerten.

Erhöhung des Kraft-Wärme-Koppelungs-Bonus

Durch eine Erhöhung des Kraft-Wärme-Koppelungs-Bonus will man zudem den Anteil der Wärmeverwertung bei der Stromerzeugung von Biogasanlagen steigern. Außerdem setzt sich die Staatsregierung für eine stärker bedarfsorientierte Anreizkomponente bei der Stromeinspeisung ein, die das Potenzial der Biogasanlagen verstärkt auch zur Abdeckung von Spitzenlasten im Stromnetz nutzt

Bernhard: Heizprofis werden Partner im Umweltpakt

Wer veraltete Öl-Heizungsanlagen durch neue Öl-Brennwerttechnik ersetzt, kann bis zu 30 Prozent Energie und damit CO₂ sparen. Um das Sparpotenzial zu nutzen, haben sich Mineralölindustrie, Heizungsfachhandwerk, Kaminkehrer und Mineralölhandel neben anderen Klimaaktivitäten jetzt verpflichtet, diese Heizungstechnik - auch gekoppelt mit Solaranlagen- voranzubringen.

„Klimaschutz beginnt zu Hause in den eigenen vier Wänden. Wer Energie effizienter nutzt, reduziert den CO₂-Ausstoß erheblich und spart Kosten“, betonte Umweltminister Otmar Bernhard beim Unterzeichnungsakt in München und zeichnete die neuen Kooperationspartner mit der Teilnahmeurkunde im Umweltpakt Bayern aus. „In neuen Studien zeigt sich, dass Modernisierung von Heizungsanlagen und wirksame Wärmedämmung die Hebel für einen wirtschaftlich verträglichen Klimaschutz sind.“

Mit der nunmehr unterzeichneten Erklärung verpflichten sich der Mineralölwirtschaftsverband (MWW), der Bayerische Brennstoff- und Mineralölhandelsverband (BBMV), das Institut für wirtschaftliche Ölheizung (IWO), der Landesinnungsverband für das Bayerische Kaminkehrerhandwerk und der Fachverband Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik Bayern, die Brennwerttechnik bei der Modernisierung oder der Neuinstallation einer Ölheizungsanlage und ergänzend thermische Solaranlagen zu empfehlen. Nahezu jede siebte Öl-Heizanlage ist 25 Jahre und älter. Wer weiter mit Öl heizen will, sollte auf die neue Technik umsteigen. Die neue Öl-Brennwerttechnik nutzt auch die Abgaswärme und steigert die Energieausbeute im Vergleich zur bisher üblichen Niedrigtemperaturtechnik auf nahezu 100 Prozent. Die Verpflichtung umfasst auch ein flächendeckendes Angebot an schwefelarmem Heizöl als Voraussetzung für den optimalen Betrieb der Öl-Brennwerttechnik. Außerdem wird die Energieberatung der Hauseigentümer forciert.

Der Umweltpakt Bayern hat sich seit 1995 international zu einem Vorzeigemodell in Sachen Kooperation für umweltverträgliches Wirtschaften entwickelt. Inzwischen haben sich in der dritten Fortschreibung über 4.700 teilnehmende Unternehmen, Organisationen und Verbände mit rund 700.000 Beschäftigten zu freiwilligen Leistungen verpflichtet, die über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehen.

Weitere Informationen: <http://www.klima.bayern.de>

Technische Revolution im Oberland

Vor 125 Jahren bahnbrechendes Experiment zur Fernübertragung elektrischer Energie

Im bayerischen Oberland zwischen Miesbach und München fand vor 125 Jahren ein technischer Versuch statt, den man weltweit als technische Revolution bezeichnen muss. Durch die erste Fernübertragung von elektrischer Energie gelang es Oskar von Miller zusammen mit seinem französischen Partner Marcel Deprez, die Grundlagen dafür zu schaffen, dass die Industrie von der Bindung an den Ort der Stromerzeugung befreit und damit flexibel wurde und sich dann auch die privaten Lebensverhältnisse, zunächst durch mehr Licht in den Haushalten, stark verbesserten. Der Strom als ortsunabhängige Energie konnte seinen Siegeszug beginnen.

Damals gelang auf einer Strecke von 57 km die erste Stromfernübertragung. Mit einem bahnbrechenden Experiment konnte Oskar von Miller am 25. September 1882 während der „Internationalen Elektrizitätsausstellung“ in der Landeshauptstadt beweisen, dass ein Transport von Strom über längere Strecken technisch machbar ist. Die Nutzung von elektrischer Energie war damals, vorwiegend auf dem industriellen Sektor, schon fortgeschritten, jedoch musste sie bis dahin da erzeugt werden, wo sie benötigt wurde.

Suche nach einer Attraktion

„Oskar von Miller setzte damit einen Meilenstein in der Geschichte der Elektrotechnik“, erklärte Hermann Wagenhäuser, Technischer Vorstand von E.ON Bayern. Er sieht in dem bayerischen Ingenieur den Vater der modernen Stromversorgung. „Das Gelingen dieses Experiments war eine notwendige Voraussetzung und wichtige Weichenstellung für die flächendeckende Elektrifizierung und Industrialisierung des Freistaats, so Wagenhäuser. „Durch eine ortsunabhängige Stromerzeugung eröffnete sich der Industrie die Möglichkeit, ihre Betriebe dort anzusiedeln, wo Infrastruktur und wirtschaftliche Faktoren die besten Produktionsbedingungen boten.“

Dabei hatte der spätere Gründer des Deutschen Museums durchaus Zweifel am Erfolg seines gewagten Vorhabens gehegt. Als Organisator der vom 16. September bis zum 15. Oktober geplanten Münchener Elektrizitätsausstellung, der ersten Branchenschau zur Starkstromtechnik in Deutschland, suchte Miller nach einer Attraktion. Denn während der laufenden Planungen hatten einige der großen Firmen ihre Beteiligung abgesagt. Ein spektakuläres Unternehmen sollte der Publikumsmesse die nötige öffentliche Aufmerksamkeit verschaffen.

Mit dem erhofften Gelingen einer Fernübertragung von elektrischer Energie verband Miller, wie er selbst in seinen

Aufzeichnungen schreibt, von Anfang an das Ziel, „durch dieses Unternehmen neue elektrotechnische Probleme zu lösen.“ Besonders wichtig erschien ihm dabei, eine Lösung zur Ausnutzung der Wasserkräfte zu finden. „Die Voraussetzung einer wirtschaftlichen Verwendung der in diesen Flüssen ruhenden Kräfte war die Lösung des Problems, die elektrische Kraft jeweils von ihrer Erzeugungsstelle nach den Verwendungsgebieten zu übertragen.“

Doch das Pionierprojekt geriet schon vor seinem eigentlichen Beginn ins Stocken. So brauchte Miller mehrere Versuche, bis er an einen geeigneten Kooperationspartner geriet, den das Wagnis nicht abschrecken konnte. Er fand ihn in Marcel Deprez. Von ihm hatte Miller ein Jahr zuvor auf der internationalen Elektrizitätsausstellung in Paris einen Vortrag gehört, in dem der Franzose bereits die Möglichkeiten einer Kraftübertragung über weite Strecken angesprochen hatte.

Übertragung via Telegrafmasten

Während Deprez für den praktischen Teil des Experiments verantwortlich zeichnete, übernahm Miller alle organisatorischen Aufgaben. Ursprünglich sollte die Fernübertragung über eine Telegrafstrecke von Augsburg nach München realisiert werden. Allerdings versprachen sich die beiden Ingenieure von den hölzernen Telegrafmasten auf der Strecke Miesbach München eine bessere Isolierung. Die mit Schwachstrom aus galvanischen Elementen gespeisten Telegrafleitungen waren zu dieser Zeit in Bayern schon intensiv im Einsatz, allerdings fast ausschließlich in Diensten der staatlichen Verwaltung, der Polizei und des Militärs. Zum Zeitpunkt des Experiments umfasste das Leitungsnetz des Freistaats eine Länge von rund 36.000 km.

Die Übertragungsleitung für den Gleichstrom bestand aus gewöhnlichen Drähten, die an den Telegrafmasten befestigt wurden. Im Miesbacher Bergwerk hatten die Oberbayerischen Kohlebergwerke eine Dampfmaschine zur Verfügung

gestellt, welche die primäre, den elektrischen Strom erzeugende Maschine betreiben konnte. Im Glaspalast, in dem die Elektrizitätsausstellung stattfand, stand ein Elektromotor bereit, um eine Pumpe anzutreiben, die wiederum einen zwei Meter hohen Wasserfall speisen sollte.

In seinen Aufzeichnungen beschreibt Miller den Aufbau genau: „Zu den Versuchen wurde eine elektrische Maschine von etwa 2 PS Leistung mit Gramme-Anker, die ähnlich wie ein Induktionsapparat mit seidenüberzogenen Drähten gewickelt war, als Stromerzeugungsmaschine verwandt und als Motor eine ähnliche Maschine, welche die Zentrifugalpumpe trieb. Als Übertragungsspannung wurden 1.500 bis 2.000 Volt gewählt.“

Brachliegende Naturkräfte aus weiter Ferne in die Städte übertragen

Bis zuletzt zweifelte Miller am Gelingen des Experiments: „Der erste Versuch fand nach Schluss der Ausstellung nach 11 Uhr abends statt, damit ein Misserfolg nicht sofort in die Öffentlichkeit dringen konnte.“ Doch das Unternehmen glückte: Plötzlich fing der Motor an, sich zu drehen, immer schneller, immer schneller, und der Wasserfall, den der Motor betreiben sollte, kam in Betrieb. Die Überraschung kann sich heute niemand mehr vorstellen. Marcel Deprez war so freudig erregt, dass er mir um den Hals fiel und mir einen Kuss gab.“

Damit war bewiesen, so Miller, „dass es technisch möglich war, brachliegende Naturkräfte von weiter Ferne nach Städten zu übertragen“. Da spielte der „Netzverlust“ vorerst noch keine Rolle, auch wenn von den in Miesbach erzeugten zwei PS lediglich ein Viertel in München ankam.

Die gelungene Stromfernübertragung im Jahr 1882 war ein fundamentales Ereignis in der Geschichte der bayerischen Energiewirtschaft. Wer mehr über die spannende Historie der Elektrifizierung des Freistaats erfahren will, kann sich unweit des damaligen Schauplatzes im Strommuseum von E.ON Bayern informieren. Dieses ist in Markus Wasmeiers Museumsdorf in Schliersee untergebracht. Auf einer nostalgischen Zeitreise mit Exponaten, die bis zum Ende des 19. Jahrhunderts zurückreichen, kann man nachvollziehen, wie die zunehmende Elektrifizierung im Haushalt die Lebensverhältnisse beeinflusst hat. dhg.

Wer Geld fürs Alter auf die Seite legen will, sollte jede Unterstützung nutzen. Nehmen wir nur die **Riester-Rente** – bei ihr gibt es zum Beispiel für eine 3-köpfige Familie schon 366 Euro Förderung – Jahr für Jahr. Wie auch Sie sich maximale staatliche Zuschüsse und Steuervorteile sichern können, planen wir mit Ihnen, als wär's für uns selbst. Mehr darüber erfahren Sie in über 4.000 Agenturen und Sparkassen in Ihrer Nähe oder unter www.versicherungskammer-bayern.de

Private Altersvorsorge

VER SICHER KAMMER UNGS
BAYERN

Finanzgruppe

Wir versichern Bayern.

Deutscher Tourismuspreis für Bad Windsheimer Salzsee:

Schweben wie im Toten Meer

Sieger in der Kategorie „Innovatives Tourismusprodukt“

Das mittelfränkische Bad Windsheim hat den diesjährigen Deutschen Tourismuspreis gewonnen. In der Kategorie „Innovatives Tourismusprodukt“ belegte der Salzsee der Franken-Therme den ersten Platz. Die Auszeichnung nahm 1. Bürgermeister Wolfgang Eckart im Rahmen des Deutschen Tourismustages in Magdeburg entgegen.

Die ehemalige Reichsstadt Bad Windsheim, das einzige Heilbad Mittelfrankens, besticht durch ein konsequent umgesetztes touristisches Angebot, so die Begründung. Die attraktive historische Altstadt und das Fränkische Freilandmuseum wurden Ende 2005 durch das Angebot der Franken-Therme ergänzt.

Medical Wellness

Die zahlreichen Besucher finden dort seither Erholung und Entspannung. Die Therapie umfasst mehrere Thermal-Badehallen, eine abwechslungsreiche Saunalandschaft sowie eine Wellness- und Kosmetikoase.

Highlight der Therapie ist jedoch der Anfang 2006 eröffnete 750 qm große Salzsee im Außenbereich der Therapie. Als künstlicher See angelegt, bein-

haltet der Salzsee rund eine Million Liter vollgesättigte Sole mit einem Salzgehalt von 26,9 Prozent. Die Sole bietet einen enormen Auftrieb und ermöglicht ein einzigartiges Schwebelerlebnis.

Umweltaspekte trotz Wunsch nach Wachstum

Wie im Toten Meer können sich die Besucher des Salzsees schwerelos und ohne jegliche Schwimmbewegung dahintreiben lassen. Neben dem einmaligen Baderlebnis bereitet ein Bad in der Sole Entspannung und wirkt sich darüber hinaus lindernd bei Erkrankungen des Atemwegs, des Stütz- und Bewegungsapparates und der Haut aus. Mit diesem Angebot wurde der Trend zu Medical Wellness aufgegriffen und sehr kreativ und erfolgreich umgesetzt.

Der Salzsee der Franken-Therme ist nach Ansicht der Jury darüber hinaus ein gutes Beispiel dafür, dass sich Umweltaspekte und der Wunsch nach Wachstum und Expansion nicht ausschließen. Die Franken-Therme basiert auf salzhaltigem Thermalwasser, das aus eigener Bohrung gefördert wird. Allerdings ergab sich ein massiver Überschuss an vollgesättigter Sole, die es entweder zu nutzen oder zu entsorgen galt. Aus einer ursprünglichen Not wurde eine Tugend. Statt die in Bad Windsheims Erdreich vorhandenen Vorkommen an vollgesättigter Sole teuer zu entsorgen, wurde das Salzwasser in Form des Salzsees sinnvoll, kostengünstig und umweltfreundlich touristisch genutzt.

Ganzjähriges Badevergnügen

Die Nutzung der Sole ist jedoch nicht der einzige umweltgerechte und nachhaltige Aspekt des Projekts. Die Energie-

gewinnung für den Salzsee erfolgt umweltorientiert durch eine Biogasanlage und ein Hack-schnitzelheizwerk. Für eine weitere Reduzierung der Heizkosten wird außerdem eine Teilüberdachung sorgen, deren Fertigstellung zum Ende des Jahres 2007 geplant ist. Mit der Überdachung wird gleichzeitig dem Kundenbedürfnis entsprochen, ein ganzjähriges Badevergnügen zu genießen. Die Kundenorientierung der Franken-Therme findet auch Ausdruck im Angebot zahlreicher kostenloser Parkplätze, barrierefreier Zugänge, ganzjährig langer Öffnungszeiten sowie dem Anschluss an ein benachbartes Vier-Sterne-Hotel. Seit der Eröffnung im Januar 2006 nutzt jeder zweite Besucher der Franken-Therme auch den Salzsee. **DK**



Landrat Dr. Karl Vogele (2. v. l.) gratulierte Altbürgermeister Josef Mayer aus Reinhartshofen (Mitte) gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Kreisverbandes des Bayerischen Gemeindetages, Bürgermeister Georg Klaußner, Bürgermeister Franz Stellingner und Lorenz Geh, ehemals Mayers Stellvertreter und späterer Ortssprecher von Reinhartshofen (v. l.) zum 85. Geburtstag. □

Altbürgermeister von Reinhartshofen wurde 85

Landrat Vogele gratulierte Josef Mayer zum Geburtstag

Die besten Glück- und Segenswünsche zum 85. Geburtstag überbrachte Landrat Dr. Karl Vogele Altbürgermeister Josef Mayer. Der Jubilar leitete von 1968 bis 1978 die Geschicke der Gemeinde Reinhartshofen. Danach wurde der Ort im Zuge der Gemeindegebietsreform an die Gemeinde Großaitingen angegliedert. Bereits Ende der 50er Jahre gehörte Mayer dem Gemeinderat an und war auch von 1966 bis 1968 2. Bürgermeister von Reinhartshofen.

Vogele hob die großen Verdienste des ehemaligen Bürgermeisters hervor. „Er war stets ein

bodenständiger Bürgermeister, mit dem Gespür fürs Wesentliche. Mit Durchsetzungsvermögen und Elan hat er in den Jahren seines kommunalpolitischen Wirkens viel für seine Heimatgemeinde erreicht“, so der Landrat. Er verwirklichte, wie Bürgermeister Franz Stellingner betonte, in seiner Amtszeit nicht nur beachtliche Straßenbauprojekte, wie beispielsweise den Bau der Reinhartshofer Umgehungsstraße, sondern war auch maßgeblich am Aufbau der zentralen Wasserversorgung sowie der Sanierung der Kanalisation beteiligt. □

„Unser Dorf soll schöner werden - Unser Dorf hat Zukunft“:

Miller ehrt Sieger im Landesentscheid

Beim bayerischen Landesentscheid 2007 des 22. Wettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft - Unser Dorf soll schöner werden“ vergab Landwirtschaftsminister Josef Miller nunmehr Gold-, Silber- und Bronzeauszeichnungen.

► Gold

Bernried, Lk Weilheim-Schongau, Bez. Obb.
Markt Nordheim, Lk Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim, Bez. Mfr.
Schönau, Stadt Viechtach, Lk Regen, Bez. Ndb.
Schönbrunn, Stadt Wunsiedel, Lk Wunsiedel, Bez. Ofr.

► Silber

Ast und Hirschhöf, Stadt Waldmünchen, Lk Cham, Bez. Opf.
Gemünda, Stadt Seßlach, Lk Coburg, Bez. Ofr.
Haidling, Stadt Geiselhöring, Lk Straubing-Bogen, Bez. Ndb.
Ilmmünster, Lk Pfaffenhofen a. d. Ilm, Bez. Obb.
Langenstadt, Gem. Neudrossenfeld, Lk Kulmbach, Bez. Ofr.

Thalmannsfeld, Gem. Bergen, Lk Weißenburg-Gunzenhausen, Bez. Mfr.
Tiefengrün, Gem. Berg, Lk Hof, Bez. Ofr.
Waltersberg, Gem. Deining, Lk Neumarkt, Bez. Ofr.

► Bronze

Alesheim, Lk Weißenburg-Gunzenhausen, Bez. Mfr.
Ehingen, Lk Augsburg, Bez. Schwaben
Fernsdorf, Gem. Geiersthal, Lk Regen, Bez. Ndb.
Ingenried, Gem. Pforzen, Lk Ostallgäu, Bez. Schwaben
Monbrunn, Stadt Miltenberg, Lk Miltenberg, Bez. Ufr.
Ransbach, Markt Hohenburg, Lk Amberg-Weizsach, Bez. Opf.
Sollbach, Markt Bruck, Lk Schwandorf, Bez. Opf.
Wohnau, Gem. Knetzgau, Lk Haßberge, Bez. Ufr.
Wolfsbach, Markt Burgebrach, Lk Bamberg, Bez. Ofr. □

§ GZ Wichtige Rechtsfragen §

Vorbereitung von Ratsbeschlüssen durch den Bürgermeister

Als nur fünf Tage vor der Ratssitzung, die der Beratung des Haushaltsplans dienen sollte, vom Bürgermeister Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden, waren verschiedene Ratsmitglieder mit dieser Handhabung nicht einverstanden. Es ging um die Erfüllung der Pflicht des Bürgermeisters, die Beschlüsse des Rates vorzubereiten. Diese Pflicht besteht unabhängig von einem Informationsverlangen des Rates. Demgegenüber setzt ein Verstoß gegen den allgemeinen Informationsanspruch eines Ratsmitgliedes voraus, dass eine näher bezeichnete Information vom Bürgermeister erfolglos erbeten worden ist. Darum ging es in dem konkreten Fall aber nicht.

Verpflichtung gegenüber dem Rat

Die Verpflichtung zur Vorbereitung der Ratsausschüsse besteht gegenüber dem Rat. Daher ist weder das einzelne Ratsmitglied noch eine Fraktion befugt, die Pflicht gegenüber dem Bürgermeister einzufordern. Vielmehr beschränkt sich insoweit die Möglichkeit, den Bürgermeister zur Erfüllung seiner Vorbereitungspflicht anzuhalten,

darauf, dahingehende Beschlüsse des Rates anzuregen, was von einer entsprechenden Willensbildung der Mehrheit der Ratsmitglieder abhängig ist.

Keine organschaftlichen Rechte

Nach dem Beschluß des Oberverwaltungsgerichts Münster vom 25. 5. 2007 – 15 B 634/07 – können Fraktionen oder Ratsmitglieder aus der Pflicht des Bürgermeisters zur Vorbereitung von Ratsbeschlüssen keine organschaftlichen Rechte ableiten. Wenn Ratsmitglieder der Mei-

Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit für die Gemeinde

Rechtsstaatlichkeit im Sinne des Verfassungsrechts bedeutet vorrangig auch Schutz des Vertrauens in die Verlässlichkeit und Berechenbarkeit der Rechtsordnung. Darauf kann sich auch eine Gemeinde gegenüber dem Land berufen, wie sich aus dem Beschluß des Verwaltungsgerichtshofes Rheinland-Pfalz vom 5.7.2007 – VGHN 18/06 – ergibt.

In dem konkreten Fall hat die Gemeinde für das Land Aufga-

bung sind, der Bürgermeister hätte seine Pflicht zur Ratsbeschlussvorbereitung verletzt, kommt nur ein Antrag auf Vertagung der Beschlussfassung in Frage. Wird kein entsprechender Antrag im Rahmen der Beratung gestellt, ist die spätere Geltendmachung der Rechtsverletzung treuwidrig und deshalb unzulässig.

In dem konkreten Fall war ein solcher Vertagungsantrag nicht gestellt worden. Zwar hatte sich ein Ratsmitglied in der Sitzung gegen die Beschlussfassung gewandt und eine fehlende Information gerügt. Darin konnte aber kein Vertagungsantrag gesehen werden. Es wäre ein förmlicher Vertagungsanspruch erforderlich gewesen. **Dr. tt**

ben erledigt. Nach einem Landesgesetz konnte sie dafür eine Kostenerstattung vom Land beanspruchen, die sie auch erhielt. Danach wurde aber durch Landesgesetz eine andere Regelung vorgenommen und zwar rückwirkend. Die Gemeinde sollte deshalb eine Rückzahlung an das Land vornehmen.

Es lag eine echte Rückwirkung des Landesgesetzes vor, die mit dem Selbstverwaltungs-

Demografischer Wandel in der Region Würzburg:

Zukunftsforum in Veitshöchheim

„Demografischer Wandel in der Region Würzburg – Mögliche Auswirkungen und Maßnahmen“ lautete das von Landrat Waldemar Zorn initiierte Zukunftsforum „Demografischer Wandel in der Region Würzburg – Mögliche Auswirkungen und Maßnahmen“ in Veitshöchheim. Mit knapp 120 Teilnehmern aus der Kommunalpolitik, dem schulischen Bereich und aus regionalen Behörden und Institutionen der Region Würzburg fand die Tagung einen außerordentlich großen Zuspruch.

Die Region Würzburg nimmt im demographischen Wandel eine relativ günstige Position ein, wie Dr. Hansjörg Bucher vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn, bemerkte. Stabilität verleihe dieser Entwicklung, „dass die Fertilität nicht allzu niedrig, die Lebenserwartung indes erfreulich hoch ist“. Eine gewisse Labilität rühre aus der Abhängigkeit von den Wanderungen. Als Universitäts-

recht der Gemeinden nicht zu vereinbaren war. Die verfassungsrechtlich herausgehobene Stellung der Gemeinden bedarf der Absicherung durch die Grundsätze der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes. Den Gemeinden ist aber die Befugnis zu einer eigenverantwortlichen Einnahmen- und Ausgabenwirtschaft im Rahmen eines gesetzlich geordneten Haushaltswesens eingeräumt; ihnen wird auch eine angemessene Finanzausstattung verbürgt.

Planungssicherheit

Gerade in finanzieller Hinsicht erfordert deshalb die gemeindliche Selbstverwaltung Planungsicherheit. Nur dann, wenn die Gemeinden nicht befürchten müssen, daß ihnen nachträglich die Grundlagen ihres Handelns entzogen und damit ihre Dispositionen entwertet werden, können sie ihre Aufgaben eigenverantwortlich wahrnehmen. Daher genießen sie Vertrauensschutz und können sich auf das Rückwirkungsverbot berufen, wenn sie in diesem Sinne in ihren Selbstverwaltungsrechten betroffen sind. **Dr. O.**

stadt sei Würzburg besonders sensibel für die demographischen Wellen der 20-Jährigen. Die Region profitiert laut Bucher von der guten Erreichbarkeit der beiden Zentren Frankfurt und Nürnberg (Monopolregionen). Allerdings werde die Dynamik immer stärker von den Wanderungsbewegungen abhängig. Dies könnte zu einem Wettbewerb zwischen den Gemeinden verleiten, wobei – wegen der Alterung – die zu verteilende mobile Bevölkerung immer kleiner wird. Als Alternativen würden großräumige Verantwortungsgemeinschaften mit gemeindeübergreifenden Netzwerken gesehen.

Handlungsprioritäten für Kommunen

Carsten Große-Starmann, Projektleiter „Wegweiser Demographie“, Bertelsmann-Stiftung (Gütersloh), führte folgende Handlungsprioritäten für Kommunen auf:
► Kinder- und Familienfreundlichkeit: Investitionen in die Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien; Bildung ist Standortfaktor (Qualität)
► Innenentwicklung geht vor Außenentwicklung: Siedlungsflächenentwicklung stärker steuern als bisher; weitere Zersiedelung vermeiden; Förderung der urbanen Kerne; keine uneingeschränkte Ausweisung von Baugebieten auf der grünen Wiese
► Wirtschaftsförderung/Attraktive Standorte für Unternehmen: Qualifikation der Beschäftigten, Ausbau neuer Dienstleistungsbereiche
► Zukunftsorientierte Seniorenpolitik: Möglichst langes selbst bestimmtes Wohnen und Leben

im Alter, gesellschaftliche Teilhabe, bürgerschaftliches Engagement

► Bildung als Investition in die Zukunft weiter fördern: eindeutige Priorität setzen; spezielle Förderung sozial Benachteiligter
► Infrastruktur: ÖPNV, Kulturelle Angebote, Auslastung vorhandener Infrastruktur - Monitoring
► Regionale/ Interkommunale Kooperation: Eine enge Zusammenarbeit, inhaltlich und finanziell, ist unerlässlich (Orientierung an der Region).

Wir werden älter, weniger und bunter

Prof. Ulrich Ante, Lehrstuhl für Geographie - Angewandte Wirtschaftsgeographie - an der Universität Würzburg, meinte zum demographischen Wandel: „Wir werden älter, weniger und bunter.“ Es gebe nicht die einheitliche Antwort auf den demographischen Wandel. Dieser werde räumlich und zeitlich differenziert ablaufen, weshalb es nur differenzierte Antworten geben könne.

Keine isolierten Lösungen

Der demographische Wandel treffe vor allem die Gemeinden, die großen wie die kleinen. Es sei sinnvoll, wenn Gemeinden nicht für sich isolierte Lösungen suchten. Der Stellenwert von zwischenkommunaler Zusammenarbeit und Koordinierung öffentlicher Leistungen werde wachsen, prognostizierte Ante, und fügte hinzu: „Aber jede Gemeinde sollte sich zunächst mit Ihrer Zukunftsmöglichkeit befassen. Es besteht eine Kooperationsnotwendigkeit zwischen den Gemeinden. Sie verhindert Fusion und erhält eine dezentrale Leistungsabgabe.“ Neben der individuellen Beschäftigung mit den Folgen des demographischen Wandels sei eine Veränderung kommunaler (Finanz-)Rahmenbedingungen zu überdenken. **DK**

Versorgung im ländlichen Raum sichern

Planungsverband diskutiert Situation des Einzelhandels in der Region Würzburg

Veitshöchheim. Wer sparen muss, macht Abstriche beim privaten Konsum. Weil viele sparen müssen, stagniert der Umsatz des Einzelhandels in der Region. Wie Peter Collier, Bezirksgeschäftsführer des Landesverbandes des Bayerischen Einzelhandels (LBE) bei der Versammlung des Regionalen Planungsverbandes Würzburg erklärte, erwarten die unterfränkischen Einzelhändler heuer ein Nullwachstum. Diese negative Entwicklung beim Handel schlägt auf die Gemeinden in der Region zurück.

„Wir brauchen eine regionale Abstimmung von Einzelhandelskonzepten“, appellierte Collier an die anwesenden Bürgermeister. Nur so könne angesichts der „Flächenschlachten“ im stagnierenden Einzelhandelsmarkt die Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum auch in Zukunft sichergestellt werden. Klar sei, dass es kein Zurück zu Tante-Emma-Läden geben werde. Der von den Discountern ausgehende Preisdruck mache Läden mit nur 200 Quadratmetern unrentabel. Angesichts dieser Situation müssten sich mehrere Kommunen zusammenschließen, gemeinsam eine Bestandsaufnahme machen, „Irrwege“ der Vergangenheit analysieren und einen Masterplan mit einem regionalen Handelskonzept aufstellen.

Verhängnisvolle Strategien

Hart ins Gericht ging Collier mit Investoren, die Kommunen als „unattraktiv“ und „nicht wettbewerbsfähig“ abstempeln, um sie von ihren Großprojekten zu überzeugen. So geschehen in Würzburg und Schweinfurt. Diese Strategie führt nach den Beobachtungen des Einzelhandelsverbandes dahin, dass Investoren zunehmend als Akteure auftreten, während die Kommunen nur noch auf die Offerten der Kapitalbesitzer zur Stärkung ihres Standorts reagieren. Passende Gutachten für die jeweiligen Projekte würden von den Investoren „gleich mitgebracht“. Die Kommunen akzeptierten die Pläne oft, weil sie bestrebt seien, ihren Einzugsbereich auszuweiten. Unter regionalen Gesichtspunkten, machte Collier klar, ist diese Strategie verhängnisvoll.

Handlungsrahmen für Kommunen

Das Bayerische Landesentwicklungsprogramm (LEP) mit seinen Vorgaben zum Einzelhandel steckt den Handlungsrahmen für Kommunen weit ab, weshalb er nach Auffassung des Volks-

wirts nicht zum Gegensteuern der Entwicklung hin zu Megaflächen taugt. Demnach dürfen Einzelhandelsgroßprojekte mit Waren des täglichen Bedarfs bis zu 25 Prozent der Kaufkraft aus dem Nahbereich abschöpfen. Der dadurch forcierte Kaufkraftabzug aus dem ländlichen Raum und den Innenstädten führte in den vergangenen Monaten zu massiver Kritik am Landesent-



Peter Collier, LBE-Bezirksgeschäftsführer, fordert eine regionale Abstimmung von Einzelhandelskonzepten.

Foto: Pat Christ

wicklungsprogramm. Ende 2006 gab die Staatsregierung darum bei der GfK ein Gutachten in Auftrag, in dem die Auswirkungen des bisherigen LEP-Ziels untersucht werden sollen.

Attraktive Einkaufszonen

Angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen müssten Einzelhändler und Kommunalpolitiker alles daran setzen, attraktive Einkaufszonen zu schaffen, die von der Konkurrenz abstechen. Diese Einkaufszonen müssten gut erreichbar, sauber, sicher und hell, die Atmosphäre von Herzlichkeit geprägt sein. In einigen Bundesländern gibt es die Möglichkeit, einzelne Straßenzüge nach dem Konzept des Business Improvement Districts (BID) aufzuwerten. Dabei handelt es sich um Kooperationen

von Geschäftsleuten und Grundstücksbesitzern eines abgegrenzten Gebiets innerhalb einer Kommune, die in einem Zeitraum von drei bis fünf Jahren versuchen, die Standortqualität durch den Einsatz privater Gelder zu verbessern.

Keine Rechtsgrundlage

Weil es in Bayern keine Rechtsgrundlage für dieses Instrument gibt, scheitern BID-Initiativen meist an der mangelnden Bereitschaft von Filialisten, Absprachen zur Standortentwicklung zu treffen und gemeinsame Projekte zu finanzieren. Filialisten sind laut Collier „Nomaden“. Gibt ein Standort nichts her, ziehen sie in andere Städte weiter. Das Nachsehen haben die alteingesessenen Händler, die auf ihren Standort angewiesen sind. Wegen des zunehmenden Ungleichgewichts zwischen Alt- und Neueingesessenen und Handelsketten wurden in einzelnen Bundesländern inzwischen Rechtsgrundlagen geschaffen, um Filialisten mit ins BID-Boot zu zwingen. Hamburg hat bereits seit Anfang 2005 ein BID-Gesetz, ein Jahr später zog Hessen als erstes Flächenbundesland nach. Im Juli 2006 traten in Schleswig-Holstein und Bremen BID-Gesetze in Kraft.

Reine Absichtserklärung

Eine reine Absichtserklärung zur Stärkung der Innenstadt ist für Collier das bayerische Städtebauförderungsprogramm „Leben findet Innenstadt“. Auch hier sollen sich Immobilieneigentümer, Unternehmer und Bewohner aktiv an der Strukturverbesserung und Aufwertung von Einzelhandelsgebieten in Innenstädten und Ortszentren einsetzen. Allerdings auf rein freiwilliger Basis, wie es in der Projektbeschreibung heißt: „Das Modellvorhaben setzt auf freiwillige Kooperationen in innerörtlichen Gebieten mit deutlichen Defiziten und Mängeln, einem großen Eigeninteresse der Anlieger und einer hohen Mitwirkungsbereitschaft der örtlichen Akteure.“ Handelsketten, so Collier, bringen diese „hohe Mitwirkungsbereitschaft“ kaum auf. **Pat Christ**



Freude über das hervorragende internationale Echo auf den Literatur-Wettbewerb der Dillinger Kulturtage (von links): 1. Preisträger Jörg Maurer, Sparkassendirektor Joseph Silberhorn, Kulturtage-Geschäftsführerin Hedwig Regensburger-Glatzmaier, 2. Preisträgerin Nadja Merschroth, Landrat Leo Schrell, 3. Preisträger Andreas Kroll, Kulturtage-Vorsitzender Anton Kapfer, Erich Pawlu.

Bild: -jdt-

Literatur-Wettbewerb der Dillinger-Kreiskulturtage:

Sparkasse sponsert Glanzlichter

Landrat Leo Schrell erfreut über internationales Echo aus 18 Ländern

Dillingen (jdt). Sehr beeindruckt über das internationale Echo des Literatur-Wettbewerbs im Rahmen der 15. Dillinger Kulturtage war bei der festlichen Ehrung der drei Preisträger Landrat Leo Schrell: „Das Glanzlicht unter den 66 Veranstaltungen“.

Aus 18 Ländern waren nicht weniger als 809 Beiträge, 664 Kurzgeschichten und 145 Sketche, von der Jury unter Vorsitz von Studiendirektor Erich Pawlu zu beurteilen. Als erster Preisträger wurde im Dillinger Sparkassensaal der Münchner Autor und Kabarettist Jörg Maurer gefeiert für seine Kurzgeschichte „4 Grad rechts, 23 Grad links“. Er erhielt für seine originelle „Gratwanderung“ - das Motto des Wettbewerbs - 4.000 Euro Preisgeld. Die Kreis- und Stadtparkasse Dillingen sponserte auch die Zweitplatzierte Nadja Merschroth aus Ulm. Sie erhielt 2.000 Euro für die Kurzgeschichte „Süßigkeiten - Für die Traumhochzeit“. Der dritte Preisträger, Andreas Kroll aus Hildesheim, wurde seinen Sketch „Jürgen“ mit 1.000 Euro belohnt.

Dank an die Sparkasse

Ebenso wie Landrat Schrell würdigten der Vorsitzende des Trägervereins der Kulturtage,

Sparkasse Dillingen, Joseph Silberhorn, äußerte große Genugtuung über das starke Echo auf den Literatur-Wettbewerb, der seit 1979 zum Kulturtage-Programm gehöre. Im übrigen dürfe nicht übersehen werden, dass die Sparkassen-Finanzgruppe mit Zuwendungen von jährlich über 100 Millionen Euro der größte nichtstaatliche Kunst- und Kulturförderer in Deutschland sei.

Kritische Nachdenklichkeit äußerte Erich Pawlu, dessen Abschied vom Jury-Vorsitz mit großem Bedauern aufgenommen wurde, mit Blick auf zunehmende Veränderungen bei einem Teil der eingesandten Arbeiten mit pornographischen Akzenten und Mord und Totschlag.

„Jürgen“ im Stadeltheater

Viel Beifall gab es für die Lesungen von Jörg Maurer und Nadja Merschroth. Sieben ausgewählte Sketche aus dem Wettbewerb wurden in das Programm der Aufführungen im Stadeltheater Lauringen aufgenommen, darunter der preisgekürnte Beitrag von Andreas Kroll mit dem Titel „Jürgen“.

Der Vorstandsvorsitzende der

Gewinn für Bürger und Gesundheitswirtschaft

Rosenheimer Gesundheitsnetz unter Top 10 der städtischen Internetseiten

Im März wurde das Rosenheimer Gesundheitsnetz neu strukturiert und erweitert mit dem Ziel allen Nutzern übersichtlich und schnell, aktuell, regional und überregional Informationen zum Thema „Gesundheit und Wohlbefinden“ für alle Altersstufen zu geben. Seither ist das Rosenheimer Gesundheitsnetz stets unter den Top 10 der insgesamt 1.400 angebotenen Internetseiten der Stadt. Allein in diesem Jahr haben über 37.000 Nutzer die Seiten unter www.rosenheim.de/gesundheitsnetz angeklickt, um sich über Ärzte- oder Zahnärzte in der Region, Apothekennotdienste, Notruf, Kliniken und Gesundheitsdienstleister, Krankenkassen, Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen, Wellness- und Fitnessanbieter, Veranstaltungen rund um das Thema Gesundheit oder Pflegeeinrichtungen zu informieren. Insgesamt ist das „Gesundheitsnetz Rosenheim und Region“ in 10 Kategorien mit 45 Unterkategorien gegliedert und bietet zudem die Möglichkeit der Schnellsuche unter den Stichpunkten „Suchworte“ und „Orts-Suche“.

„Wünschenswert“, so Manfred Grundel, Leiter des Amtes für Informationsverarbeitung der Stadt, „wäre noch eine intensivere Nutzung der kostenlosen Veranstaltungsmeldung von Seiten der regionalen Gesundheitsanbieter um möglichst umfassend alle Veranstaltungen in Stadt und Landkreis rund um das Thema Gesundheit und Wohlbefinden den Bürgern melden zu können“. Veranstaltungsdaten können direkt im Internet unter www.rosenheim.de/gesundheitsnetz/veranstaltung, Unterpunkt „Termine melden“ eingestellt werden. □

Der sichere Weg zur Doppik führt über die DATEV.

Unsere Einstellung zur Umstellung lässt sich so beschreiben: partnerschaftliche, sichere Wegbegleitung mit kommunalem Know-how und mit unseren bewährten Doppik-Programmen. Gemeinsam mit ihrem steuerlichen Berater bieten wir Städten und Gemeinden ein maßgeschneidertes Paket aus Dienstleistung, Fachwissen und flexibler Software, auf Wunsch mit einem leistungsstarken Rechenzentrum. Das ermöglicht ausgefeilte Detaillösungen für die speziellen Anforderungen Ihrer Kommune oder des Eigenbetriebs. Und genau das schätzen Kämmerer. Denn im scheinbar Kleinen liegen die größten Herausforderungen bei der Doppik-Umstellung. Sie sehen, der Weg zur Doppik lässt sich gemeinsam meistern. Es kommt nur auf die richtige Umstellung an.

Wir denken schon mal vor.



www.datev.de/kommunal, Telefon 0800 0114348

Zukunft gestalten. Gemeinsam.



Bei der niederbayerischen Bezirksversammlung des Städtetags in Pfarrkirchen (v. l.): Regierungspräsident Heinz Grunwald, Erster Bürgermeister Georg Riedl aus Pfarrkirchen, Bezirksvorsitzender und der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Hans Schaidinger.

Hauptschule – Büchergeld - Krippenplätze:

Einseitige Kostenlast

Bezirksversammlungen des Bayerisches Städtetags in Ober- und Niederbayern

Der Bayerische Städtetag erwartet vom Freistaat Bayern mehr finanzielles Engagement und ein schnelleres Tempo bei der Umsetzung der Hauptschulreform. Wie die Bezirksvorsitzenden von Ober- bzw. Niederbayern, Erster Bürgermeister Günther Knoblauch (Mühldorf am Inn) und Erster Bürgermeister Georg Riedl (Pfarrkirchen) bei Versammlungen in Bad Tölz und Pfarrkirchen erläuterten, halten sie angesichts des Reformbedarfs der Hauptschule einen fünfjährigen Übergangs- und Ausbaureisraum für zu lang. Im Interesse der Zukunftschancen für die jetzige Hauptschülergeneration müssten als richtig und notwendig erkannte Maßnahmen sofort in die Tat umgesetzt werden. Das dürfe nicht Jahre dauern.

Die Städte erwarten, dass der Staat seiner finanziellen Verantwortung für eine erfolgreiche Hauptschulreform gerecht wird und ein Sonderprogramm im Umfang von 600 Mio. Euro auflegt. Derzeit erfolgt der Ausbau der Ganztags Hauptschule nur „auf Antrag“ der Kommune, wobei sich diese gleichzeitig bereit erklären muss, sämtliche Investitionskosten zu übernehmen. Dazu der Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags, Reiner Knäus: „Mit diesem Trick verlagert der Freistaat die Kostenlast einseitig auf die Kommunen, obwohl er den flächendeckenden Ausbau als politisches Ziel verkündet.“

Warnung vor Problemen

Die Städte begrüßen, dass der Freistaat die gebundene Ganztags Hauptschule flächendeckend einführen will, bedauern aber zugleich, dass nicht der Mut aufgebracht wird, diese Schulform zur Regel zu machen. Die Städte warnen vor den Problemen, die ein auf Dauer angelegtes Nebeneinander von offenen und gebundenen Modellen nach sich zieht. Dazu zählten insbesondere vermehrte Schülerwanderungen. Sie verursachen zusätzliche Beförderungskosten, Gastschulbeiträge und Mehrfachinvestitionen.

Für unzureichend hält der Städtetag den Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Büchergeld. Danach wird es den Kommunen überlassen, ob sie im laufenden Schuljahr den ungeliebten Obolus von den Eltern noch verlangen. Knoblauch und Riedl kritisierten, dass sich der Staat seiner finanziellen Verantwortung entziehe und die Einnahmeausfälle einseitig auf die Kommunen abwälze. Die Städte erwarten, dass der Freistaat „ohne wenn und aber“ von seiner verfehlten Büchergeldregelung Abschied nimmt. Die Verursacher der Misere müssten auch für die finanziellen Folgen einstehen, d. h. der Freistaat habe den Kommunen die Einnahmeausfälle zu ersetzen, so die beiden Rathauschefs.

Schließlich hätten Staatsregierung und Mehrheitsfraktion mit ihrer Ankündigung, das Büchergeldgesetz zum nächsten Schuljahr aufzuheben, politisch vollendete Tatsachen geschaffen. Nachdem die Abschaffung des

Büchergelds öffentlichkeitswirksam besiegelt ist, könne seine Erhebung den Eltern nicht mehr vermittelt werden. Das im Gesetzentwurf eingeräumte Ermessen der Kommunen liege damit faktisch bei Null.

Konnexitätsprinzip beim Ausbau der Krippenplätze

Beim Ausbau der Krippenplätze beruft sich der Bayerische Städtetag auf das Konnexitätsprinzip. Die Ausbauposten werden auf ca. eine Milliarde Euro bis 2013 geschätzt. Der Bund und die Länder – auch der Freistaat – haben in einer Verwaltungsvereinbarung den Kommunen vorgegeben, bis 2013 eine Ausbauposten von 31 Prozent zu erreichen. Außerdem soll ab 2013 ein genereller Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz gelten. Mit dieser Vorgabe und dem künftigen Rechtsanspruch werden zusätzliche Anforderungen an die Kommunen gestellt. Diese unterliegen dem Konnexitätsprinzip, d. h. wer erhöhte Anforderungen stellt, muss die Kosten dafür auch übernehmen.

Der Freistaat will sich aber lediglich mit 100 Millionen Euro am Krippenausbau bis zum Jahr 2013 beteiligen, während der Bund in der gleichen Zeit 340 Millionen Euro zur Verfügung stellt. Reiner Knäus: „Die Städte und Gemeinden erwarten, dass sich der Freistaat mindestens mit der gleichen Summe am Krippenausbau beteiligt wie der Bund.“

60.000 neue Krippenplätze

Derzeit gibt es in Bayern für gut 10 Prozent der Kinder unter drei Jahren einen Krippenplatz. Um die angestrebten 31 Prozent zur Versorgungsgrad zu erreichen, müssen in Bayern insgesamt über 60.000 neue Krippenplätze eingerichtet werden. Der Bau eines Krippenplatzes kostet im Durchschnitt ca. 36.000 Euro. Davon sollen die Kommunen zwischen 36 und 66 Prozent selbst bezahlen. Insgesamt wären das 600 Millionen Euro. Dies können die Kommunen laut Bayerischem Städtetag nicht leisten. Wenn es dem Freistaat ernst sei mit dem Ausbau der Kinderkrippenplätze, müsse er auch seine Kasse öffnen. **DK**

Regionalkonferenz der SPD-Landtagsfraktion in Immenstadt:

Das Allgäu als Wirtschaftsstandort

Auf 23 Regionalkonferenzen in ganz Bayern sucht die SPD-Landtagsfraktion nach den „besten Lösungen für das Land“. Die landesweite Konferenztour startete im März in der Region Würzburg/Kitzingen, bis zum Jahresende soll die Veranstaltungsserie abgeschlossen sein. Anspruch der Sozialdemokraten ist es, für ein gerechtes und solidarisches Bayern zu sorgen, gleichwertige Lebensbedingungen in allen Landesteilen zu schaffen und die Grundlagen für eine Gesellschaft zu legen, die sozial und räumlich zusammenhält. Unter dem Motto „Das Allgäu als Wirtschaftsstandort“ diskutierten die bayerischen Sozialdemokraten in Immenstadt mit Vertretern aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Infrastruktur die Herausforderungen und Chancen der Region.

Nachdem Immenstadts dritter Bürgermeister Herbert Waibel die Herausforderungen der Region – Kanalnetz- und Wasser-, Stadtanierung, Bahnhof Immenstadt, Schuleinrichtungen, innerstädtischer Einzelhandel, Vorsorgepolitik im Bereich „Naturgewalten“, Vielfältigkeit des Tourismus – kurz skizziert hatte, wies Landrat Dr. Eduard Leifert darauf hin, dass Tourismus und Landwirtschaft längst nicht mehr die alleinigen Themen im Allgäu seien. Es gelte, auch die Stärken in der produzierenden Industrie, im Gewerbe und in unternehmensnahen Dienstleistungen auszubauen. Laut „Schwabengutachten“ liege das Wachstum in Schwaben unter dem bayerischen Durchschnitt; während sich der Bereich Nordschwaben gut entwickle, hänge das Allgäu hinterher und sei insbesondere bei der Produktivität weit abgeschlagen.

Neue Broschüre:

Schwäbisches Krippenparadies

Die Familien- und Kinderregion Günzburg hat auch im Winter allerhand zu bieten. Denn dann erstrahlt sie regelmäßig als schwäbisches Krippenparadies mit zahlreichen Krippen-Ausstellungen und unzähligen Krippen, die in Kirchen und Privathäusern besichtigt werden können. Darüber hinaus finden vielfältige weitere Veranstaltungen rund um das Thema „Krippe“ statt – vom Krippenschnitzen bis hin zum Krippensingen und zur „Krippermesse“.

90-jähriges Jubiläum

Ein Höhepunkt ist die diesjährige Krippenausstellung der Günzburger Krippenfreunde anlässlich ihres 90-jährigen Jubiläums. Diese Ausstellung findet im Kolpinghaus Günzburg statt. Weitere Krippenausstellungen gibt es in Rettenbach, Ziemetshausen (Pfarrkirche St. Peter und Paul und Maria Vesperbild), im Mittelschwäbischen Heimatmuseum sowie bei der Wachwarenfabrik Morsa in Krumbach, in Edelstetten sowie in Hausen.

Darüber hinaus sind im ganzen Landkreis auch zahlreiche Kirchen- und Privatkrippen zu besichtigen, die in der Broschüre „Schwäbisches Krippenparadies“ zusammengefasst und beschrieben sind. Die Broschüre enthält auch Informationen zu Veranstaltungen rund um die Krippe sowie eine Übersicht über die Vielfalt an Weihnachtsmärkten in der Region. **Weitere Informationen:**

Die Broschüre ist erhältlich bei der Regionalmarketing Günzburg, Telefon (08221) 95-140, oder per eMail service@landkreis-guenzburg.de sowie bei allen Gemeinden. Außerdem steht sie im Internet zum Download zur Verfügung unter www.familien-und-kinderregion.de. **DK**

Ausbau der Infrastruktur

Um das Allgäu zu stärken, forderte Leifert u. a. die Ansiedlung und Entwicklung zukunftsfähiger Branchen wie Maschinenbau, Luft- und Raumfahrt, Autozulieferindustrie, Verpackungsindustrie, eine überparteiliche Zusammenarbeit wie z. B. die Allgäu-Initiative (informelle Kooperation zwischen Unternehmen, Verbänden, und Politik; „Innen- und Außenmarketing“), mehr Personal und Input bei der Wirtschaftsförderung und -begleitung, eine zeitnahe und flexible Reaktion auf Probleme, den Abbau von Kirchturmdenken durch Kooperation, die Bündelung von Flächen und die Bildung von Netzwerken (dabei bestehende Netzwerke ausbauen, anstatt neue zu „erfinden“).

Starke „Marke Allgäu“

Es gelte, den Ausbau der Infrastruktur nicht zu vernachlässigen und für mehr Investitionen in die Bildung einzutreten. Leifert plädierte in diesem Zusammenhang für die Gründung einer weiteren Hochschule in Schwaben und dem Ausbau von Forschung und Entwicklung. Zudem müsse der Finanzausgleich politisch neu überdacht werden.

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion setzte sich Ethelbert

Babl, LEADER-Manager im Amt für Landwirtschaft und Forsten Kempten, dafür ein, eine starke „Marke Allgäu“ zu schaffen und hier nicht nur im Bereich Tourismus das Allgäu zu vermarkten, sondern beispielsweise auch eine allgäuweite Koordination bei kulturellen Veranstaltungen in die Überlegungen mit einzubeziehen. Darüber hinaus müssten das Denken in Wertschöpfungsketten gefördert (regionale Produkte nutzen, z.B. Allgäuer AlpGenuss) und das Augenmerk auf sanften Tourismus gelegt werden. Es gelte, das Naturkapital zu bewahren und sich von anderen Regionen zu unterscheiden. Im Übrigen sei ein Naturpark in Schwaben (Augsburger Westliche Wälder) zu wenig.

Als Region begreifen

Josef Zeislmeier, Erster Bürgermeister Gemeinde Pfronten, forderte: „Das Allgäu muss sich als Region begreifen!“ Die Region solle eine „Marke“ nach dem Vorbild Südtirols oder Vorarlbergs bilden. Die Maxime laute, Bewusstsein und Stolz in der Region zu schaffen, aber auch auf Vielfalt zu achten. In punkto Bildung sei eine Frühförderung umgänglicher. Die Rahmenbedingungen müssten so gestellt werden, dass jeder Schüler einen Abschluss und/oder eine Ausbildung vorweisen könne.

Zuschüsse anders verteilen

Josef Fleschutz, Erster Bürgermeister Gemeinde Osterzell, forderte, Zuschüsse anders zu verteilen, „da ansonsten der ländliche Raum sehr leicht abgehängt werden kann“. Kleine Gemeinden müssten bei Anträgen und Forderungen stärker berücksich-

tigt werden. Als positives Beispiel nannte Fleschutz das österreichische Bundesland Tirol, wo Gemeinden im ländlichen Raum höhere Zuschüsse erhielten.

Während Hans-Jürgen Merk, Kreishandwerksmeister Oberallgäu, darauf verwies, dass das Handwerk mit der größte Ausbildungsbereich ist bzw. Ausbildung einen großen Faktor im Handwerk darstellt und viele Möglichkeiten für das Allgäu bietet, sprach auch Ludwig Frick von der SPD-Stadtratsfraktion Kempten davon, dass sich die Stadt Kempten und das Allgäu nicht nur auf die Einnahmequelle Tourismus beschränken können.

Der Schlüssel zum Erfolg

Vor dem Hintergrund, dass der Erziehungsauftrag in den Schulen durch Unterrichtsausfall, große Klassen und „Migrantenklassen“ deutlich erschwert werde, habe die Stadt Kempten Eigeninitiative gezeigt und Schulsozialarbeiterstellen geschaffen. Außerdem seien aus dem Haushalt speziell Gelder für Ausbildungsplätze bereitgestellt worden. Engagement, Kreativität und Eigeninitiative stellten ebenso einen Schlüssel zum Erfolg dar, meinte Frick abschließend. **DK**

Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Robmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scheriele (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel gehen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 41 vom 01.01.2007

Anzeigenschluffermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführer:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Landrat Harald Leitherer, Staatsministerin Emilia Müller und Gleichstellungsbeauftragte Ute Suckfüll (v. l.).

Das Frauenbild der Parteien im Spiegel ihrer Wahlplakate

Staatsministerin Emilia Müller referierte im Landratsamt Schweinfurt

„Nichts geht auf Dauer ohne Frauen-Power“, sagte Emilia Müller, Bayerische Staatsministerin für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie bei ihrer Rede im Landratsamt Schweinfurt. Und betonte, dass es trotz aller Fortschritte immer noch Defizite in Sachen Gleichberechtigung gibt, beispielsweise bei „gleicher Bezahlung für gleiche Arbeit“ oder bei der Berücksichtigung von Frauen in den Unternehmensspitzen.

Die Staatsministerin war auf Einladung von Landrat Harald Leitherer sowie der Gleichstellungs- und Familienbeauftragten des Landkreises Schweinfurt, Ute Suckfüll, zu Gast im Landratsamt, wo noch wenige Tage eine Ausstellung zu sehen ist, die sich mit dem „Frauenbild der Parteien im Spiegel ihrer Wahlplakate von 1919 bis 2002“ beschäftigt. Zu diesem Thema referierte die Ministerin, die betonte, dass Frauen vor allem in der Kommunalpolitik viel bewegen können – und belegte das mit ihrer eigenen Biografie.

Landrat Harald Leitherer sagte, dass Frauen noch vor wenigen Jahrzehnten vornehmlich als politische Zielgruppe als Hausfrauen und Mütter angesehen wurden. Die Ausstellung „...um die Stimmen der Frauen“ dokumentiere den Wandel des Frauenbilds auf Wahlplakaten und illustriere geschlechtsspezifische Wahlkampfthemen der Parteien: So durften Frauen Anfang des 20. Jahrhunderts weder wählen noch gewählt werden. Erst 1919 wurde das Frauenwahlrecht in der Verfassung der Weimarer Republik verankert. **DK**



Bild: Große Unterstützung erfährt das Wohlfühlhaus in Fischach immer wieder von der Stiftung „Kinderlachen“ der Familie Michael (3. von rechts) und Christine (2. von rechts) Wagner. Darüber freuen sich (v. l.): Landrat Dr. Karl Voegel, Sozialabteilungsleiterin Christine Hagen, Hausleiterin Ursula Koschel und Kindergartenfachberaterin Angelika Steinbrecher.

Stiftung Kinderlachen unterstützt Kinderbetreuung:

Ein Haus zum Wohlfühlen

Im Landkreis Augsburg gibt es für die Betreuung kleiner Kinder eine Vielzahl von Einrichtungen. Landrat Dr. Karl Voegel informierte sich jetzt gemeinsam mit Christine Hagen, Leiterin der Sozialabteilung im Landratsamt Augsburg, und Kindergartenfachberaterin Angelika Steinbrecher über das Angebot des Wohlfühlhauses in Fischach. Das Wohlfühlhaus bietet 95 Kindern von 0 bis zum 12. Lebensjahr Platz. Es besteht seit 2001 und befindet sich seit diesem Jahr in neuen Räumen in Fischach.

Die Zukunft des Wohlfühlhauses stand nicht immer unter einem guten Stern. „Ohne die große Unterstützung durch die Familie Wagner aus Langenuefnach und deren Stiftung 'Kinderlachen' hätte ich damals aufgegeben“, erinnerte sich die Trägerin des Kinderhauses, Ursula Koschel, an die Finanzprobleme in der Gründungszeit.

Überraschende Spende

Beim Besuch von Landrat Voegel brachte Stiftungsvorstand Michael Wagner, der Seniorchef der Firma Topstar, eine Überraschung mit. Er überreichte gemeinsam mit seiner Frau Christine dem Kinderhaus eine Spende über 20.000 Euro. Koschel freute sich sehr darüber und verriet, dass sie die Spende

vor allem für die Integration von Kindern mit besonderem Förderbedarf verwenden möchte. Sie erinnerte auch an die letzte Spende der Stiftung, einen gebrauchten Audi A4. Mit den jetzt insgesamt vier Autos werden Fahrdienste übernommen und die Kinder beispielsweise von zu Hause, von der Schule oder vom Kindergarten abgeholt und am Nachmittag zu Vereinsaktivitäten gebracht.

Vielseitiges Betreuungsangebot

Das Kinderhaus zeichnet sich durch zahlreiche Aktivitäten aus: Waldpädagogik, musikalische Frühziehung, Sprachförderung, Fremdsprachen, Experimente, Kochen, Programme für Kinder mit Lese- und Rechtschreib-

schwäche (Legasthenie und Diskalkulie) sowie Schulvorbereitung. „Frau Koschel hat mit riesigem Durchhaltevermögen und großer Leidenschaft das vielseitige Betreuungsangebot des Wohlfühlhauses in den letzten Jahren stets weiterentwickelt“, weiß der Landrat.

Integrative Einrichtung

So ist das Wohlfühlhaus mittlerweile auch eine integrative Einrichtung, in der derzeit auch fünf Kinder mit Behinderungen betreut werden. „Bei uns stehen die Bedürfnisse jedes einzelnen Kindes im Mittelpunkt“, so Koschel. Das Wohlfühlhaus bietet deshalb überlange Öffnungszeiten und flexible Betreuung an. Koschel schwebt die Verlängerung der Betreuungszeiten bis 21 Uhr vor. Derzeit erhebt sie hierfür den Bedarf bei den Eltern. „Wir hätten mit Sicherheit nur ein Kind, wenn es das Wohlfühlhaus nicht gäbe“, so lautete das größte Lob, das die Trägerin des Wohlfühlhauses von Eltern bekommen hat.

Mit Hilfe von Unternehmen und Kommunen aus der Region:

Olympiasieger fördert junge Talente

Armin Hary unterstützt mit seiner bundesweiten AHA-Förderung (AHA-F) Nachwuchssportler zwischen sechs und 16 Jahren

Er lief als erster Mensch der Welt die 100 Meter in 10,0 Sekunden und holte 1960 Doppel-Gold bei den Olympischen Spielen in Rom. 47 Jahre nach seinem größten Triumph steht der mittlerweile 70-jährige Armin Hary erneut im Rampenlicht, wenn auch in anderer Funktion.

Seit Dezember 2004 unterstützt der in Furth bei Landshut wohnende, ehemalige Spitzensportler mit seiner bundesweiten AHA-Förderung (AHA-F) Nachwuchssportler zwischen sechs und 16 Jahren. In jedem Ort, in dem genügend Sponsoren gefunden werden, erhalten drei Talente über drei Jahre verteilt jeweils 3500 Euro. Sie werden von den Kommunen und der AHA-F benannt. Als erste Kommune hatte sich Landshut der Initiative angeschlossen.

Täglich sitzt Armin Hary am Telefon, besucht Unternehmen und spricht mit Übungsleitern und Vereinsvorsitzenden, um seinen langjährigen Traum zu realisieren – die Förderung junger Sporttalente. Dies geschieht nicht erst, wenn das Talent bereits so ausgereift ist, dass große Sponsoren und staatliche Förderstellen dem zukünftigen Spitzensportler unter die Arme greifen. Hary fängt früher an: Alle jungen Talente, darunter meist solche, die

aus sozial schwacher Umgebung oder aus anderen Problemfeldern kommen, sollen unterstützt werden. „Hier gehen uns die meisten Talente auf dem Weg zum Spitzensport verloren“, konstatiert der Olympiasieger.

Zum Beispiel Tobias

Soziale Schwierigkeiten, familiäre Spannungen, schulische Probleme, das unreflektierte, familiäre Abschieben der Kinder vor den Fernseher“, all diese Gründe nennt Hary als Ursache dafür, dass viele Talente gar nicht erst ausreifen. Und er nennt eines von vielen Beispielen: „Tobias ist zehn Jahre alt und in seiner Sportgruppe mit Abstand der Beste. Nach Einschätzung seines Sportlehrers ist er nicht nur ein ehrgeiziger Kämpfer, sondern ein wirkliches Talent. Die Eltern von Tobias sind arbeitslos. Die Bahnkarte zu einem Verein im nächsten Ort ist einfach zu teuer.“ Für Tobias würde dies bedeuten, dass

ihm die „AHA-F“-Initiative die Bahnkarte zum Sportverein bezahlt und die notwendige Ausrüstung für den Sport besorgt.

„Die Hilfe muss ganz direkt und ganz konkret sein“, betont der Olympiasieger. „Darin ist es mir wichtig, auf kommunaler Ebene zu fördern. So entsteht Bindung.“

Harys Konzept ist eng verbunden mit der eigenen Kindheitsgeschichte. „Ich stamme selbst aus einer armen Familie. Wenn ich nicht das Glück gehabt hätte, dass unser Haus keine 500 Meter vom Sportplatz entfernt gewesen wäre, dann hätte es keinen Olympiasieger und Weltrekordler Armin Hary gegeben. Meine Mutter hatte kein Geld, mir ein Fahrrad zu kaufen und kein Auto, mich zum Training zu bringen“, sagt der in Quierschied bei Saarbrücken geborene Leichtathlet.

Harys Einrichtung hebt sich ab von anderen Modellen, weil die jungen Talente nicht durch Firmen direkt unterstützt werden und auch keine Werbung auf dem Trikot tragen. Die AHA-Förderung akquiriert in den Kommunen zehn Unternehmer



Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Mut braucht man oft vor allem in den Lebenslagen, in denen das Schicksal einen zur Demut zwingt.“ Mein Chef, der Bürgermeister, las voller Bewegung die Berichte über den Rücktritt von Arbeitsminister Müntefering, der seiner kranken Frau in einer entscheidenden Lebensphase seine ganze Aufmerksamkeit widmen will.

Wahrscheinlich kann nur jemand, der selbst einmal den süßen Geschmack der politischen Gestaltungsmöglichkeiten gekostet hat, das Opfer ermesen, das hier ein Mensch für seinen Partner erbringt, und damit ein Versprechen wahr macht, das sich alle Eheleute geben – das mit dem Beistand in bösen Tagen. Es ehrt die Journalisten, dass sie das in ihren Kommentaren respektierten und höchstens andeuteten, dass für Müntefering ein ganzer Strauß an Rücktrittsgründen denkbar

ig bei der Wiederbewaffnung, ebenso wie Brandt bei seiner Ostpolitik oder Kohl und Waigel beim Euro. Für sie alle hätte es „Ende Gelände“ bedeutet, wenn es ihnen nicht gelungen wäre, den breiten Widerstand in der Bevölkerung in Zustimmung oder zumindest Vertrauen umzuwandeln. Ebenso gibt es Legionen von Bürgermeistern oder Landräten, denen die Anbindung eines Ortsteils an die Kanalisation, der Bau einer Stadthalle oder eine Gewerbeansiedlung politisch beinahe den Kragen abgedrückt hätte und die heute als Visionäre gelobt werden.

An solche Beispiele muss ich denken, wenn ich die derzeitige Diskussion um den Transrapid verfolge. Alles ist wieder so, wie wir es aus den achtziger Jahren kennen. Ein technologisches Leitprojekt mit Zukunftspotenzial. Die diffusen Ängste der Leute vor dem Neuen, die nach überzeugenden Erklärungen verlangen. Wahlkämpfer, die Stimmung machen und vor angeblicher Geldverschwendung warnen, weil man doch mit dem Geld für den Transrapid was ganz anderes machen könnte. Für Bildung ausgeben, zum Beispiel. Damit wird dann eine Forscherelite gefördert, die Technologien entwickelt, die wir bei uns nicht anwenden, weil wir das Geld lieber in etwas anderes, zum Beispiel Bildung, stecken. Und ganz nebenbei haben wir bei diesem geistigen Zirkelschluss ein Beschäftigungsfeld für Logiker und Philosophen erschlossen.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist froh, dass es ihm bisher erspart geblieben ist, zwischen Amt und Familie wählen zu müssen und er noch nie gegen eine solche Ablehnungsfront hat anstürmen müssen, wie die Befürworter des Transrapid. Wenn es aber einmal so weit kommen sollte, wünsche ich ihm von Herzen, dass er die für ihn richtige Entscheidung trifft und an die Worte des französischen Philosophen André Gide auf dem heutigen Kalenderblatt denkt: „Man entdeckt keine neuen Erdteile ohne den Mut zu haben, die Küsten aus den Augen zu verlieren.“

Couragierte Politiker scheuen keine unpopulären Maßnahmen

gewesen wäre, einschließlich der Rolle, die sein Parteichef ihm bei der Beerdigung der Agenda 2010 zugewiesen hatte: Die des Kerzenhalters.

Insofern gehörte zu diesem Schritt eine doppelte Portion der Kardinaltugend Mut. Zum einen der Mut, sich dem Leid und vielleicht dem irdischen Abschied eines geliebten Menschen zu stellen. Aber auch der Mut, dass ein solcher Schritt als politisches Scheitern interpretiert oder zum Anlass für Polemik genommen wird.

Mut ist in der Politik ansonsten im Großen und Ganzen eigentlich vor allem die Fähigkeit und Entschlossenheit, unpopuläre Entscheidungen verständlich zu machen und durchzusetzen. Wobei Fähigkeit und Entschlossenheit ein unzertrennliches Paar bilden: Wer etwas durchsetzt, ohne es überzeugend erklären zu können, begeht politischen Selbstmord. Und wer die Leute für ein wichtiges Vorhaben hinter sich bringen kann, aber vor der Durchführung zurückschreckt, ist überall fehl am Platz.

Beispiele für mutiges Handeln in der Politik finden sich auf allen Ebenen. Adenauer war mu-

Ihre Sabriul



Armin Hary.

(Partner), die je nach Größe der Kommune zwischen 120 und 1200 Euro pro Monat bezahlen (für den Unternehmer reine Betriebskosten). Hierfür erhalten diese einen Bannerplatz auf der mit der Homepage der jeweiligen Kommune verlinkten Internetseite der AHA-Förderung (www.aha-f.de) und erzielen dadurch in ihrem Umfeld einen hohen Werbeeffect. Zwischen 20.000 bis 30.000 Bewegungen sind auf dieser Plattform täglich zu verzeichnen.

Große Firmen sind dabei

Große Firmen wie E.ON Bayern sind bereits mit von der Partie. Doch jeder zusätzliche Partner ist eine Hoffnung mehr für einen jungen Sportler. So wirbt Armin Hary weiter unermüdlich in der Region und in der ganzen Republik um Unterstützung. „Denn schließlich sind junge Menschen, die gelernt haben, sich einzusetzen und ihre Ziele zu verfolgen, auch später häufig Leistungsträger im Beruf.“ Hary verspricht keine Olympiasieger oder Fußball-Wellmeister, doch er versichert: „Ich stehe hinter dem Projekt mit dem gleichen Ehrgeiz, der mich 1960 zum Doppel-Gold trieb.“ DK

Tag der offenen Tür am Landratsamt Günzburg

Das Landratsamt Günzburg präsentierte sich im Oktober im Rahmen eines Tages der offenen Tür der Öffentlichkeit. Die Veranstaltung stand unter dem Motto: „Landratsamt Günzburg – mehr als eine Behörde!“

Landrat Hubert Hafner lud die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises ein, das Landratsamt in Günzburg speziell an diesem Tag zu besuchen. Hier konnten sich alle vor Ort selbst überzeugen, welche Veränderung das Amt die letzten Jahre von der reinen Behörde hin zur Dienstleistungsinstitution vollzogen hat. Ein „Highlight“ war die Fotoaktion im Landratsbüro, wo sich Besucher mit Landrat Hafner zusammen für ein Erinnerungsfoto ablichten lassen konnten.

Kleines Jubiläum

Äußerer Anlass der Veranstaltung war ein kleines Jubiläum: Das Landratsamt befindet sich seit genau 40 Jahren am jetzigen Standort An der Kapuzinermauer 1 in Günzburg gegenüber dem Sparkassen/AOK-Hochhaus. Vorher war die Kreisverwaltungsbehörde im Schlossgebäude räumlich angesiedelt, dort wo sich heute Amtsgericht und Finanzamt befinden.

Landkreisverwaltung und Staatliches Landratsamt boten vor allem Informationen, Ausstellungen und Beratung. Die Organisatoren bemühten sich aber auch um Unterhaltung und dabei insbesondere um Attraktionen für die jungen Besucher. Die konnten sich die Zeit beispielsweise mit Kamelreiten, beim Märchenerzähler, auf der Rollenrutsche oder auf dem Fahrradparcours bzw. beim

Spielmobil des Landkreises vertreiben.

Mit vor Ort waren die Kreisabfallwirtschaft und die Regionalmarketing Günzburg GbR. Die Kreiskliniken Günzburg-Krumbach, die Altenheim des Landkreises und das Gartenhalbenbad Leipheim warben für sich. Außerdem präsentierten sich die Bürgerstiftung des Landkreises und das Lokale Bündnis für Familien. Ebenso stellte sich das erst vor kurzem ins Leben gerufene Freiwilligenzentrum „Stellwerk“ vor.

Viele der an diesem Tage gebotenen Informationen galten aktuellen Themen wie z. B. dem Gesundheits- und Verbraucherschutz, dem ökologischen Bauen und der Energieeinsparung, dem Hochwasserschutz und dem Heizen in der kalten Jahreszeit. Ergänzt wurde das Programm durch Aktionen, die sonst so nicht beim Landratsamt zu sehen sind, wie beispielsweise Computerspielen, einer Wasserbar, der Vorführung der Wärmebildkamera und einer Besichtigung der Fahrzeuge des Katastrophenschutzes.

Mit einem Landkreis-Quiz wartete die Verwaltung auf; die Bürgerstiftung veranstaltete eine Tombola; bei beiden gab es attraktive Preise zu gewinnen. Für Essen und Trinken sorgten fleißige Helferinnen und Helfer des BRK-Kreisverbandes Günzburg. Die musikalische Umrahmung übernehmen junge Musiktalente.



Passauer CSU präsentiert „rekordverdächtige“ Kreistagsliste

9 x 3 Meter misst das überdimensionale Banner mit allen 70 Kreistags-Anwärtern, das jetzt in Lichtenau auf Tour durch die 38 Gemeinden des Landkreis Passau geschickt wurde. Für das Team um Landratskandidat Franz Meyer, MdL, war es auch der Startschuss zum Wahlkampf. Bei dichtem Schneetreiben und frostigen Temperaturen machte sich das CSU-Team von Gut Lichtenau aus auf die Wanderung zum 829 Meter hoch gelegenen Aussichtspunkt. Oben angekommen, nutzte der Listen-Spitzenkandidat Meyer die widrigen äußeren Bedingungen, um gleich eine Parole für die kommenden Monate auszugeben. „Bei schönem Wetter kann jeder gehen. Die CSU marschiert auch bei Regen und Schnee“, meinte der 54-Jährige.

Vorschau auf GZ 23

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 23, die am 6. Dezember erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Wasser · Abwasser
- Umwelt- und Abfalltechnik
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Kommunalfahrzeuge

Bezirk Niederbayern:

10 Jahre Gleichstellungskonzept

Das Bayerische Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern wurde im letzten Jahr auf unbefristete Zeit verlängert. Demnach sind seit 1996 alle Behörden und Verwaltungen im Freistaat Bayern dazu verpflichtet, eigene Gleichstellungskonzepte auszuarbeiten. So soll die Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst ohne eine Regelung durch Quoten sichergestellt werden. Außerdem schreibt das Gesetz den Dienststellen vor, für je drei Jahre eine oder einen Gleichstellungsbeauftragten zu bestellen.

Der Bezirk Niederbayern hat diese Vorgaben besonders schnell umgesetzt: Bereits zum 1. November 1996 trat die erste Gleichstellungsbeauftragte ihren Dienst an. Erna Deller leistete in dieser Funktion Pionierarbeit und setzte vor allem auf Weiterbildung für Frauen, um Ungleichheiten bei Beförderungen abzubauen. Ihre Erfahrungen in der kirchlichen Frauenarbeit halfen ihr dabei, Türen zu öffnen, Aufgeschlossenheit zu erzielen und gesteckte Ziele zu erreichen. Ihr ist es vor allem zu verdanken, dass der Bezirk eine Vorreiterrolle in der Gleichstellungspolitik spielte. Bis heute profitiert die Gleichstellungsstelle von ihrer Arbeit.

Kein starres Regulativ

Erna Deller stand im ersten Jahr ihrer Tätigkeit dem Personalreferat des Bezirks bei der Erarbeitung eines Gleichstellungskonzepts beratend zur Seite. Der zuständige Leiter der Personalabteilung und eigentliche Autor des Konzepts Manfred Winner, erklärt, dass das Gleichstellungskonzept kein starres Regulativ darstellt. Es sei, so Winner, bewusst Spielraum gelassen worden, um es einzelnen Beteiligten zu ermöglichen, flexibel und der jeweiligen Situation angepasst auf Probleme zu reagieren.

Das Gleichstellungskonzept, das der Personalausschuss des

Bezirkstags von Niederbayern termingenaue, wie vom Bayerischen Gleichstellungsgesetz (kurz BayGIG) gefordert, im Juli 1997 beschlossen hatte, feiert in diesem Jahr also seinen zehnten Geburtstag. Im Amt der Gleichstellungsbeauftragten folgte nach der Ruhestandsvertretung von Erna Deller zum Juni 1999 die erfahrene Personal-sachbearbeiterin Monika Huber, die im Januar 2005 von Edith Stoll abgelöst wurde.

Als Stabsstelle dem Präsidenten unterstellt

Edith Stoll ist seit 32 Jahren in unterschiedlichen Bereichen beim Bezirk Niederbayern beschäftigt. Dass sie sich um den Posten beworben hat liegt nahe, denn die derzeitige Amtsinhaberin hat als Personalrätin bereits mit Erna Deller sehr eng zusammengearbeitet.

Die Gleichstellungsbeauftragte ist als Stabsstelle unmittelbar dem Bezirkstagspräsidenten unterstellt und kann sich somit ohne Umwege direkt an ihn wenden. Die Amtsinhaberin genießt das besondere Vertrauen des Präsidenten Manfred Hölzlein, der sich immer offen für ihre Belange zeigte und die Gleichstellungsarbeit gerne unterstützt.

Einen wichtigen Punkt ihrer Arbeit sieht Edith Stoll darin, die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit zu verbessern. Da Frauen in Leitungs- und



Manfred Winner (links), Edith Stoll und Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein freuen sich über das seit 10 Jahren erfolgreiche Gleichstellungskonzept. Foto: Bezirk Niederbayern

Führungspositionen noch immer unterrepräsentiert sind, wäre es wünschenswert, auch in diesem Bereich verstärkt Teilzeitarbeit und Jobsharing anzubieten. Laut ihrer Aussage ist der Bezirk jedoch wegweisend mit seinem Konzept: Unterhalb der Führungsebene beträgt der Anteil der weiblichen Beschäftigten heute 62 Prozent.

Im Gleichstellungskonzept ist die Chancengleichheit von Männern und Frauen festgeschrieben. Edith Stoll kontrolliert, ob Stellenausschreibungen möglichst geschlechtsneutral formuliert sind und die Frauenförderung darin berücksichtigt wird. Chancengleichheit bedeutet aber auch, so die Gleichstellungsbeauftragte, dass eine Auszeit wegen eines Kindes oder ein Teilzeitarbeitsverhältnis keinen Einfluss auf eine mögliche Beförderung haben dürfen.

Vielschichtige Probleme

Die Probleme, mit denen Edith Stoll und die Ansprechpartnerinnen der einzelnen Bezirkseinrichtungen konfrontiert werden, sind vielschichtig. Sie reichen von Mobbing, über Belästigung, bis hin zu Beschwerden allgemeiner Art oder vertrackten Problemen mit Vor-

gesetzten und Mitarbeitern. Zweimal jährlich treffen sich die Gleichstellungsbeauftragte und ihre Mitstreiterinnen zur Dienstbesprechung. „Hier werden Probleme durchgesprochen, die an uns herangetragen werden,“ so Edith Stoll. „Natürlich werden die Fälle äußerst vertraulich und mit größter Verschwiegenheit behandelt, aber für uns sind diese Treffen als Möglichkeit zum Austausch immer ausgesprochen wichtig.“

Kursangebot

Von der Gleichstellungsstelle werden für die Bezirksbediensteten das ganze Jahr über Kurse angeboten. Es wird hier ein breites Themenspektrum abgedeckt, wie erfolgreiches, gesundes Arbeiten, zum Thema Teamwork oder persönliche Stärken nutzen, um nur einige zu nennen. Diese Kurse stehen Frauen wie Männern offen und sind in der Regel immer gut besucht.

Im kommenden Jahr soll das Gleichstellungskonzept überarbeitet werden, denn obwohl die Umsetzung in den Köpfen schon stattfindet und auch Männer immer häufiger eine Elternzeit nehmen, besteht in einigen Bereichen noch immer Handlungsbedarf. -sh-

LIEFERANTEN- **GZ** NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
www.fahnen-koch.de
e-Mail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de

Aussenmöblierung

BECK
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Möblierung für Aussen
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN
Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
www.fahnen-koch.de
e-Mail info@fahnen-koch.de

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahrradabstellanlagen



Kindergarteneinrichtungen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 · Fax (09338) 89-199
E-Mail elbe@elbe.de · www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Schacht-Ausrüstungen

Hailo Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassodenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk - Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 - D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 - Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen

KOMPAN!
Playful Living
KOMPAN GmbH
Raiffeisenstraße 11 - 24941 Flensburg
Tel. 0461-77306-0 - Fax: 0461-77306-35
E-Mail: KOMPAN.gmbh@KOMPAN.com
www.KOMPAN.com

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 · Fax (09338) 89-199
E-Mail elbe@elbe.de · www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ
Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Streutautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner Winterdienst-Technik ist unsere Stärke!
Gmeiner GmbH
Bgm.-Knoll-Str. 26
D - 92245 Kümmerbruck
Telefon: +49 (0) 96 21 / 78 85-0
Internet: www.gmeiner-online.de
E-Mail: info@gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen
ORION
siehe Fahrradabstellanlagen
www.orion-bausysteme.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung + fest-illuminationen
telefon: 0911/693966
telefax: 0911/695963
deko-jochum@online.de
www.deko-jochum.de
ihr partner für LICHT
postfach 1143
90519 oberasbach
Herzogenhofen für Felitto Star

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (089) 749 949 74